



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1958

Samstag, den 2. August 1958

Nr. 31

INHALT	Seite	Seite
Der Hessische Ministerpräsident		
Ungültige Unterbringungsscheine	889	
Der Hessische Minister des Innern		
Hausbrandbeihilfen für Hilfsbedürftige im Winter 1958/59	889	
Durchführung des Körperbehindertengesetzes; hier: Amtl. Merkblatt über die Hilfsmöglichkeiten des Körperbehindertengesetzes	890	
Wahl der Schöffen und Geschworenen sowie der Jugendschöffen; hier: Bestimmung der Verwaltungsbeamten	891	
Der Hessische Minister der Finanzen		
Fortführung des Liegenschaftskatasters nach Grenzstreitigkeiten	893	
Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung		
Bewertungsergebnisse über die 158. Bewertungssitzung am 29., 30. und 31. Mai 1958	894	
Nachträge und Änderungen im Anschluß an die Bewertungsergebnisse der 158. Bewertungssitzung	895	
Bewertungsergebnisse über die XLVII. Hauptausschußsitzung am 2. und 3. Juni 1958	895	
Bewertungsergebnisse über die 159. Bewertungssitzung am 9. und 10. 6. 1958	895	
Nachträge, Ergänzungen und Änderungen im Anschluß an die Bewertungsergebnisse der 159. Bewertungssitzung	897	
Staatsbeihilfen gemäß § 9 SchKG v. 10. 7. 53 (GVBl. S. 126) für den Bau und die Einrichtung von Schulen	899	
Errichtung der katholischen Kirchengemeinde Lehnerz, Kr. Fulda	900	
Gebühren für die Materialprüfung an der Prüfstelle für Betonversuche bei der Staatsbauschule in Kassel	900	
Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr		
Sechste Änderung der Bekanntmachung über die Festsetzung der Zins- und Provisionsätze für Einlagen bei Kreditinstituten (Habenzinsen) und für von Kreditinstituten gewährte Kredite (Sollzinsen) v. 21. 3. 1956	900	
Anordnung V Nr. 26 f. Transportleistungen im Nahverkehr bei Großbauvorhaben der öffentlichen Hand	900	
Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten		
Flurbereinigung Offheim, Kreis Limburg	902	
Flurbereinigung Geilshausen, Kr. Gießen	903	
Personalnachrichten		
B. im Bereich des Hess. Min.-Präsidenten	903	
C. im Bereich des Hess. Ministers des Innern	903	
E. im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz	904	
F. im Bereich des Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung	904	
H. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten	905	
Regierungspräsidenten		
KASSEL		
Verlust von Vertriebenenausweisen nach dem BVFG	905	
WIESBADEN		
Einstellung der Vermittlungstätigkeit des Auswanderungsagenten Emanuel Hartung, in Fa. Reisebüro URANIA GmbH., Frankfurt (Main)	906	
Aufnahme des Geschäftsbetriebes des Sterbehilfe-Kreisfeuerwehrverbandes Obertaunus mit dem Sitz in Kronberg/Ts.	906	
Auflösung des Männer-Kranken-Vereins, Versicherungsverein a. G. Wiesbaden-Biebrich	906	
Buchbesprechungen		
Öffentlicher Anzeiger	907	

776

Der Hessische Ministerpräsident

Ungültige Unterbringungsscheine

Der Unterbringungsschein des nachstehend aufgeführten Unterbringungsteilnehmers ist in Verlust geraten und wird für ungültig erklärt

Dr. Alfred Herrenbrück, geb. am 22. 12. 1895, Mittelschulrektor z. Wv. Unterbringungsschein 18 (5) Teil I / H Nr. 209, ausgestellt am 6. 12. 1956 vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus.

Wiesbaden, 19. 7. 1958

Der Direktor des Landespersonalamtes Hessen
II/12 — LS 1741 St.Anz. 31/1958 S. 889

777

Der Hessische Minister des Innern

Hausbrandbeihilfen für Hilfsbedürftige im Winter 1958/59

Die derzeitige Kohlenversorgungslage läßt es ratsam erscheinen, die Hausbrandbeihilfen für den kommenden Winter möglichst frühzeitig auszuführen, damit Hilfsbedürftige ihren Hausbrandbedarf unter Ausnutzung der günstigeren Sommerpreise decken können. Ich bitte, nach folgenden Richtlinien zu verfahren.

I. Personenkreis

Hausbrandbeihilfen sind zu gewähren:

a) allen in offener Fürsorge laufend unterstützten Personen,

b) Minderbemittelten, die zwar den sonstigen laufenden Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten, deren Einkommen jedoch den fürsorgerechtlichen Bedarfssatz nicht oder nur unwesentlich übersteigt.
Als fürsorgerechtl. Bedarfssatz gilt der Betrag, der sich aus den örtlich maßgebenden Fürsorgerechtsätzen und der Miete zuzüglich des Mehrbedarfs gemäß §§ 11b, 11c, 11d, 11e, 11f und 23 Abs. 3 RGr ergibt. Bei der Einkommensermittlung sind Unterhaltsleistungen, die in der Haushaltsgemeinschaft lebende Angehörige des Antragstellers im Rahmen ihrer gesetzlichen Unterhaltspflicht zu ge-

währen haben, und die tatsächlichen Unterhaltsleistungen sonstiger Angehöriger zu berücksichtigen. Einkommen, das den fürsorgerechtl. Bedarfssatz übersteigt, ist auf den Betrag der Beihilfe anzurechnen. Hausbrandbeihilfen sind also im Verhältnis zum Einkommen auslaufend zu gewähren, wobei es sich empfiehlt, als Mindestbeihilfe 10 DM zu zahlen. Pflegekinder kommen für die Gewährung von Hausbrandbeihilfen im allgemeinen nicht in Betracht, es sei denn, daß außergewöhnliche Verhältnisse (z. B. Krankheit) vorliegen.

II. Umfang der Beihilfe

Aus den Berichten der Fürsorgeverbände über die in den vergangenen Jahren gewährten Beihilfen und aus verschiedenen Beschwerden war zu ersehen, daß einzelne Bezirksfürsorgeverbände Hausbrandbeihilfen in nicht zureichender Höhe gezahlt haben.

Im Landesdurchschnitt haben die Fürsorgeverbände im Rj. 1957 folgende Beihilfen (mit Auf- bzw. Abrundungen auf volle DM) gewährt:

für 1 Pers.	2 Pers.	3 Pers.	4 Pers.	5 Pers.	6 u. mehr Pers.
45 DM	51 DM	56 DM	61 DM	66 DM	70 DM

Darüber hinaus haben mehrere Kreise für Härtefälle individuell bemessene höhere Beihilfen oder bei anhaltender Kälte eine zusätzliche Beihilfe vorgesehen. Nach Mitteilung des Landesverbandes des Hessischen Kohlenplatzhandels gelten z. Z., d. h. ab 1. 5. 1958, folgende Preise je 50 kg für die gebräuchlichsten Hausbrandkohlenarten:

	ab Lager DM	frei Keller DM
Steinkohle		
Eß-Nuß 2 oder 3	6,90 (6,78)	7,45 (7,33)
Mager-Nuß 2 oder 3	7,36 (7,23)	7,91 (7,78)
Eß-Nußbriketts	6,47 (6,35)	7,02 (6,90)
Braunkohle		
Feinkorn-Union-Briketts	3,80 (3,38)	4,30 (3,93)

Geringe Abweichungen sind in den einzelnen Kreisen aus verkehrstechnischen Gründen möglich. In Klammern sind die Preise nach dem Stand vom 1. 10. 1957 angegeben; die derzeitigen Preise liegen danach bei Steinkohle im Durchschnitt um 1,7% bzw. 1,8%, bei Braunkohlenbriketts dagegen um 9,4% bzw. 12,4% höher.

Da in dem Fürsorgerichtsatz nur die Aufwendungen für Kochfeuerung einbezogen sind, muß für laufend unterstützte Hilfsbedürftige der volle Hausbrandbedarf gedeckt werden. Die Bezeichnung „Hausbrandbeihilfe“ bringt nur zum Ausdruck, daß es sich um eine Ergänzung der laufenden Richtsatzunterstützung handelt; sie soll nicht ausdrücken, daß der tatsächliche Hausbrandbedarf nur zum Teil gedeckt werden soll.

Eingehende Erhebungen über den tatsächlichen Bedarf an Hausbrand in den unteren Verbrauchergruppen haben zu folgendem Ergebnis geführt:

Für Alleinstehende und für Haushalte mit zwei Personen, reicht in der Regel die Benutzung einer, für Haushalte mit drei oder mehr Personen zweier Brennstellen aus. Für Alleinstehende und für Haushalte mit zwei Personen wurde ein Mindestbedarf von 20 Ztr., für größere Haushalte ein Mindestbedarf von 30 Ztr. Kohle ermittelt (im Durchschnitt etwa 2/5 Steinkohle und Koks, 3/5 Braunkohlenbriketts). Von diesem Mindestbedarf ist bei der Gewährung von Hausbrandbeihilfen an laufend unterstützte auszugehen, wobei die etwaige Möglichkeit der Leseholzbeschaffung oder einer sonstigen Selbstversorgung mit Brennmaterial angemessen in Rechnung zu stellen ist. Bei Minderbemittelten darf berücksichtigt werden, daß sie das ganze Jahr hindurch ein etwas höheres Einkommen als die Fürsorgeempfänger gehabt haben. Deshalb erscheint bei ihnen eine entsprechende Kürzung der Beihilfebeträge (um bis zu 20% des berechtigten Bedarfs an Hausbrand) vertretbar.

III. Abrechnung und Berichterstattung

Die Aufwendungen für Hausbrandbeihilfen können mit dem Bund nur insoweit verrechnet werden, als die Beihilfeempfänger zum Personenkreis der Zugewanderten aus der SBZ und der Stadt Berlin (§ 7 Abs. 1 Ziff. 3 des 1. ÜLG i. d. F.

vom 28. 4. 1955 und §§ 3 und 11 der 1. DVO hierzu vom 27. 2. 55), der Sonderfürsorgeberechtigten nach § 25 Abs. 2 BVG sowie der magyrischen Flüchtlinge aus Ungarn gehören. Diese Aufwendungen sind im Formblatt A der Abrechnung der Aufwendungen der nichtpauschalierten Kriegsfolgenhilfe unter A 1 und 2, B 1 a und C 1 nachzuweisen. Im übrigen tragen die Fürsorgeverbände die Kosten der Hausbrandbeihilfen.

Damit ich mir einen Überblick über die für die Hausbrandversorgung der hilfsbedürftigen Bevölkerung getroffenen Vorkehrungen verschaffen und dem Landtag ggf. hierüber berichten kann, bitte ich die Bezirksfürsorgeverbände, den Regierungspräsidenten bis zum 15. 10. 1958 zu berichten, welche Maßnahmen hinsichtlich der Gewährung der Hausbrandbeihilfen getroffen worden sind, insbesondere über die Höhe der Beihilfen. Die Regierungspräsidenten bitte ich, mir einen vorläufigen zusammenfassenden Bericht bis zum 30. 10. 1958 vorzulegen. Abschließende Berichte nach dem beigefügten Muster sind von den Kreisen den Regierungspräsidenten bis 28. 2. 1959 und vom Landeswohlfahrtsverband Hessen mir unmittelbar bis spätestens 15. 3. 1959 vorzulegen. Bis zu diesem letztgenannten Termin erbitte ich auch die zusammenfassenden Berichte der Regierungspräsidenten.

Wiesbaden, 16. 7. 1958

Der Hessische Minister des Innern
VIII a (1) 50 f 08

St. Anz. 31/1958 S. 890

778

Durchführung des Körperbehindertengesetzes

hier: Amtliches Merkblatt über die Hilfsmöglichkeiten des Körperbehindertengesetzes

Nach § 3 Abs. 3 Satz 1 KBG sind Ärzte verpflichtet, „Personen mit Schädigungen im Sinne des § 1 Abs. 1 und 2, im Falle ihrer Minderjährigkeit deren Eltern oder sonstige Sorgepflichtigen, über die Notwendigkeit oder Möglichkeit einer ärztlichen Behandlung zu belehren und sie durch Aushängung eines amtlichen Merkblattes über die Hilfsmöglichkeiten nach diesem Gesetz zu unterrichten“.

Das beigefügte Merkblatt ist den Gesundheitsämtern des Landes Hessen in ausreichender Anzahl zur Verteilung — insbesondere an die Ärzte — übersandt worden. Der Wortlaut des Merkblattes wird überdies im Hessischen Ärzteblatt veröffentlicht.

Wiesbaden, 21. 7. 1958

Der Hessische Minister des Innern
VIII c 50 o 0601

St. Anz 31/1958 S. 890

*

Anlage

Merkblatt über die Hilfsmöglichkeiten nach dem Körperbehindertengesetz vom 27. 2. 1957

Herausgegeben vom Hessischen Minister des Innern. Wiesbaden, im Juli 1958

Du stehst nicht allein,

wenn eine Körperbehinderung Deine oder Deines Kindes Zukunft bedroht. Besonders wichtig — oft für das ganze Leben entscheidend — ist neben der frühzeitigen Erkennung die sofortige sachgemäße ärztliche Behandlung beginnender oder bereits vorliegender Schäden! Je früher der Arzt Dich berät und die erforderliche Behandlung einsetzt, um so besser sind die Heilungsaussichten.

Durch das Körperbehindertengesetz vom 27. 2. 1957 ist in der Bundesrepublik eine einheitliche, zeitgemäße Körperbehindertenfürsorge sichergestellt; zu ihren Aufgaben gehört es vor allem, Körperbehinderungen vorzubeugen, zu heilen oder zu bessern, Körperbehinderte schulisch und beruflich zu fördern, sie in das Erwerbsleben einzugliedern oder dauernd Pflegebedürftigen zu helfen, ihr Leiden durch Gewährung angemessener Bildung und Pflege zu erleichtern, so daß sie auch am gesellschaftlichen und kulturellen Geschehen teilhaben können. Für die ambulante und die oft auch notwendige stationäre Behandlung mit allen Möglichkeiten der Übung, Beschäftigung, Schul- und Berufsausbildung stehen viele Helfer bereit: Ärzte, Krankenschwestern, Berufsberater des Arbeitsamtes, Beschäftigungstherapeuten, Pädagogen, Fürsorger können und wollen helfen — Kliniken, Sonderschulen, Ausbildungsstätten usw. sind vorhanden.

Wer trägt die Kosten,

wenn eine Behandlung oder andere Maßnahmen notwendig sind? Das Körperbehindertengesetz will vor allem den Menschen helfen, die nur ein kleines oder mittleres Einkommen haben. Wenn die erforderlichen Leistungen nicht von anderer Seite gewährt werden (z. B. von Krankenkassen, Berufs-genossenschaften, Versorgungsämtern, Landesversicherungs-anstalten, Arbeitsämtern), tritt die öffentliche Fürsorge nach den Bestimmungen des Körperbehindertengesetzes ein. Nach diesen Bestimmungen wird ein eigener finanzieller Beitrag des Körperbehinderten oder seiner Familie zu den Kosten

- für ambulante und stationäre Heilverfahren,
- für Körperersatzstücke,
- für größere orthopädische und andere Hilfsmittel

nur gefordert, wenn ein höheres Einkommen (z. Z. mtl. 660,— bis 990,— DM je nach Familiengröße) oder wenn verwertbares Vermögen vorhanden ist.

Für andere im Körperbehindertengesetz vorgesehene, meistens weniger kostspielige Leistungen, z. B. bei Kosten

- für Schul- oder Berufsausbildungszwecke und für kleinere orthopädische und andere Hilfsmittel

wird ein eigener finanzieller Beitrag des Körperbehinderten und seiner Familie allerdings schon bei einem niedrigeren Einkommen gefordert.

Was ist zu tun?

Zunächst ist von einem Arzt des Gesundheitsamtes oder einem freiberuflich tätigen Arzt festzustellen, ob eine Körperbehinderung im Sinne des Körperbehindertengesetzes vorliegt oder droht und ob hierdurch die Erwerbsfähigkeit dauernd beeinträchtigt wird oder es in Zukunft voraussichtlich sein wird. Auf die frühzeitige Vorstellung beim Arzt haben

- Eltern, Vormünder und Pfleger,
- Hebammen und andere Medizinalpersonen,
- Lehrer und Fürsorger

besonders zu achten; dasselbe gilt aber auch für sonstige Personen, denen die Sorge oder Obhut für andere, vor allem für Kinder und Jugendliche, ständig oder zeitweise übertragen ist (z. B. Internats- und Heimleiter).

Nachdem die erforderlichen ärztlichen Feststellungen getroffen sind, wird im Einvernehmen zwischen dem „Landesarzt für Körperbehinderte“ und den Fürsorgeverbänden ein Heil- und Eingliederungsplan aufgestellt. Der „Landesarzt für Körperbehinderte“ ist beim Landeswohlfahrtsverband Hessen tätig, hält aber bei den Gesundheitsämtern der kreisfreien Städte und Landkreise Sprechtag ab. Durch eine Vorsprache oder schriftliche Anfrage beim Gesundheitsamt oder Fürsorgeamt Deiner Stadt bzw. Deines Landkreises wirst Du also nähere Auskünfte darüber erhalten, was nach dem Körperbehindertengesetz geschehen kann und soll. Aber auch die Hauptverwaltung und die Zweigverwaltungen des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen geben etwa hiernach noch notwendige weitere Auskünfte; sie haben folgende Anschriften:

Regierungsbezirk Kassel

Hauptverwaltung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Kassel, Ständeplatz 8, Tel. 19 631,

Regierungsbezirk Darmstadt

Zweigverwaltung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Darmstadt, Steubenplatz 16, Tel. 71 804,

Regierungsbezirk Wiesbaden

Zweigverwaltung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Wiesbaden, Bertramstraße 3, Tel. 59 881.

Voraussetzung für die Durchführung aller Hilfsmaßnahmen nach dem Körperbehindertengesetz ist das Einverständnis des Behinderten bzw. seiner Eltern oder sonstigen Sorgeberechtigten, die ihrerseits dann aber auch mit gutem Willen und nach besten Kräften zum Gelingen beitragen müssen. Bestehen zur Zeit der Feststellung einer Behandlungsbedürftigkeit noch Unklarheiten darüber, wer die entstehenden Kosten endgültig zu tragen hat, so tritt die öffentliche Fürsorge notfalls zunächst vorschußweise ein. Zeitversäumnisse sind fast immer nachteilig für den Körperbehinderten; je früher eine zweckvolle Behandlung beginnt, um so größer ist die Aussicht auf Erfolg,

Also rechtzeitig zum Arzt, Gesundheits- oder Fürsorgeamt!

779

Herren
Regierungspräsidenten in Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

Wahl der Schöffen und Geschworenen sowie der Jugend-schöffen;

hier: Bestimmung der Verwaltungsbeamten, die gemäß § 40 GVG in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. 9. 1950 (BGBl. S. 513) dem bei jedem Amtsgericht zu bildenden Ausschuß als Beisitzer angehören.

Bezug: Mein Erlaß vom 31. 3. 1958 — Az. IVa — 25c 06 — 04/07

Die Landesregierung hat durch Kabinettsbeschuß vom 15. Juli 1958 als Beisitzer und Stellvertreter für die Ausschüsse bei den Amtsgerichten (§ 40 GVG) die in der Anlage aufgeführten Verwaltungsbeamten bestimmt.

Ich bitte, die Magistrate der kreisfreien Städte und die Kreisausschüsse von diesem Beschuß zu unterrichten.

Wiesbaden, 22. 7. 1958

Der Hessische Minister des Innern

— IV a — 25 c 06 — 04/07 —

St.Anz. 31/1958 S. 891

*

Anlage

Die Landesregierung bestimmt gemäß § 40 Abs. 2 GVG für die Ausschüsse

bei den Amtsgerichten in folgende a) Beisitzer
b) Stellvertreter

Regierungsbezirk Darmstadt:

- | | |
|--|--|
| Darmstadt | a) Stadtoberamtmann Heinrich Becker, Darmstadt |
| | b) Kreisamtmann Heinz Göhrig, Darmstadt |
| Gießen | a) Verwaltungsdirektor Willy Rahn, Gießen |
| | b) Regierungsoberinspektor Erich Bodenbender, Gießen |
| Offenbach/Main | a) Stadtamtmann Karl Wasenmüller, Offenbach/Main |
| | b) Reg.Amtmann Karl Geiß, Groß-Zimmern |
| Alsfeld
Homberg | a) Reg.Amtmann Walter Preiß, Alsfeld |
| | b) Reg.Inspektor Walter Schopbach, Leusel |
| Bensheim | a) Kreisinspektor Willy Müller, Heppenheim |
| | b) Reg.Amtmann Heinz Schneider, Seeheim a. d. Bergstraße |
| Fürth
Lampertheim
Waldmichelbach | a) Kreisinspektor Willy Müller, Heppenheim |
| | b) Kreisinspektor Willi Dorn, Heppenheim |
| Hirschhorn | a) Kreisinspektor Willy Müller, Heppenheim |
| | b) Reg.Amtmann Heinrich Sattler, Erbach |
| Büdingen
Ortenberg | a) Landrat Kurt Moosdorf, Büdingen |
| | b) Kreisrechtsrat Joachim Lenz, Ober Mockstadt |
| Nidda | a) Landrat Kurt Moosdorf, Büdingen |
| | b) Reg.Oberinspektor Erich Bodenbender, Gießen |
| Schotten | a) Landrat Kurt Moosdorf, Büdingen |
| | b) Reg.Inspektor Walter Schopbach, Alsfeld |
| Dieburg | a) Reg.Amtmann Karl Feisel, Darmstadt |
| | b) Reg.Obersekretär Jakob Kaiser, Dieburg |
| Groß-Umstadt | a) Kreisamtmann Adam Ostheimer, Dieburg |
| | b) Kreisobersekretär Karl Cuny, Dieburg |

bei den Amtsgerichten in	folgende	a) Beisitzer b) Stellvertreter	bei den Amtsgerichten in	folgende	a) Beisitzer b) Stellvertreter
Reinheim	a) Kreisoberinspektor Peter Keller, Dieburg		Kirchhain	a) Reg.Oberinspektor Kurt Schoen, Marburg/Lahn	
	b) Reg.Amtmann Heinz Schneider, Seeheim a. d. Bergstraße			b) Reg.Oberinspektor Moritz Vial, Frankenberg/Eder	
Beerfelden	a) Reg.Rat Wilhelm Zörgiebel, Erbach		Melsungen	a) Kreisamtman August Killian, Melsungen	
Höchst i. O.	b) Reg.Amtmann Heinrich Sattler, Michelstadt/Odw.			b) Kreisamtman Georg Hofmann, Melsungen	
Michelstadt			Rotenburg	a) Kreisrechtsrat Dr. Karl-Heinz Kühne, Rotenburg/Fulda	
Reichelsheim	a) Reg.Rat Wilhelm Zörgiebel, Erbach			b) Reg.Amtmann Hans Hilmes, Rotenburg/Fulda	
	b) Kreissekretär Georg Rainfurth, Dieburg		Sontra	a) Kreisrechtsrat Dr. Karl-Heinz Kühne, Rotenburg/Fulda	
Friedberg	a) Reg.Oberinspektor Karl Schüssler, Bad Nauheim			b) Reg.Inspektor Gerhard Uhlig, Eschwege	
Bad Vilbel	b) Reg.Inspektor Heinrich Gerlach, Assenheim		Arolsen	a) Reg.Amtmann Fritz Höhne, Korbach	
Butzbach			Korbach	b) Kreisamtman Karl Finke, Korbach	
Bad Nauheim			Bad Wildungen		
Grünberg	a) Reg.Amtmann Wilhelm Scheld, Gießen		Witzenhausen	a) Landrat Wilhelm Brübach, Witzenhausen	
	b) Reg.Inspektor Walter Schopbach, Leusel			b) Reg.Amtmann Kurt Hefft, Witzenhausen	
Laubach	a) Reg.Amtmann Wilhelm Scheld, Gießen		Wolfhagen	a) Reg.Amtmann Ludwig Kunkel, Wolfhagen	
	b) Reg.Oberinspektor Erich Boden- bender, Gießen			b) Reg.Inspektor Christoph Führer, Wolfhagen	
Groß-Gerau	a) Reg.Amtmann Ernst Heinemeyer, Groß-Gerau		Neukirchen	a) Reg.Amtmann Hermann Stirn, Dittershausen	
	b) Kreisoberinspektor Wilhelm Hofmann, Goddelau		Treysa	b) Kreisoberinspektor Wilhelm Stuhlmann, Rommershausen	
Lauterbach	a) Reg.Amtmann Julius Stehling, Lauterbach				
	b) Kreisamtman Heinrich Rühl, Maar				
Langen	a) Kreisrechtsrat Franz Lorenz Knittel, Hainhausen		Regierungsbezirk Wiesbaden:		
Seligenstadt	b) Reg.Amtmann Karl Geiß, Groß- Zimmern		Frankfurt/Main	a) Obermagistratsrat Hermann Balde, Frankfurt/Main	
				b) Magistratsrat Heinz Zeiher, Frankfurt/Main	
Regierungsbezirk Kassel:			Hanau	a) Rechnungsdirektor Wilhelm Bomhardt, Hanau	
Fulda	a) Obermagistratsrat Stelljes, Fulda			b) Bürgermeister Heinrich Ruth, Langendiebach	
	b) Reg.Amtmann Karl Staubach, Fulda		Wiesbaden	a) Stadtrechtsrat Dr. Garrels, Wiesbaden	
Kassel	a) Stadtoberinspektor Heinz May- fahrt, Kassel			b) Obermagistratsrat Eichhorn, Wiesbaden	
	b) Reg.Amtmann Herbert Symanek, Kassel		Biedenkopf	a) Kreisamtman Karl Huth, Wilhelmshütte	
Marburg/Lahn	a) Stadtinspektor Gerhard Krause, Marburg/Lahn		Gladenbach	b) Kreisobersekretär Fritz Seibel, Biedenkopf	
	b) Regierungsinspektor Adam Kiem, Marburg/Lahn		Dillenburg	a) Landrat Dr. Karl Rehrmann, Dillenburg	
Eschwege	a) Reg.Oberinspektor Eduard Beck, Eschwege		Herborn	b) Reg.Amtmann Otto Graf, Dillen- burg	
	b) Reg.Inspektor Gerhard Uhlig, Eschwege		Gelnhausen	a) Kreisamtman Wilhelm Flecken- stein, Gelnhausen	
Frankenberg/Eder	a) Kreisamtman Wilhelm Giebel, Frankenberg		Bad Orb	b) Reg.Amtmann Erich Wilhelm Haase, Gelnhausen	
	b) Reg.Oberinspektor Moritz Vial, Frankenberg		Wächtersbach		
Fritzlar	a) Reg.Amtmann Oskar Hartenbach Fritzlar		Langenselbold	a) Bürgermeister Jean Mahr, Langenselbold	
Borken	b) Reg.Obersekretär Heinrich Liese, Fritzlar			b) Bürgermeister Heinrich Ruth, Langendiebach	
Homburg			Limburg	a) Kreisoberamtman Franz Kroh- mann, Limburg	
Bad Hersfeld	a) Kreisamtman Fritz Weidmann, Bad Hersfeld		Hadamar	b) Reg.Amtmann Ernst Kiehl, Limburg	
	b) Reg.Amtmann Ernst Heppke, Bad Hersfeld		Hochheim	a) Landrat Dr. Wagenbach, Frank- furt/M.-Höchst	
Hofgeismar	a) Reg.Amtmann Georg Menke, Hofgeismar			b) Kreisoberrechtsrat Fritz Hilde- brand, Frankfurt/M.-Höchst	
	b) Reg.Oberinspektor Albert Wagner, Hofgeismar		Runkel	a) Reg. Oberinspektor Fritz Schäfer, Runkel	
Hünfeld	a) Reg.Amtmann Hans Joachim Sach, Hünfeld			b) Reg.Inspektor Alfred Stotz, Aumenau	
	b) Reg.Oberinspektor Bernhard Neu- land, Hünfeld				

bei den Amtsgerichten in	folgende	a) Beisitzer b) Stellvertreter	bei den Amtsgerichten in	folgende	a) Beisitzer b) Stellvertreter
Weilburg	a) Reg. Amtmann Albert Hild, Weilburg		Schlüchtern	a) Kreisamtmann Johann Kreis, Schlüchtern	
	b) Reg. Obersekretär Reinhold Paul, Hirschhausen		Salmünster	b) Kreisobersekretär Ernst Jonas, Schlüchtern	
Bad Homburg v. d. H.	a) Reg. Amtmann Schmidt-Henke, Bad Homburg v. d. H.		Steinau		
	b) Reg. Oberinspektor Krämer, Bad Homburg v. d. H.		Bad Schwalbach	a) Landrat Dr. Vitense, Bad Schwalbach	
Königstein	a) Landrat Dr. Wagenbach, Frank- furt/M.-Höchst			b) Reg. Amtmann Wolf, Bad Schwalbach	
	b) Reg. Oberinspektor Krämer, Bad Homburg v. d. H.		Idstein	a) Landrat Dr. Vitense, Bad Schwalbach	
Rüdesheim	a) Reg. Amtmann Hans Döscher, Rüdesheim			b) Kreisoberrechtsrat Fritz Hilde- brand, Frankfurt/M.-Höchst	
	b) Stadtoberinspektor Engelbert Morr, Rüdesheim		Usingen	a) Reg. Amtmann Hermann Koesler, Usingen	
Eltville	a) Stadtoberinspektor Bernhard Ley, Eltville			b) Reg. Oberinspektor Walter Cromm, Usingen	
	b) Stadtinspektor Eberhard Mehl, Eltville		Wetzlar	a) Kreisamtmann Friedrich Sänger, Wetzlar	
			Braunfels	b) Kreisoberinspektor Friedrich Sänger, Wetzlar	
			Ehringshausen		

780

Der Hessische Minister der Finanzen

Fortführung des Liegenschaftskatasters nach Grenzstreitigkeiten

Bezug: Runderlaß des Hessischen Ministers der Justiz vom 1. Juli 1957 (1451 — III a 5324) — JMBl. S. 65 — betr. Maßnahmen der Gerichte bei Grenzstreitigkeiten, insbesondere Aktenübersendung an die Katasterämter und zweckmäßige Prozeßgestaltung; in der Anlage abgedruckt.

Für das Verfahren der Katasterämter nach Eingang der Prozeßakten bestimme ich folgendes:

1. Aus den zur Einsicht überlassenen Prozeßakten sind beglaubigte Abschriften und Abzeichnungen der im Prozeß entstandenen Vermessungsschriften sowie Abschriften der Urteile oder Vergleiche in dem zur unmittelbaren Übernahme in das Liegenschaftskataster oder zur späteren Feststellung der Grenzen erforderlichen Umfang anzufertigen.
2. Können die Abschriften und Abzeichnungen aus den Prozeßakten ohne weiteres als Unterlagen für die Fortführung des Liegenschaftskatasters dienen, so werden die im Prozeß getroffenen Feststellungen in das Liegenschaftskataster übernommen, ohne das den Beteiligten Kosten zur Last gelegt werden.
3. Wenn die Angaben in den Prozeßakten zur Fortführung des Liegenschaftskatasters nicht ausreichen, so hat sich das Katasteramt wegen der Beibringung der erforderlichen Unterlagen (§ 16 des Katastergesetzes vom 3. Juli 1956, GVBl. S. 121) mit den Beteiligten in Verbindung zu setzen und die Abmarkung der Grundstücksgrenzen (§ 1 Abs. 2 Nr. 4 des Abmarkungsgesetzes vom 3. Juli 1956, GVBl. S. 124) in die Wege zu leiten.
4. Zwei beglaubigte Abschriften der Urteile und Vergleiche sind der oberen Katasterbehörde zu übersenden; diese leitet eine Ausfertigung mir zu.
5. Die Verfügung des Preußischen Finanzministers über die Benutzung der den Katasterämtern zur Einsichtnahme übersandten Prozeßakten in Grenzstreitigkeiten vom 4. Juli 1921 (FMBl. S. 388) wird aufgehoben.

Wiesbaden, 14. 7. 1958 **Der Hessische Minister der Finanzen**
K 4340 A — 1 — VI/2/3
St. Anz. 31/1958 S. 893

Anlage

*

Maßnahmen der Gerichte bei Grenzstreitigkeiten, insbesondere Aktenübersendung an die Katasterämter und zweckmäßige Prozeßgestaltung. RdErl. d. MdJ v. 1. 7. 1957 (1451 — IIIa 5324) — JMBl. S. 65 —

I

In Grenzstreitigkeiten hat der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Prozeßgerichts erster Instanz die Prozeß-

akten dem zuständigen Katasteramt zur Einsicht zu übersenden, sobald der Rechtsstreit durch rechtskräftiges Urteil oder durch Vergleich beendet ist. Falls Zweifel bestehen, ob das Urteil rechtskräftig geworden ist, sind zuvor die erforderlichen Feststellungen zu treffen.

Um die Beachtung dieser Bestimmung zu gewährleisten, hat der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle die einschlägigen Akten bei Anlegung oder in dem Zeitpunkt, in welchem erkennbar wird, daß es sich um eine Grenzstreitigkeit handelt, mit der rot unterstrichenen Aufschrift „Grenzstreitigkeit! Nach Beendigung dem Katasteramt zu übersenden!“ zu versehen.

II

Wie die Erfahrung lehrt, wird der praktische Erfolg der Urteile und Vergleiche in Grenzstreitigkeiten nicht selten dadurch gemindert oder gar vereitelt, daß die im Prozeß getroffenen Feststellungen nicht in die katasteramtlichen Karten und in das Grundbuch übernommen werden oder daß dieser Übernahme Schwierigkeiten entgegenstehen, die bei zweckmäßiger Prozeßgestaltung hätten vermieden werden können. Im Hinblick hierauf empfehle ich den Prozeßgerichten, folgendes zu beachten:

1. Grenzstreitigkeiten werden oft nicht ohne Zuziehung eines vermessungstechnischen Sachverständigen entschieden werden können. Wird ein solcher Sachverständiger zugezogen, so wird es zweckmäßig sein, als Sachverständigen einen Vermessungsbeamten des zuständigen Katasteramtes oder einen öffentlich bestellten Vermessungsingenieur zu bestimmen.
2. Bei der Fassung des Urteils oder Vergleichs ist es zweckmäßig, die festgestellte Grenze so genau zu bezeichnen, daß ihre Übertragung in die Örtlichkeit und ihre dauerhafte Bezeichnung (Abmarkung) ohne Schwierigkeiten erfolgen können. Die Bezugnahme auf eine Handzeichnung oder eine Geländebeschreibung (z. B. Graben, Hecke, Baum usw.) genügt in der Regel nicht.
3. Im Laufe des Verfahrens wird es angezeigt sein, die Parteien darüber zu belehren, daß die Regelung der Grenzverhältnisse mit der Entscheidung des Gerichts oder dem Abschluß des Vergleichs nicht erledigt ist, vielmehr bedürfen die gerichtlich bestimmten Grundstücksgrenzen noch der Abmarkung und das Ergebnis muß noch in das Liegenschaftskataster und in das Grundbuch übernommen werden.

III

Die AV des Preußischen Justizministers über die Mitteilung der Prozeßakten in Grenzstreitigkeiten an die Katasterämter vom 6. Juni 1921 (JMBl. S. 332) wird als gegenstandslos aufgehoben.

781

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung

Bewertungsergebnisse über die 158. Bewertungssitzung am 29., 30. und 31. Mai 1958

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädi-kat	Gültig-keit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**
Spielfilme										
Mann im Feuer — SF — (WINDOM'S WAY) — Farbfilm —	4395	2961	J. Arthur Rank Productions, Ltd., London	England	J. Arthur Rank Film, Hamburg	S	W	—	26. 3. 1958	16747
Väter und Söhne — SF — (PADRI E FIGLI) — Breitwand —	3922-a	2638	Royal Film, Rom/ Filmel/Lyrica, Paris	Italien/ Frankreich	Schorcht Film-verleih GmbH., München	S	W	—	28. 5. 1958	15137-b
abendfüllende Dokumentar-, Kultur-, Jugend-, Lehr- und Märchenfilme										
Sein Freund Jello — SF — (OLD YEL-LER) — Farbfilm —	4359	2281	Walt Disney Pro- ductions, Bur- bank/Calif.	USA	UFA-Filmverleih GmbH., München	aJ	W	—	15. 3. 1958	17120
Kurzfilme										
El Teide — Farbfilm —	3542-a	255	München-Film GmbH., München	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	17. 4. 1958	14279
Flegeljahre	2912-a	363	RKF-Filmpro- duktion Rudolf Werner Kipp, Hamburg	Deutschland	noch offen	L	W	—	16. 4. 1958	16894
Fluß in Toskana, Ein — SF — (SEGUENDO IL SERCHIO) — Cine- maScope-Farbfilm —	3412	290	Documento Film, Rom	Italien	noch offen	K	W	31. 12. 1963	12. 12. 1957	17056
Geschichte vom Kum- merkasten, Die	4511	349	Zenit-Film, Ingeborg Martay, Berlin	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	9. 5. 1958	17117
Hinter Wall und Graben	4455	265	Cassiopeia-Film Peter G. West- phal, Göttingen	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	17. 4. 1958	16868
JARNA IN DELTA — SF — Farbfilm	4411	382	Dokumentar- Filmstudio „Ale- xander Sahia“, Bukarest	Rumänien	noch offen	K	W	31. 12. 1963	3. 4. 1958	17030
Jugend mit Herz — Aus dem Leben einer Jugendgruppe für Vogelschutz Plastik 48	3638-S	445 16 mm	Dr. Otto Schulz- Kampfhenkel, Hamburg	Deutschland	noch offen	J	W	31. 12. 1963	8. 4. 1958	16966
Kleine Schöpfungs- geschichte — Farbfilm — ohne Kommentar —	4380	306	Roto-Film GmbH., Hamburg	Deutschland	noch offen	K	BW	31. 12. 1963	24. 3. 1958	17132
Leben für Europa, Ein	4543	300	Thurnau-Film Produktion-Syn- chronisation GmbH., Berlin	Deutschland	noch offen	D	W	31. 12. 1963	22. 5. 1958	17012
Kleines Land am Monte Titano	4471	329	H. G. Zeiss-Film, München	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	30. 4. 1958	17039
Neuer Glanz aus alten Formen	4424	328	Unda-Film, München	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	10. 4. 1958	15830
Nicht vergessen!	4448	284	Hansjungen Poh- land Filmproduk- tion, Berlin	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	16. 4. 1958	17116
schwimmenden Gärten von Xochimilco, Die	3961	254	Rhewes Filmpro- duktion GmbH., Düsseldorf	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	1. 4. 1958	16993
SCURTA ISTORIE — OF — Zeichentrick- Farbfilm — ohne Kommentar —	4409	251	Filmstudio, Bukarest	Rumänien	noch offen	K	W	31. 12. 1963	3. 4. 1958	17068

Als Tag der Bewertung gilt der 29. Mai 1958

Als amtlicher Nachweis der positiven Bewertung gilt nur die gedruckte Prädikatskarte.

Erläuterungen:

* Die Prädikate werden wirksam gemäß der gesetzlichen Regelung in den Ländern (Regelung gem. Abschnitt III — Nr. 1 (1) und Nr. 5 der Geschäfts- und Verfahrensordnung für die Filmbewertungsstelle vom 15. Juni 1957.

** Unter den hier aufgezählten Prüfnummern wurden die Filme von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft zur öffentlichen Vorführung freigegeben.

782

Nachträge und Änderungen im Anschluß an die Bewertungsergebnisse der 158. Bewertungssitzung

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädi-kat	Gültig-keit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**
Kurzfilme										
Nachtrag zur 153. Bewertungssitzung am 9. und 10. April 1958										
Bauernharfe, Die	4320	288	Opus Film Pro-duction Richard Mostler, Laufen/Obb.	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	28. 2. 1958	16662-I
Nachtrag zur 147. Bewertungssitzung am 16., 17. und 18. Dezember 1957										
In jeder Stunde...	3837	380	Gerstenberg-Film, Frankfurt/Main	Deutschland	United Artists Corporation, Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1962	19. 7. 1957	14904
Änderung zur 150. Bewertungssitzung am 13. und 14. Februar 1958 — neuer Titel —										
kleine Bürgerhaus, Das (bish. Titel: Barocke Spielereien)	4247	284	Dieter H. Lemmel, Bad Godesberg	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	27. 1. 1958	16312

Wiesbaden-Biebrich, 31. 5. 1958

St.Anz. 31/1958 S. 895

Filmbewertungsstelle Wiesbaden

783

Bewertungsergebnisse über die XLVII. Hauptausschußsitzung am 2. und 3. Juni 1958

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädi-kat	Gültig-keit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**
Spielfilme										
Sayonara — SF — (SAYONARA) — Technirama-Farbfilm — verkürzte Fassung —	4203-a	3248	Warner Bros. Pictures, Inc., New York, N.Y.	USA	Warner Bros. Continental Films, Inc., Frankfurt/M.	S	W	—	16. 5. 1958	16167-a
abendfüllende Dokumentar-, Kultur-, Jugend-, Lehr- und Märchenfilme										
Madschuba, der Sohn des Zauberers — Farbfilm —	4335	2237	Missionsprokura, St. Ottilien/Obb.	Deutschland	Materna-Filmverleih GmbH., Frankfurt/Main	aD	BW	—	6. 3. 1958	16492
Kurzfilme										
PREMIJERA — OF — Zeichentrick-Farbfilm — ohne Kommentar —	3813	275	Zagreb-Film, Zagreb	Jugoslawien	noch offen	K	BW	31. 12. 1963	25. 2. 1958	15561
Pumajagd in Mexiko — SF — (THE WETBACK HOUND) Farbfilm —	4361	499	Walt Disney Productions, Burbank/Calif.	USA	UFA-Filmverleih GmbH., München	K	W	31. 12. 1963	15. 3. 1958	16797
Straßen der Vernunft — Farbfilm —	4126	964	Franz Schroedter Studio KG., Hamburg	Deutschland	noch offen	K	BW	31. 12. 1963	29. 11. 1957	15901

Als Tag der Bewertung gilt der 2. Juni 1958

Als amtlicher Nachweis der positiven Bewertung gilt nur die gedruckte Prädikatskarte.

Erläuterungen:

* Die Prädikate werden wirksam gemäß der gesetzlichen Regelung in den Ländern (Regelung gem. Abschnitt III — Nr. 1 (1) und Nr. 5 der Geschäfts- und Verfahrensordnung für die Filmbewertungsstelle vom 15. Juni 1957.

** Unter den hier aufgeführten Prüfnummern wurden die Filme von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft zur öffentlichen Vorführung freigegeben.

Wiesbaden-Biebrich, 4. 6. 1958

St.Anz. 31/1958 S. 895

Filmbewertungsstelle Wiesbaden

784

Bewertungsergebnisse über die 159. Bewertungssitzung am 9. und 10. Juni 1958

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädi-kat	Gültig-keit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**
Kurzfilme										
Antikes Nondafrika Eine Impression — Farbfilm —	4466	257	Dr. H. J. Hossfeld, Köln	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	28. 4. 1958	17194
Balzzeit im Moor	4528	270	Opus Film Pro-duction Richard Mostler, Laufen/Obb.	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	16. 5. 1958	17138

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädikat	Gültigkeitsbis*	Antrags- eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**
Bericht einer Reise — Farbfilm —	4384	291	Dr. H. J. Hossfeld, Köln	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	25. 3. 1958	17193
Bücher für jeden — SF — (BOOKS FOR EVERYONE)	4517	419	United States In- formation Agency, Washington	USA	noch offen	K	W	31. 12. 1963	12. 5. 1958	17034
Corbusier, Le — SF — (LE CORBUSIER)	4386	380	Les Films de St. Germain des Prés, Paris	Frankreich	noch offen	K	W	31. 12. 1963	25. 3. 1958	17173
FARFALLA DELLA SETA, LA — OF — — Farbfilm —	4447	288	Fernando Amati, Rom	Italien	noch offen	K	W	31. 12. 1963	16. 4. 1958	17118
Gebetbuch des Grafen Eberhard im Bart, Das — mit Farbteil —	4263	268	Dokument-Film- Produktion Jean Lommen, Stuttgart	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	31. 1. 1958	17073
Gestaltete Form	4450	256	Günter-Lemmer- Film, München	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	16. 4. 1958	17080
Helgoländer Tagebuch — Farbfilm —	4508	413	Jupiter-Filmpro- duktion GmbH., Hamburg	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	10. 5. 1958	16452
Impressionen aus Tunis — SF — (COLORE D'AFRICA) — CinemaScope- Farbfilm —	4445	334	Marvin-Film, Rom	Italien	Ratimpex, Kultur- und Dokumentar- film, München	K	W	31. 12. 1963	23. 4. 1958	17076
MERAVIGLIOSA STORIA DEL LIBRO, LA — OF — — Farbfilm —	4488	298	Corona Cinemato- grafica, Rom	Italien	noch offen	K	W	31. 12. 1963	5. 5. 1958	17043
Nachwuchsschulung im Atomzeitalter — SF — (ATOMIC POWER FOR PEACE PART VI: TRAINING MEN FOR THE ATO- MIC AGE)	4519	411	Hearst Metrotone News, Inc., New York, N.Y./United States Information Agency, Washington	USA	noch offen	D	W	31. 12. 1963	12. 5. 1958	17036
Rhein-Lotsen	4534	331	Hans Boldt/E. M. Quass, Frankfurt/ Main	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	20. 5. 1958	17127
Im Rotwild Revier	4474	270	Teka-Film GmbH., Bremen	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	30. 4. 1958	16583
Schule des Jagdhun- des, Die — SF — (KURZHAAR CANE TEDESCO) — Farbfilm —	3413	286	Astra Cinemato- grafica, Rom	Italien	Ratimpex, Kultur- und Dokumentar- film, München	K	W	31. 12. 1963	12. 12. 1957	17079
Seehundjagd im Norden — SF — (PEPAMPEREN HYL- KEENPYYTE JET)	4527	378	Allotria-Film, Helsinki	Finnland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	14. 5. 1958	17124
Seedeich — Schutz- wall der Küste, Der — Farbfilm —	3501-b	333	Lehrfilm-Institut Richard Schein- pflug, Hamburg	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	29. 5. 1958	14228
St. Gotthard — Mittler zwischen Nord und Süd — Farbfilm —	4464	632	August Kern-Film AG., Basel	Schweiz	noch offen	K	W	31. 12. 1963	28. 4. 1958	16765
Strom über Berge — Farbfilm —	4449	270	Hansjürgen Poh- land Filmproduk- tion, Berlin	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	16. 4. 1958	17115
Von Zeigern, Zeiten und der Zeit	4544	301	Filmproduktion Hans Kühle, Berlin	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	26. 5. 1958	17198

Als Tag der Bewertung gilt der 9. Juni 1958

Als amtlicher Nachweis der positiven Bewertung gilt nur die gedruckte Prädikatskarte.

Erläuterungen:

- Die Prädikate werden wirksam gemäß der gesetzlichen Regelung in den Ländern (Regelung gem. Abschnitt III — Nr. 1 (1) und Nr. 5 der Geschäfts- und Verfahrensordnung für die Filmbewertungsstelle vom 15. Juni 1957.
- ** Unter den hier aufgezeigten Prüfnummern wurden die Filme von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft zur öffentlichen Vorführung freigegeben.

785

Nachträge, Ergänzungen und Änderungen im Anschluß an die Bewertungsergebnisse der 159. Bewertungssitzung

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädi-kat	Gültig-keit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**
Nachtrag zur 152. Bewertungssitzung am 11., 12., 13. und 14. März 1958										
Abseits der großen Bahnen	4133	278	Reginald Puhl-Filmproduktion, Hamburg	Deutschland	Deutsche Cosmopol Film-GmbH., München/AKI-Aktualitäten-Kino Betriebs-GmbH. & Co., Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	2. 12. 1957	12269
Nachtrag zur 157. Bewertungssitzung am 19., 20. und 21. Mai 1958										
Im Land der schwarzen Bären — Farbfilm —	2940	2381	Eugen Schuhmacher, München	Deutschland	noch offen	aK	BW	—	23. 4. 1958	16932
Vorgeschichtliche Kunst — SF — (IMAGES PRE-HISTORIQUES) — Farbfilm —	4139	443	Les Filmes de Sa-turne/Renaissance Film et Equipe Arcady, Paris	Frankreich	J. Arthur Rank Film, Hamburg	K	BW	31. 12. 1963	13. 1. 1958	16353-a
Ergänzung zur 49. Bewertungssitzung am 3. und 4. Februar 1954 — Verleiher —										
Walpurgisnacht	1233	328	Institut für Wissenschaftliche Filme, Erlangen	Deutschland	Universal Filmverleih, Inc., Frankfurt/Main	K	W	—	—	7297
Ergänzung zur 87. Bewertungssitzung am 22., 23., 24. und 25. November 1955 — Verleiher — (siehe auch Titel-Änderung in der Veröffentlichung der 102. Bewertungssitzung)										
Feuerinseln — SF — (LE ISOLE DEL FUOCO) — Cinema-Scope-Farbfilm —	2407	283	Reportfilm, Rom	Italien	Defir, Deutscher Film-Ring GmbH, München	K	BW	—	—	11064
Ergänzung zur 118. Bewertungssitzung am 21. und 22. Januar 1957 — Verleiher —										
Insel im Ozean: Madeira	3381	399	Alfred Ehrhardt-Film, Hamburg	Deutschland	Europa-Filmverleih GmbH, Hamburg	K	W	—	—	13718
Ergänzung zur 137. Bewertungssitzung am 26., 27. und 28. September 1957 — Verleiher —										
Porträt einer Pause	3888	296	Unda-Film, München	Deutschland	Pallas-Film-Verleih GmbH, Frankfurt/Main	K	BW	31. 12. 1962	13. 9. 1957	15309
Ergänzung zur XXXIX. Hauptausschußsitzung am 18. und 19. Oktober 1957 — Verleiher —										
Hongkong — Insel im roten Meer	3974	359	Internationale Fernseh-Agentur GmbH, Frankfurt/Main	Deutschland	Schorcht Filmverleih GmbH, München	K	BW	31. 12. 1962	13. 8. 1957	15283
Ergänzung zur 141. Bewertungssitzung am 28. und 29. Oktober 1957 — Verleiher —										
Transatlantik — SF — (FRANSATLANTIC) — Zeichentrick-Farbfilm —	3487	283	United States Information Agency, Washington	USA	Centfox-Film, Inc., Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1962	5. 10. 1957	15498
Ergänzung zur 143. Bewertungssitzung am 21., 22. und 23. November 1957 — Verleiher —										
Brücke	3887	362	Unda-Film, München	Deutschland	Pallas-Film-Verleih GmbH, Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1962	13. 8. 1957	15282
Verzaubertes Museum — Farbfilm —	3947	264	Unda-Film, München	Deutschland	Pallas-Film-Verleih GmbH, Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1962	28. 8. 1957	15605
Ergänzung zur 152. Bewertungssitzung am 11., 12., 13. und 14. März 1958 — Verleiher —										
Menschen am Gletscher	4170	266	Wolfgang Gorter Film, Bad Tölz	Deutschland	Prisma Filmverleih GmbH, Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	20. 12. 1957	15749
Mars — der rote Planet	4292	265	Priebe-Film-Produktion, Detmold	Deutschland	Prisma Filmverleih GmbH, Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	12. 2. 1958	16502
Ergänzung zur 151. Bewertungssitzung am 20., 21. und 22. Februar 1958 — Verleiher —										
Königin der Kamelien — Farbfilm —	4242	279	Nordfilm Willy E. Specht GmbH, Hamburg	Deutschland	Paramount Films of Germany, Inc., Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	28. 1. 1958	16297

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädi-kat	Gültig-keit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**
Ergänzung zur XLIV. Hauptausschußsitzung am 15. und 16. März 1958 — Verleiher —										
Forschungsreise in die Antarktis — SF — (EXPEDITION INTO THE ANTARCTIC)	4198	278	United States Information Agency, Washington	USA	Metro-Goldwyn-Mayer Filmgesellschaft, Frankfurt/Main	D	W	31. 12. 1963	4. 1. 1958	16124
Ergänzung zur 153. Bewertungssitzung am 9. und 10. April 1958 — Verleiher —										
Erbe der Vorzeit	3690	317	Brevis-Film GmbH., Köln	Deutschland	United Artists Corporation, Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	20. 2. 1958	14457
Gesicht des Rennläufers, Das	4336	400	Adi Mayer-Film, Wien	Österreich	Schorcht Filmverleih GmbH., München	K	W	31. 12. 1963	6. 3. 1958	16582
Kleine Wiesen-Story	3914	336	Arnold & Richter KG., München	Deutschland	Prisma Filmverleih GmbH., Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	6. 3. 1958	16631
Pueblo am Ende der Welt	4281	287	Arcadia-Film, Neuß/Rhein	Deutschland	Metro-Goldwyn-Mayer Filmgesellschaft, Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	7. 2. 1958	17765
Schwarz auf Weiß	4049	322	Kebelmann Filmgesellschaft mbH., Berlin	Deutschland	Prisma Filmverleih GmbH., Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	27. 2. 1958	16517
Ergänzung zur 154. Bewertungssitzung am 15., 16. und 17. April 1958 — Verleiher —										
Haus wie jedes andere, Ein	4387	257	Hans Siegert, München	Deutschland	Union Film Verleih GmbH., München	K	W	31. 12. 1963	25. 3. 1958	16817
Ergänzung zur 155. Bewertungssitzung am 21. und 22. April 1958 — Verleiher —										
Jeden Tag und jede Stunde	4366	299	Colibri-Film Charlotte Röbbeling, München	Deutschland	Metro-Goldwyn-Mayer Filmgesellschaft, Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	18. 3. 1958	16831
Joseph Haydn	4034	377	Helios-Film GmbH., Wien	Österreich	Union Film Verleih GmbH., München	K	W	31. 12. 1963	16. 10. 1957	15606
Kunst des Restaurierens, Die	4124	312	W. T.-Filmproduktion, München	Deutschland	Prisma Filmverleih GmbH., Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	28. 11. 1957	16801
Ergänzung zur 157. Bewertungssitzung am 19., 20. und 21. Mai 1958 — Verleiher —										
Eduard Mörike als Zeichner	4122	309	Dokument-Film-Produktion Jean Lommen, Stuttgart	Deutschland	United Artists Corporation, Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	28. 11. 1957	16958
Ergänzung zur 158. Bewertungssitzung am 29., 30. und 31. Mai 1958 — Verleiher —										
Nicht vergessen!	4448	284	Hansjürgen Pohland Filmproduktion, Berlin	Deutschland	Defir, Deutscher Film-Ring GmbH., München	K	W	31. 12. 1963	16. 4. 1958	17116
Änderung zur 19. Bewertungssitzung am 19., 20. und 21. März 1952 — neuer Verleiher —										
Kette und Schuß	366	371	Film-Studio Walter Leckebusch, München	Deutschland	Argus-Film-Verleih GmbH., München/Ceres-Film-Verleih GmbH., Berlin	K	W	—	—	3765
Änderung zur 28. Bewertungssitzung am 24., 25. und 26. September 1952 — neuer Verleiher —										
Unser Wäscheschrank füllt sich wieder	717	297	Dokumentar-Film Produktion GmbH., Berlin	Deutschland	Donau-Film-Gesellschaft Verleih und Vertrieb, München	D	W	—	—	4808
Änderung zur 33. Bewertungssitzung am 14., 15. und 16. Januar 1953 — neuer Verleiher —										
Penicillin	802	341	Dokumentar-Film Produktion GmbH., Berlin	Deutschland	Donau-Film-Gesellschaft Verleih und Vertrieb, München	D	W	—	—	5446-b
Änderung und Ergänzung zur 137. Bewertungssitzung am 26., 27. und 28. September 1957 — Titel und Verleiher —										
Zeitgemäße Bierherstellung (veröffentlicht als Nachtrag im Anschluß an die 143. Bew.S.)	3935	398	Saar Film Union GmbH., Saarbrücken	Saarland	Deutsche Cosmopol Film GmbH., München	K	W	31. 12. 1962	23. 8. 1957	15770

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädikat	Gültigkeit bis*	Antrags-eingang am*	Pr.-Nr. PSK
Berichtigung zur 146. Bewertungssitzung am 12., 13. und 14. Dezember 1957 — Bildformat — Väter und Söhne — SF — (PADRI E FIGLI) — CineScope —	3922	2638	Royal Film, Rom/ Filmel/Lyrica, Paris	Italien/ Frankreich	Schorcht Filmver- leih GmbH, München	S	BW	—	22. 8. 1957	15137-a
Berichtigung zur 154. Bewertungssitzung am 15., 16. und 17. April 1958 — neue Länge — Weim die Stunde schlägt — SF — (FOR WHOM THE BELL TOLLS) — Farbfilm —	4332	3562	Paramount Pic- tures Corp., New York, N.Y.	USA	Paramount Films of Germany, Inc., Frankfurt/Main	S	W	—	6. 3. 1958	1045-c
Berichtigung zur 158. Bewertungssitzung am 29., 30. und 31. Mai 1958 — Titel — Plastik 58 Kleine Schöpfungs- geschichte — Farbfilm — — ohne Kommentar —	4380	306	Roto-Film GmbH, Hamburg	Deutschland	nöch offen	K	BW	31.12. 1963	24. 3. 1958	17132

Als amtlicher Nachweis der positiven Bewertung gilt nur die gedruckte Prädikatskarte.

Erläuterungen:

* Die Prädikate werden wirksam gemäß der gesetzlichen Regelung in den Ländern (Regelung gem. Abschnitt III — Nr. 1 (1) und Nr. 5 der Geschäfts- und Verfahrensordnung für die Filmbewertungsstelle vom 15. Juni 1957.

** Unter den hier aufgezeigten Prüfnummern wurden die Filme von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft zur öffentlichen Vorführung freigegeben.

Wiesbaden-Biebrich, 11. 6. 1958

St.Anz. 31/1958 S. 899

Filmbewertungsstelle Wiesbaden

786

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

Staatsbeihilfen gemäß § 9 SchKG vom 10. 7. 1953 (GVBl. S. 126) für den Bau und die Einrichtung von Schulen

Nach § 5 SchKG sind die Schulträger verpflichtet, die erforderlichen Schulräume zu stellen, mit der notwendigen Einrichtung auszustatten und ordnungsgemäß zu unterhalten. Nur wenn Schulträger diese Verpflichtung nicht aus eigener Kraft erfüllen können, kann gemäß § 9 SchKG eine Landesbeihilfe gewährt werden. Die für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Mittel, die bei Kap. 17 10 — 605 veranschlagt sind, werden auf Grund von Vorschlägen der Regierungspräsidenten unter Berücksichtigung der Dringlichkeit der einzelnen Maßnahmen und der finanziellen Lage des Schulträgers von mir im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Minister der Finanzen verteilt.

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung ermächtigte ich Sie, im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Minister der Finanzen, künftig leistungsschwachen Schulträgern für Maßnahmen an Volks- und Mittelschulen Beihilfen gem. § 9 SchKG im Einzelfall in eigener Zuständigkeit zu bewilligen,

- für Baumaßnahmen bis 10 000,— DM,
- für Einrichtungskosten bis 1500,— DM. Kleinstbeihilfen unter 500,— DM sollen nicht gewährt werden. Für Maßnahmen, für die bereits eine Beihilfe von mehr als 10 000 DM von mir bewilligt worden ist, dürfen zusätzliche oder nachträgliche Bewilligungen (bei Kostenüberschreitungen) nicht ausgesprochen werden.

Die Höhe der für Ihren Bezirk insgesamt verfügbaren Mittel für 1958 habe ich Ihnen mit Erlaß vom 28. 4. 1958 — III/11 — 180/30 — bereits mitgeteilt. Wegen Anforderung der Betriebsmittel für die von Ihnen bewilligten Beihilfen zum 5. eines jeden Monats verweise ich auf den Erlaß des Ministers der Finanzen vom 19. 3. 1958 — III b/22 LG 40030 — betr. Zahlungen aus dem Finanzausgleich 1958 (StAnz. S. 394).

Bei der Behandlung der Anträge auf Beihilfen zur Finanzierung von Schulbauten und -einrichtungen bei Volks- und Mittelschulen ist mir aufgefallen, daß in zahlreichen Fällen Beihilfen für Reparaturen an Schulgebäuden, besonders an Abortanlagen, sowie zur Ersatzbeschaffung von Einrichtungsgegenständen beantragt werden. Durch Augenschein mußte ich mich gerade in letzter Zeit leider mehrfach davon über-

zeugen, daß derartige Instandsetzungen und Ersatzbeschaffungen nicht selten Folgen einer jahrelangen Vernachlässigung der den Schulträgern nach § 5 (2) SchKG obliegenden Unterhaltungspflicht sind. Dabei wird offenbar übersehen, daß die Schulanlagen Bestandteil des Gemeindevermögens sind, für dessen Unterhaltung und Erneuerung neben § 5 Abs. 2 SchKG die Bestimmungen der §§ 92 ff HGO maßgebend sind.

Grundsätzlich muß davon ausgegangen werden, daß die Kosten für die laufende Unterhaltung sowohl der Schulgebäude als auch der anderen für den Schulbetrieb erforderlichen Einrichtungen aus Mitteln des ordentlichen Haushalts der Gemeinden zu bestreiten sind (§ 92 Abs. 2 HGO, § 5 Abs. 2 SchKG). Bei alljährlicher Bereitstellung angemessener Haushaltsmittel für diesen Zweck muß es den Gemeinden in der Regel möglich sein, nicht nur die Kosten für die notwendigen Ersatzbeschaffungen (z. B. Erneuerung von Schulmöbeln, Öfen) und für erforderliche Reparaturen an den Schulgebäuden selbst zu finanzieren, sondern auch für eine notwendige Verbesserung der sanitären Verhältnisse, z. B. die Erneuerung von Abortanlagen, aufzukommen. Da bauliche Sanierungsmaßnahmen nur in größeren Zeitabständen erforderlich werden, und sich in etwa voraussehen lassen, muß rechtzeitig mit der Ansammlung einer Baurücklage für ein solches Vorhaben begonnen werden.

Da es nicht Zweck staatlicher Beihilfen sein kann, den Unterhaltsträgern, die ihre gesetzlichen Pflichten längere Zeit vernachlässigt haben, zu helfen, sind Beihilfeanträge für Erneuerungsmaßnahmen an Schulgebäuden und deren Nebenanlagen künftig streng zu prüfen. Ergibt die Prüfung, daß die Schulträger dem Gebot pflegerischer und wirtschaftlicher Verwaltung ihres Vermögens nicht nachgekommen sind und es versäumt haben, die Schulen und ihre Einrichtungen ordnungsgemäß zu unterhalten sowie die notwendigen Mittel für Erweiterungen und Ersatzbeschaffungen durch Bildung entsprechender Rücklagen anzusammeln — vgl. § 92 HGO —, muß mit der Ablehnung des Beihilfeantrages gerechnet werden. Für laufende Unterhaltung der Schulgebäude und der Einrichtung können Landesbeihilfen grundsätzlich nicht gewährt werden (vgl. hierzu auch § 7 SchKG).

Nur in den Fällen, in denen es dem Schulträger wegen seiner Leistungsschwäche nicht möglich gewesen ist, die notwendigen Deckungsmittel im Laufe der Zeit anzusammeln und ihm eine andere Finanzierung, etwa durch Aufnahme eines Darlehens, nicht zuzumuten ist, können künftig Beihilfen nach § 9 SchKG unter Beachtung der Landesrichtlinien vom 28. 1. 54 — StAnz. S. 133 ff. — bewilligt werden.

Die Leistungsfähigkeit der Schulträger — bezogen auf die Kosten der geplanten Maßnahme — ist in jedem Einzelfall von Ihrer Kommunalabteilung vor der Bewilligung sorgfältig zu prüfen, wobei insbesondere Vermögenserträge (z. B. aus Waldbesitz) zu berücksichtigen sind.

Im übrigen verweise ich auf den Erlaß des Hessischen Ministers des Innern vom 11. 2. 1958 über die Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1958 (St.Anz. S. 239) und bitte, künftig hiernach zu verfahren.

Bis 1. 3. eines jeden Jahres bitte ich um Übersendung einer Übersicht über die von Ihnen für das zu Ende gehende Rechnungsjahr ausgesprochenen Bewilligungen, getrennt nach Bau- und Einrichtungsbeihilfen. Einzelberichte sind nicht mehr erforderlich.

Sind Staatsbeihilfen bewilligt worden, so ist auf eine beschleunigte Durchführung der genehmigten Baumaßnahmen zu achten. Lange Bauzeiten führen oft zu einer Erhöhung der Baukosten, die die Unterhaltsträger finanziell stark belasten, und blockieren die Auszahlung der Staatsbeihilfen, weil diese nur nach dem Baufortschritt gezahlt werden. Sollten die Baumaßnahmen bis zum Ende des Rechnungsjahres, in dem die Bewilligung erfolgte, nicht begonnen sein, so ist der Bewilligungsbescheid zurückzuziehen. Eine spätere erneute Bewilligung ist damit nicht ausgeschlossen, wenn der Unterhaltsträger sich verpflichtet, sofort mit den Bauarbeiten zu beginnen.

Die ordnungsgemäße Verwendung der Landesbeihilfen (für Bau und Einrichtung) ist entsprechend dem Runderlaß des Ministers des Innern vom 28. 4. 1954 — St.Anz. S. 504 — von Ihnen zu überwachen. Nach Abschnitt IV a. a. O. sind in der Regel Rechnungsbelege nicht beizufügen.

Für die berufsbildenden Schulen und die höheren Schulen, deren Schulträger im allgemeinen ein größeres Haushaltsvolumen haben, sind in den beiden letzten Jahren nur in drei Fällen Landesbeihilfen bis zu 10 000,— DM zu Bau- bzw. bis zu 1500,— DM zu Einrichtungskosten bewilligt worden. Ein Bedürfnis, die Ermächtigung auf berufsbildende und höhere Schulen auszudehnen, liegt danach nicht vor. Die Schulträger dieser Schularten sind, wie die Erfahrung zeigt, im allgemeinen nicht so leistungsschwach, daß ihnen die Finanzierung

kleinerer Maßnahmen nicht zugemutet werden kann. Etwaige Anträge dieser Art werden daher auch künftig in der Regel abzulehnen sein.

Vorstehender Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Herrn Minister des Innern und dem Herrn Minister der Finanzen.

Wiesbaden, 16. 6. 1958

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung
III/11 — 180 — 58

St.Anz. 31/1958 S. 899

787

Errichtung der katholischen Kirchengemeinde Lehnerz, Kreis Fulda

Mit Wirkung vom 1. August 1958 werden die zur Dompfarei Fulda gehörigen katholischen Einwohner von Lehnerz, Kreis Fulda, zu einer Filialkirchengemeinde vereinigt.

Die Grenzen der neuen Filialkirchengemeinde decken sich mit den Gemarkungsgrenzen der Zivilgemeinde Lehnerz.

Die Filialkirchengemeinde Lehnerz verbleibt im Verband der Dompfarei Fulda.

Wiesbaden, 21. 7. 1958

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung
VI/5—883/11—58

St.Anz. 31/1958 S. 900

788

Gebühren für die Materialprüfung an der Prüfstelle für Betonversuche bei der Staatsbauschule in Kassel

Vom 1. Juli 1958 gelten für die Materialprüfungen der Prüfstelle für Betonversuche bei der Staatsbauschule in Kassel die Gebühren für die amtliche Materialprüfung — GaM — vom 26. September 1957.

Die neue Gebührenordnung liegt bei der Prüfstelle zur Einsicht auf.

Wiesbaden, 18. 7. 1958

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung
III/2 — 260/31 — 58

St.Anz. 31/1958 S. 900

789

Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr

Sechste Änderung der Bekanntmachung über die Festsetzung der Zins- und Provisionssätze für Einlagen bei Kreditinstituten (Habenzinsen) und für von Kreditinstituten gewährte Kredite (Sollzinsen) vom 21. März 1956

Absatz II Ziffer 1. bis 4. meiner Bekanntmachung vom 21. März 1956 (St.Anz. S. 386) in der Fassung der 5. Änderung vom 6. Februar 1958 (St.Anz. S. 214) wird im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank mit Wirkung vom 21. Juli 1958 in teilweiser Abänderung wie folgt gefaßt:

1. Täglich fälliger Gelder (§ 2 HZA)

- a) in provisionsfreier Rechnung $\frac{1}{2}\%$
b) in provisionspflichtiger Rechnung 1%

2. Spareinlagen (§ 6 HZA)

- a) mit gesetzlicher Kündigung 3%
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist
aa) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten $3\frac{1}{4}\%$
bb) von 12 Monaten und darüber $4\frac{1}{4}\%$

3. Kündigungsgelder (§ 3 HZA)

- mit einer Kündigungsfrist
- | | unter DM
50 000,— | ab DM
50 000,— |
|-------------------------------------|----------------------|-------------------|
| a) von 1 bis weniger als 3 Monaten | $2\frac{3}{8}\%$ | $2\frac{1}{2}\%$ |
| b) von 3 bis weniger als 6 Monaten | $2\frac{3}{4}\%$ | $2\frac{7}{8}\%$ |
| c) von 6 bis weniger als 12 Monaten | 3% | $3\frac{1}{8}\%$ |
| d) von 12 Monaten und darüber | $3\frac{7}{8}\%$ | 4% x) |

4. Festgelder (§ 4 HZA)

- | | mit einer Laufzeit | unter DM
50 000,— | ab DM
50 000,— |
|---|--------------------|----------------------|-------------------|
| a) von 30 bis 89 Tagen | | $2\frac{3}{8}\%$ | $2\frac{1}{2}\%$ |
| b) von 90 bis 179 Tagen | | $2\frac{7}{8}\%$ | $2\frac{7}{8}\%$ |
| c) von 180 bis 359 Tagen | | 3% | $3\frac{1}{8}\%$ |
| d) von 360 Tagen und darüber | | $3\frac{7}{8}\%$ | 4% x) |
| x) Kündigungsgelder und Festgelder der Gruppe 3d) und 4d) ab 1 Million DM | $4\frac{1}{8}\%$ | | |

Der Beschluß der Bankaufsichtsbehörden vom 14./15. August 1953 in der Fassung vom 24./25. Juni 1954 („Solange die nach dem Lombardsatz festgesetzten Sollzinsen für Kredite in laufender Rechnung unter $4\frac{3}{4}\%$ p. a. liegen würden, kann gleichwohl ein Satz bis zu $4\frac{3}{4}\%$ p. a. berechnet werden“) wird aufgehoben.

Wiesbaden, 18. 7. 1958

Der Hessische Minister f. Arbeit, Wirtschaft u. Verkehr
W I h 4 — 2100 — A — 2

St.Anz. 31/1958 S. 900

790

Anordnung V Nr. 26 für Transportleistungen im Nahverkehr bei Großbauvorhaben der öffentlichen Hand

Auf Grund der §§ 16 Abs. 6 und 17 Abs. 1 der Zweiten Verordnung über Höchstpreise für Fuhrleistungen mit Kraftfahrzeugen im Nahverkehr (NVP) vom 14. September 1951 PR Nr. 45/51 (BANz. Nr. 185 vom 25. September 1951) wird für das

Großbauvorhaben der Bundesrepublik Deutschland
 „Bundesgrenzschutzkasernenanlage Alsfeld/Oberhessen“
 folgendes angeordnet:

1. Für Fuhrleistungen mit Kraftfahrzeugen im Nahverkehr dürfen nur die in den anliegenden Preistafeln A, B und C festgesetzten Preise gefordert, versprochen, gezahlt oder angenommen werden. Diese Preise dürfen weder über- noch unterschritten werden.

2. Diese Anordnung erstreckt sich auf:

- a) Beförderungsaufträge der Bauunternehmer an gewerbliche Fuhrunternehmer,
- b) Beförderungsaufträge der Zulieferfirmen (Baustoffhändler und sonstige Herstellerfirmen usw.) an gewerbliche Fuhrunternehmer, wenn es sich um Lieferungen zur Baustelle handelt.

Diese Anordnung gilt nicht für den Werkverkehr im Sinne des § 48 des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) vom 17. Oktober 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 697).

3. Im übrigen gelten die Vorschriften der Zweiten Verordnung über Höchstpreise für Fuhrleistungen mit Kraftfahrzeugen im Nahverkehr (NVP) PR Nr. 45/51 vom 14. September 1951.

4. Die Entgelte der unter Ziffer 1 genannten Transportleistungen unterliegen der Abrechnungspflicht.

Als Abrechnungsstelle wird die Güterkraftverkehr eGmbH., Frankfurt/M., Mainzer Landstraße 54, bestimmt.

5. Mit Zustimmung der Preisüberwachungsstelle beim Regierungspräsidenten in Darmstadt können in besonderen Fällen die Preise auf der Grundlage eines Entfernungsmittels berechnet werden.

6. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden nach dem Wirtschaftsstrafgesetz 1954 in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 19. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 924) geahndet.

Wiesbaden, 15. 7. 1958

Der Hessische Minister f. Arbeit, Wirtschaft u. Verkehr
 Sb4 — 75 — S3c — 58 — W III a / 2660
 St.Anz. 31/1958 S. 900

Preistafel A (Teil II)
 (Stundensätze)

I. Einzelfahrzeuge

bis 3 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 9,30
bis 4 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 10,50
bis 5 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 11,50
bis 6 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 12,50
bis 7 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 13,30
bis 8 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 14,10

II. Lastzüge

bis 7 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 13,30
bis 8 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 14,10
bis 9 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 15,—
bis 10 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 15,60
bis 11 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 16,30
bis 12 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 16,90
bis 13 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 17,60
bis 14 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 18,20
bis 15 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 18,90
bis 16 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 19,50
bis 17 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 20,20
bis 18 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 20,80
bis 19 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 21,50
bis 20 Tonnen Nutzlast Kipper pro Stunde	DM 22,—

Bemerkungen:

Für die Berechnung maßgebend sind die im Kraftfahrzeugschein oder -brief enthaltenen Angaben über die Nutzlast.

Die Stundensätze finden nur für Regiefahrzeuge Anwendung, z. B. für die Beförderung von Baugeräten, Baugerüsten, Baubüden usw. im Bereiche der Baustelle bzw. Baustellen-einrichtung.

Ist der Einsatz von Allradfahrzeugen erforderlich, so wird hierfür ein Zuschlag von 10% gewährt.

Preistafel B (Teil III)

Leistungssätze für Einzelfahrzeuge

Entfernung	Aushub lose Masse	Sand	Kies	Splitt Schot- ter Gruß	Packlagen Pflaster- Hausteine	Sonst. Beförd. Güter
	cbm	cbm	cbm	cbm	cbm	to
bis 100 m	1,12	0,90	1,08	0,90	1,20	0,60
bis 200 m	1,29	1,04	1,24	1,04	1,38	0,69
bis 300 m	1,44	1,16	1,39	1,16	1,54	0,77
bis 400 m	1,60	1,28	1,53	1,28	1,70	0,85
bis 500 m	1,72	1,38	1,66	1,38	1,84	0,92
bis 600 m	1,85	1,49	1,78	1,49	1,98	0,99
bis 700 m	1,98	1,59	1,91	1,59	2,12	1,06
bis 800 m	2,11	1,70	2,03	1,70	2,26	1,13
bis 900 m	2,22	1,79	2,14	1,79	2,38	1,19
bis 1 km	2,34	1,88	2,25	1,88	2,50	1,25
bis 2 km	2,78	2,24	2,68	2,24	2,98	1,49
bis 3 km	3,23	2,60	3,11	2,60	3,46	1,73
bis 4 km	3,69	2,96	3,55	2,96	3,94	1,97
bis 5 km	4,14	3,32	3,98	3,32	4,41	2,21
bis 6 km	4,52	3,63	4,36	3,63	4,84	2,42
bis 7 km	4,92	3,95	4,73	3,95	5,26	2,63
bis 8 km	5,31	4,26	5,11	4,26	5,68	2,84
bis 9 km	5,69	4,57	5,47	4,57	6,08	3,04
bis 10 km	6,07	4,88	5,85	4,88	6,50	3,25
bis 12 km	6,77	5,43	6,52	5,43	7,24	3,62
bis 14 km	7,45	5,97	7,16	5,97	7,96	3,98
bis 16 km	8,12	6,51	7,81	6,51	8,68	4,34
bis 18 km	8,82	7,08	8,50	7,08	9,44	4,72
bis 20 km	9,48	7,60	9,12	7,60	10,14	5,07

Bemerkungen:

Für je weitere 3 Kilometer werden zu dem 20-Kilometer-Satz DM 0,60 je cbm bzw. DM 0,40 je to zugeschlagen.

Die Preise gelten für mechanische Beladung. Unter mechanischer Beladung ist die Beladung durch Bagger, Greifer, Schrapper, Silo, mechanisch beschickte Förderbänder und die lückenlose Kippwagenbeladung zu verstehen.

Bei Handladung erfolgt ein Zuschlag von DM 0,35 pro cbm bzw. DM 0,20 je Tonne.

Als Berechnungsgrundlage gelten allein die Lastkilometer; Leerkilometer bleiben unberücksichtigt.

Preistafel C (Teil III)

Leistungssätze für Lastzüge

Entfernung	Aushub lose Masse	Sand	Kies	Splitt Schot- ter Gruß	Packlagen Pflaster- Stück- steine Hau- steine	Sonst. Beförd. Güter
	cbm	cbm	cbm	cbm	cbm	to
bis 1 km	1,77	1,56	1,87	1,56	2,08	1,04
bis 2 km	2,04	1,80	2,16	1,80	2,40	1,20
bis 3 km	2,33	2,05	2,46	2,05	2,74	1,37
bis 4 km	2,62	2,31	2,77	2,31	3,08	1,54
bis 5 km	2,89	2,55	3,06	2,55	3,40	1,70
bis 6 km	3,11	2,75	3,29	2,75	3,66	1,83
bis 7 km	3,35	2,96	3,55	2,96	3,94	1,97
bis 8 km	3,57	3,15	3,78	3,15	4,20	2,10
bis 9 km	3,79	3,35	4,01	3,35	4,46	2,23
bis 10 km	4,01	3,54	4,25	3,54	4,72	2,36
bis 12 km	4,42	3,90	4,68	3,90	5,20	2,60
bis 14 km	4,81	4,25	5,09	4,25	5,66	2,83
bis 16 km	5,20	4,59	5,51	4,59	6,12	3,06
bis 18 km	5,61	4,95	5,94	4,95	6,60	3,30
bis 20 km	5,98	5,28	6,34	5,28	7,04	3,52

Bemerkungen:

Für je weitere 3 Kilometer werden zu dem 20-Kilometer-Satz DM 0,50 je cbm bzw. DM 0,30 je to zugeschlagen.

Die vorstehenden Preise gelten für mechanische Beladung. Bei Handladung erfolgt ein Zuschlag von DM 0,35 je cbm bzw. DM 0,20 je Tonne.

Als Berechnungsgrundlage gelten allein die Lastkilometer; Leerkilometer bleiben unberücksichtigt.

791

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Flurbereinigung Offheim, Krs. Limburg

Zusammenlegungsbeschluss

Auf Grund des § 93 Abs. 2 des Flurbereinigungsgesetzes vom 14. 7. 1953 — BGBl. I S. 591 ff. — wird folgender Beschluss erlassen:

1. Die beschleunigte Zusammenlegung der Grundstücke der Gemarkung Offheim, Kreis Limburg, wird hiermit angeordnet.

2. Als Zusammenlegungsgebiet wird die gesamte Gemarkung mit Ausnahme der aus der Anlage 1 ersichtlichen Grundstücke festgestellt. Das Zusammenlegungsgebiet hat eine Größe von rd. 500 ha. Die Grenzen dieses Gebietes sind auf der Gebietskarte, welche einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen grünen Farbstreifen, die ausgeschlossenen Teile durch einen orangen Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer an dem beschleunigten Zusammenlegungsverfahren führt den Namen: Teilnehmergemeinschaft der beschleunigten Zusammenlegung von Offheim mit dem Sitz in Offheim, Krs. Limburg. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Durchführung der Zusammenlegung gemäß § 93 ff. des Flurbereinigungsgesetzes vom 14. 7. 1953 — BGBl. I S. 591 — schließt die Durchführung eines späteren Flurbereinigungsverfahrens nicht aus.

5. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Zusammenlegungsverfahren berechtigen, innerhalb 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Limburg/Lahn, Gymnasiumplatz 2, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieses Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechts muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

6. Nach § 34 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

- wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Zusammenlegungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollten;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Zusammenlegung dienlich sei.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

7. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staats-Anzeiger des Landes Hessen veröffentlicht und in den Gemeinden Offheim, Dietkirchen, Dehrn, Limburg, Elz, Ahlbach und Hadamar öffentlich bekanntgegeben. Gleichzeitig wird der Beschluss mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten auf den Bürgermeisterämtern der Gemeinden Offheim, Dietkirchen, Dehrn, Limburg, Elz, Ahlbach und Hadamar 2 Wochen lang ausgelegt.

Gründe: In der Gemarkung Offheim wurde im Jahre 1870 ein Konsolidationsverfahren durchgeführt. Die damals zugrunde gelegten wirtschaftlichen Gesichtspunkte entsprechen nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Wegen der zu starken Zersplitterung der Grundstücke haben eine Anzahl Grundbesitzer Antrag auf die Durchführung eines beschleunigten Zusammenlegungsverfahrens gestellt. Die Voraussetzungen zur Durchführung eines solchen Verfahrens gemäß § 93 des Flurbereinigungsgesetzes vom 14. 7. 1953 — BGBl. I S. 591 ff. — sind gegeben, da die Anlage eines neuen Wegenetzes sowie die Durchführung größerer wasserwirtschaftlicher Maßnahmen vorerst nicht erforderlich ist.

Die Zusammenlegung ist daher im Interesse der möglichst raschen Herbeiführung betriebswirtschaftlicher Erfolge dringend erforderlich.

Limburg/Lahn, 23. 5. 1958

Der Kulturamtsvorsteher
St.Anz. 31/1958 S. 902

Anlage 1 zum Zusammenlegungsbeschluss von Offheim, Kreis Limburg

Verzeichnis der vom Zusammenlegungsverfahren ausgeschlossenen Flurstücke:

Flur	Flurstück	Flur	Flurstück
	ganz		279/44
1	ganz		280/44
2	27—31		45—49
3	169/32		281/58
	170/32		50—57
	165		256
	35		277/61
	175/34		278/61
	176/34		62
	168		63
	90		284/64
	91		283/64
	131/1		282/64
	132/1		252
	133/1	20	1—6
	134/1		275/7
	135/1		276/7
	136/1		8—12
4	Blatt 1		289/13
	97—99		290/13
	227/100		303/14
	228/100		305/15
	225/101		306/15
	226/101		321/16
	102		320/16
	103		265/212
	224/105		304/14
	223/105		17/1—17/10
	229/105		327/121
	1—4		325/121
	22/1		324/120
	24/1		326/121
	26/1		371/120
	28/1		328/121
	29		330/121
4	Blatt 2		332/121
	ganz		334/121
5	1—89		336/121
	142		370/120
	143		369/119
	144		282/119
	145		260/119
	153—164		117
	175		116
	176		237/118
14	32—39		317/115
	237/40		315/113
	238/40		318/114
15	1/1		319/114
	1/2		307/113
	263/1		300/112
	267/1		301/112
	271/1		302/112
	273/1		296/111
	275/1		297/111
	276/1		298/111
	259		111/2
	2—6		111/1
	261		109/20
	258		109/21
	285/39		109/22
	33—38		109/23
	257		109/24
	253		362/110
	260		109/19
	42		109/18
	43		109/17

Flur	Flurstück	Flur	Flurstück
	109/16		129/1
	109/15		217
	344/18		313/144
	363/106		314/144
	105/1		262/144
	104/1		264/144
	103/1		372/144
	102/4		271/144
	102/3		277/144
	102/5		144/1
	109/2		144/2
	109/14		280/144
	109/3		274/144
	109/8		270/144
	109/7		267/144
	109/6		312/143
	109/5		311/143
	109/4		130—142
	109/9		287/147
	109/10		288/148
	109/11		285/147
	109/12		286/148
	109/13		364/147
	100/2		367/147
	100/3		368/147
	100/4	21	117
	100/5		146/2
	100/6		147/2
	100/7		123/1
	100/8		126/2
	100/9		145/6
	100/10		130/5
	216/2		129/6
	216/1		3
	223/123		4
	224/123		7
	226/124		8
	339/124		9
	292/124		151/10
	338/124		152/11
	228/125		12
	227/125		13
	230/126		17
	229/126		118
	127/2		150/18
	127/3		149/18
	128/1		148/18

stücken 14/1 bis 41, 204, 205, 228, 230 und 255, Flur 14: ganz, Flur 15: ganz.

Es hat eine Größe von 617,8139 ha. Die Grenzen des Zusammenlegungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Zusammenlegungsverfahren führt den Namen: „Teilnehmergemeinschaft der Zusammenlegung von Geilshausen mit dem Sitz in Geilshausen, Kreis Gießen“.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG. aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Zusammenlegungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Wetzlar, Philosophenweg 26, anzumelden.

Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 FlurbG. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

- a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Zusammenlegungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG. wieder herstellen lassen, wenn dies der Zusammenlegung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in den Gemeinden Geilshausen, Lumda, Beltershain, Reinhardshain, Bersrod, Beuern, Allertshausen, Kesselbach und Odenhausen öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern Geilshausen, Lumda, Beltershain, Reinhardshain, Bersrod, Beuern, Allertshausen, Kesselbach und Odenhausen 2 Wochen lang ausgelegt.

Wetzlar, 21. 6. 1958

Kulturamt

DF 267 — Z. —

St.Anz. 31/1958 S. 903

792

Flurbereinigung Geilshausen, Ks. Gießen

Zusammenlegungsbeschluß

Auf Grund des § 91 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG.) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 391) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Zusammenlegung der Grundstücke der Gemarkung Geilshausen, Kreis Gießen (tlw.) wird hiermit angeordnet.

2. Als Zusammenlegungsgebiet werden festgestellt:

Die Fluren 1, 2, 3, 4, 5, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15.

Von Flur 1 die Flurstücke 193 bis 201/1, 213 bis 234, 261 bis 279, 451 bis 456 und 460 bis 462.

Flur 2: ganz, Flur 3: ganz, Flur 4: ganz, Flur 5: ganz, Flur 9: ganz, Flur 10: außer den Flurstücken 112 bis 120, 142/1 bis 156 und 241, Flur 11: ganz, Flur 12: ganz, Flur 13: außer den Flur-

793

Personalmeldungen

Es sind

B. im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten — Staatskanzlei —

ernannt
zum Regierungsassessor (Ba)
Assessor Gerhard Konow (1. 58)
Wiesbaden, 9. 7. 1958

Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei
III (1) Az. 8a
St.Anz. 31/1958 S. 903

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

e) Bereitschaftspolizei ernannt

zum Polizeihauptwachtmeister:
die Polizeioberwachtmeister (BaK) Richard Huber (2. 5. 58), Werner Otto (3. 5. 58), Hermann Wintrich (21. 5. 58), Hermann Holle (22. 5. 58), Hieronym Stokowski (27. 5. 58)
zum Polizeioberwachtmeister:
die Polizeiwachtmeister (BaK) Wilfried Feige (2. 5. 58),

Friedrich Hoffmann (2. 5. 58), Josef Hofmann (2. 5. 58), Helmut Kleim (2. 5. 58), Klaus Käding (2. 5. 58), Karl Korbl (2. 5. 58), Friedrich Müller (20. 5. 58), Edgar Schmidt (20. 5. 58), Karl Heinz Dechent (22. 5. 58), Rolf Heitmüller (22. 5. 58), Hans-Joachim Jürke (22. 5. 58), Horst Nauk (30. 5. 58), Gerd Nölker (30. 5. 58), Adolf Schacherl (30. 5. 58), Rainer Wörner (30. 5. 58)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Polizeihauptwachtmeister (BaK) Kurt Köhler (16. 5. 58), Walter Kranz (16. 5. 58), Fritz Scheuch (27. 5. 58), Walter Kraus (28. 5. 58)

in den Ruhestand versetzt:

Polizeiobermeister (BaL) Johann Steger (1. 5. 58)

entlassen:

Polizeiwachtmeister (BaK) Dietrich Schmidt (1. 5. 58)

Polizeischule

ernannt

zum Polizeihauptwachtmeister: Polizeioberwachtmeister (BaK) Robert Müller (14. 5. 58)

Polizeileitfunkstelle

ernannt

zum Polizeimeister:
die Polizeihauptwachtmeister (BaL) Meinhard Reimann (20. 5. 58), Karl Heinrich Schmidt (20. 5. 58)
die Polizeihauptwachtmeister (BaK) Konrad Ammenhäuser (20. 5. 58), Kurt Desel (20. 5. 58)
zum Polizeihauptwachtmeister: die Polizeioberwachtmeister (BaK) Rudolph Werner (20. 5. 58), Heinz Karl Eckstein (20. 5. 58), Hans Lotz (20. 5. 58), Erhard Niedenthal (20. 5. 58).

Wiesbaden, 19. 7. 1958

Der Hessische Minister des Innern
III c 4 — 7 I

St.Anz. 31/1958 S. 903

c) Regierungspräsident in Kassel

ernannt

zum Regierungsbauinspektor (BaK): techn. Angestellter Otto Lind (2. 7. 58)

Kassel, 14. 7. 1958

Der Regierungspräsident
P/1 Az.: 7 o 16/03 B
St.Anz. 31/1958 S. 904

bei der staatlichen Polizei

ernannt

zum Polizeimeister (BaK): der Meister der Gendarmerie z. Wv. Alfried Hautz, Landrat — PK — Hofgeismar (2. 6. 58)

Kassel, 14. 7. 1958

Der Regierungspräsident
P/1 Az.: 7 o 16/03 B
St.Anz. 31/1958 S. 904

h) Verwaltungsgericht Kassel

ernannt

zum Amtsgehilfen (BaW): Angestellter Georg Schwenk (1. 4. 57)

Kassel, 7. 7. 1958

Der Verwaltungsgerichtspräsident
Az.: 3n/8b — 36
St.Anz. 31/1958 S. 904

E. im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz

ernannt

zu Regierungsamtännern (BaL): Regierungsoberinspektor Otto Meyer (1. 7. 58) und Rechtspfleger Hans Schüller (1. 7. 58)

zu Regierungsoberinspektoren (BaL): Regierungsinspektor Wilhelm Betz (1. 7. 58) und Rechtspfleger Georg Käbisch (1. 7. 58)

zum Regierungsobersekretär (BaL): Regierungsekretär Friedrich Faßbender (1. 7. 58)

Wiesbaden, 8. 7. 1958

Der Hessische Minister der Justiz
2010 E 1 — ZB. 553
St.Anz. 31/1958 S. 904

F. im Bereich des Hess. Ministers für Erziehung und Volksbildung

d) Regierungspräsident in Wiesbaden

ernannt

zu Studienassessoren (BaW)

die Assessoren im Lehramt (BaW befristet): Gertrud Graber, Hofheim (25. 2. 58), Dr. Malve Saß, Bad Homburg (25. 2. 58), Dr. Jutta Strubelt, Geisenheim (22. 2. 58), Gertrud Reichelt, Königstein (28. 2. 58), Horst Langer, Limburg (26. 2. 58), Hans Preisendörfer, Frankfurt/M. (25. 2. 58), Wolfgang Glöckner, Herborn (25. 2. 58), Dr. Sybil Noll, Frankfurt/M. (1. 3. 58), Dr. Joachim Dienemann, Wetzlar (26. 2. 58), Ludwig Sommer, Wetzlar (28. 2. 58), Reinhart, Mülhause, Frankfurt/M. (24. 2. 58), Peter Strauch, Bad Homburg (3. 3. 58), Dr. Wolfgang Kramer, Königstein (27. 2. 58), Dr. Helmut Jacobi, Wiesbaden (11. 3. 58), Carl Pistor, Frankfurt/M. (7. 3. 58), Cäcilie Lebert, Idstein (8. 3. 58), Hans Becker, Wetzlar (7. 3. 58), Marina Jakinow, Bad Homburg (5. 3. 58), Johannes Meyer, Weilburg (7. 3. 58), Alfred Larisch, Biedenkopf (4. 3. 58), Werner Berg, Wiesbaden (14. 3. 58), Marianne Preisendörfer, Frankfurt/M. (8. 3. 58), Werner Lauter, Frankfurt/M. (25. 2. 58), Horst Naumann, Frankfurt/M. (25. 2. 58), Fritz Geiss, Frankfurt/M. (26. 2. 58), Elfriede Bürkle, Frankfurt/M. (4. 3. 58), Joachim Hafner, Wiesbaden (19. 3. 58), Maja Henkel, Hanau/M. (19. 3. 58), Erich Schlemper, Gelnhausen (28. 3. 58), Renate Plettner, Gelnhausen (28. 3. 58), Dr. Hermann-Josef Peters, Wiesbaden (28. 3. 58), Dr. Alexander Schüssler, Wiesbaden (27. 3. 58), Hildegard Martin, Wiesbaden (29. 3. 58), Reinhold Dörr, Hanau (29. 3. 58), Rudolf Kleinhenz, Hanau (29. 3. 58), Kurt Reinhuber, Frankfurt/M. (15. 4. 58), Lisa Baacke, Idstein (18. 4. 58), Helmut Lehmann, Wiesbaden (22. 4. 58), Renate Sommer, Frankfurt/M. (15. 4. 58), Willibald Bieber, Frankfurt/M. (15. 4. 58), Irmgard Kublik, Wiesbaden (15. 4. 58), Ludwig Weber, Frankfurt/M. (7. 3. 58), Heinrich Krämer, Frankfurt/M. (31. 3. 58), Ottmar Reck, Schlüchtern (11. 4. 58), Hans Reinhardt, Königstein (15. 4. 58), Ludwig Zeber, Schlüchtern (16. 4. 58), Anneliese Stücker, Hofheim (28. 4. 58), Hermann Minor, Hofheim (18. 4. 58), Dr. Liselotte Kohlermann, Frankfurt/M. (15. 4. 58), Heinrich Spitz, Bad Homburg (15. 4. 58), Gerhard Hangstein, Frankfurt/M. (22. 4. 58), Oskar Herrmann, Frankfurt/M. (25. 4. 58), Peter Cahn, Wiesbaden (9. 4. 58)

zur Lehramtsanwärterin (BaW): Diethild Schell, Wiesbaden (21. 3. 58)

zu Studienräten (BaK):

die Studienassessoren (BaW) Siegfried Lawetzky, Wiesbaden (24. 2. 58), Irmgard Gimbel, Frankfurt/M. (25. 2. 58)
die frühere Studienrätin Dorothea Franz, Wiesbaden (6. 5. 58)

zur Studienrätin (BaL):

die Studienassessorin (BaW) Magdalene Paepke, Frankfurt/M. (25. 2. 58)

zum Oberstudiendirektor: der Oberstudienrat (BaL) Dr. Ortwin Brodt, Weilburg (31. 1. 58)

zur Oberschullehrerin: die techn. Lehrerin (BaL) Margarete Wurnbach, Dillenburg (29. 4. 58)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

die Studienräte (BaK):

Adolf Schröder, Frankfurt/M. (22. 2. 58), Gustav Kraschinski, Frankfurt/M. (21. 2. 58), Dr. Margot Schlingloff, Wetzlar (28. 3. 58), Johannes Heer, Frankfurt/M. (25. 2. 58), Wolfgang Stein, Frankfurt/M. (22. 2. 58), Ludwig Eckel, Frankfurt/M. (21. 5. 58), Karl Keller, Frankfurt/M. (23. 5. 58), Emil Bernt, Frankfurt/M. (25. 4. 58), Hermann Nebel, Frankfurt/M. (13. 6. 58), Heinz Imiela, Frankfurt/M. (22. 2. 58), Elfriede Doeblitz, Frankfurt/M. (3. 6. 58), Kurt Krömmelbein, Frankfurt/M. (16. 6. 58), Franz Hebel, Frankfurt/M. (1. 7. 58), Dr. Helmut Bernstein, Frankfurt/M. (1. 7. 58), Dr. Adolf Paul, Frankfurt/M. (1. 7. 58)

in das Beamtenverhältnis auf Kündigung:

der Studienrat (BaW) Ernst Haase, Frankfurt/M. (8. 4. 58)

in den Ruhestand versetzt:

Studienrat Dr. Martin Hahn, Frankfurt/M. (1. 4. 58), Oberstudienrätin Agnes Schreiner, Oberursel (1. 3. 58), Oberstudienrat Karl Buhle, Schlüchtern (1. 4. 58), Studienrat Dr. Georg Bär, Frankfurt/M. (1. 4. 58), Oberstudiendirektorin Margarete Cossmann, Hanau (1. 4. 58), Studienrätin Friederike Beermann, Wetzlar (1. 4. 58), Studienrat Dr. Hermann Wiefner, Wiesbaden (1. 4. 58), Studienrätin Margarete Marloh,

Wiesbaden (1. 4. 58), Studienrat Dr. Rudolf Ullrich, Biedenkopf (1. 4. 58), Oberschullehrer Karl Wylcil, Kronberg (1. 4. 58), Studienrat Dr. Otto Heck, Kronberg (1. 4. 58), Oberstudienrat Emil Betzler, Frankfurt/M. (1. 4. 58), Oberstudienrätin Helene Schroeder, Frankfurt/M. (1. 4. 58), Oberstudienrätin Dr. Margarete Anders, Frankfurt/M. (1. 4. 58), Oberstudienrat Dr. Peter Schäfer, Wiesbaden (1. 5. 58), Oberstudienrätin Dr. Christine Oster, Wiesbaden (1. 6. 58), Oberschullehrer Wilhelm Bethge, Wiesbaden (1. 7. 58), Studienrat Adam Wolf, Limburg (1. 4. 58)

entlassen:

Studienassessorin Hanni Schäfer, Frankfurt/M. (1. 3. 58), Studienrätin Ingeborg Düwel, Frankfurt/M. (1. 4. 58), Studienassessorin Hannelore Musset, Wiesbaden (1. 4. 58), Studienrätin Barbara Klöckner, Wiesbaden (1. 4. 58), Studienassessorin Dr. Herta Kreyßig, Gelnhausen (1. 2. 58), Studienassessor Adolf Eisele, Somborn (1. 5. 58), Studienassessorin Irmtraut Schlenke, Biedenkopf (15. 4. 58).

Wiesbaden, 22. 7. 1958

Der Regierungspräsident
II 9 — I aa — II c — D 34
St.Anz. 31/1958 S. 904

H. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten

a) Ministerium:

Übernahme in den Bundesdienst:

Regierungsfischereirat Dr. Klaus Bahr (1. 5. 58)

b) Landeskulturverwaltung:

ernannt

zum Regierungsoberinspektor: die Regierungsinspektoren (BaL) Johannes Brand, Kulturamt Bad Hersfeld (3. 6. 58), Johannes Faulstich, KA-Bad Hersfeld (3. 6. 58), Konrad Schmitt, KA-Marburg (3. 6. 58)

zum Regierungsinspektor: Regierungssekretär (BaK) Karl Volland, KA-Wiesbaden (26. 6. 58)

zum Regierungsinspektor (BaK): ap. Regierungsinspektor Karl Heinz Thill, KA-Lauterbach (19. 6. 58)

zum Vermessungsinspektor (BaK): die ap. Vermessungsinspektoren Willy Batterfeld, KA-Dillenburg (13. 6. 58), Johannes Frank, KA-Wiesbaden (13. 6. 58), Josef Heckwolf, KA-Friedberg (19. 6. 58), Hermann Kimmel, KA-Lauterbach, Außenstelle Schotten (13. 6. 58), Karl Lich, KA-Dillenburg (13. 6. 58), Gustav Lorenz, KA-Dillenburg (19. 6. 58), Hans Noll, KA-Wetzlar (13. 6. 58), Karl Heinz Lamberth,

KA-Lauterbach (13. 6. 58), Engelbert Reitz, KA-Limburg (19. 6. 58), Georg Stapf, KA-Hanau (19. 6. 58)

zum ap. Regierungsinspektor (BaW): Beamtenanwärter Wolfgang Spall, KA-Limburg (3. 6. 58), Verw.-Angestellter Horst Schmidt, KA-Wetzlar (19. 6. 58)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Regierungsvermessungsrat Hans Schaumlöffel, Kulturamt Fulda (20. 5. 58)

in den Ruhestand versetzt:

Regierungsrat Dr. Alfred Gruel, Landeskulturamt Wiesbaden (1. 7. 58)

Vermessungsoberinspektor Karl Back, Kulturamt Lauterbach (1. 7. 58)

Übertritt in die Bundeswehr:

Vermessungsinspektor Hans Lange, Kulturamt Limburg (19. 5. 58)

c) Wasserwirtschaftsverwaltung:

ernannt

zum ap. Regierungsbauinspektor (BaW): Bauingenieur Fritz Geißler, WaWiAmt Friedberg (26. 6. 58)

zum Regierungsbauinspektoranwärter (BaW): Bauingenieur Erich Schlitt, WaWiAmt Friedberg (13. 6. 58)

d) Hess. Lehr- und Forschungsanstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau Geisenheim/Rhg.

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Professor Walter Buchholz (13. 6. 58), Professor Dr. Friedrich Stellwag-Kittler (13. 6. 58), Gartenbaurat Gerhard Däumel (13. 6. 58), Gartenbauoberinspektor Karl-Heinz Möhrs (13. 6. 58)

Berichtigung:

1. Abschn. H, Unterabsatz b der Personalnachrichten im St.Anz. 1958 S. 630 muß wie folgt lauten:

„In den Ruhestand versetzt:

Vermessungsobersekretär Hermann Bertermann, Kulturamt Hanau (1. 5. 58);

die Vermessungsoberinspektoren Johannes Kühl usw.“

2. Im Abschnitt H, Unterabsatz d der Personalveränderungen im St.Anz. 1958 S. 630 muß es anstatt

„Obersattlermeister“ heißen „Obersattelmeister“.

Wiesbaden, 7. 7. 1958

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
I b — 7 o 16
St.Anz. 31/1958 S. 905

794 KASSEL

Regierungspräsidenten

Verlust von Vertriebenenausweisen nach dem BVFG

Die nachstehend aufgeführten Vertriebenenausweise „A“ und „B“ (Erstausfertigungen) sind verlorengegangen und werden für ungültig erklärt:

A Nr. 5238/02/706 für Herrn Otto Dargelis, wohnhaft in Röhrigshof/Nippe Nr. 20, Krs. Hersfeld, ausgestellt von der Kreisverwaltung in Rees/Wesel

A Nr. 6231/518 für Herrn Adolf Klein, wohnhaft in Eschwege, Löfflersgrund 10

A Nr. 6231/7580 für Fräulein Edith Lichtblau, wohnhaft in Aue Nr. 20, Krs. Eschwege

A Nr. 6232/2523 für Frau Minna Ewert, wohnhaft in Eifa, Jochstr. 3, Krs. Frankenberg/Eder

A Nr. 6232/2800 für Frau Anna Fischer, wohnhaft in Hatzfeld, Hauptstr. 52, Krs. Frankenberg/Eder

A Nr. 6232/3305 für Frau Elftraude Jacobi, wohnhaft in Röddenau Nr. 25, Krs. Frankenberg/Eder

A Nr. 6233/474 für Herrn Rudolf Diehl, wohnhaft in Borken, Zeppelinstr. 6

A Nr. 6234/1880 für Frau Paula Bürklen, wohnhaft in Bad Neustadt/Saale, Rhönstr. 5

A Nr. 6234/11140 für Herrn Richard Müller, wohnhaft in Dalherda, Krs. Fulda

A Nr. 6236/3078 für Herrn Josef Herold, wohnhaft in Gottsbüren Nr. 82, Krs. Hofgeismar

A Nr. 6236/3079 für Frau Marie Herold, wohnhaft in Gottsbüren Nr. 82, Krs. Hofgeismar

A 6237/01249 für Frau Liselotte Müller, wohnhaft in Hünfeld, Appelsbergstr. 10

A Nr. 6237/02071 für Frau Melitta Lüdtke, wohnhaft in Hünfeld, Mittelstr. 9

A Nr. 6237/06322 für Herrn Paul Machnik, wohnhaft in Unterbernhards, Krs. Hünfeld

A Nr. 6240/2308 für Herrn Ernst Schweinberger, wohnhaft in Brühl-Vochem, Matthäusstr. 27, früher wohnhaft in Herlefeld, Krs. Melsungen

A Nr. 6242/5465 für Frau Helene Malkomess, wohnhaft in Bad Wildungen, Itzelstr. 5

A Nr. 6242/6671 für Herrn Johann Stalzer, wohnhaft in Nieder-Ense, Krs. Waldeck

A Nr. 6242/6672 für Frau Anna Stalzer, wohnhaft in Nieder-Ense, Krs. Waldeck

A Nr. 6242/7830 für Herrn Othmar Andorf, wohnhaft in Böhne Nr. 60, Krs. Waldeck

A Nr. 6242/1947 für Herrn Johann Vogt, wohnhaft in Adorf, Bergstr. 17a, Krs. Waldeck

A Nr. 6242/7719 für Herrn Rudolf Keil, wohnhaft in Braunau Nr. 61, Krs. Waldeck

A Nr. 6243/468 für Herrn Johann Müller, wohnhaft in Dohrenbach Nr. 92, Krs. Witzenhausen

B Nr. 6231/109 für Frau Anneliese Krummrich, wohnhaft in Eschwege, Am Plan 10.

Kassel, 20. 6. 1958

Der Regierungspräsident
I/5 Az. 58 e 02/01
St.Anz. 31/1958 S. 905

795 WIESBADEN**Einstellung der Vermittlungstätigkeit des Auswanderungsagenten Emanuel Hartung, in Fa. Reisebüro URANIA GmbH, Frankfurt/Main**

Der Auswanderungsagent Emanuel Hartung, in Firma Reisebüro URANIA GmbH, Frankfurt/M., Taunusstr. 52-60, hat seine Vermittlungstätigkeit eingestellt. Personen, die gegen Herrn Hartung Ansprüche aus dieser Tätigkeit herleiten, werden hiermit aufgefordert, ihre Forderungen innerhalb einer Frist von 4 Wochen bei dem Regierungspräsidenten — Abt. III 1 a — in Wiesbaden anzumelden.

Wiesbaden, 14. 7. 1958

Der Regierungspräsident
III 1 a
St.Anz. 31/1958 S. 906

796**Aufnahme des Geschäftsbetriebes des Sterbehilfe-Kreisfeuerwehrverbandes Obertaunus mit dem Sitz in Kronberg/Ts.****Genehmigung**

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 5 und 15 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315) in der Fassung der Änderungsgesetze vom 5. März 1937 (RGBl. I S. 269) und 31. Juli 1951 (BGBl. I S. 480) erteile ich der

Sterbehilfe Kreisfeuerwehrverband Obertaunus
mit dem Sitz in Kronberg/Ts.

unter Anerkennung als kleinerer Versicherungsverein im Sinne von § 53 VAG die Erlaubnis zur Aufnahme des Geschäftsbetriebes.

Gleichzeitig genehmige ich die von der Brandmeisterdienstversammlung am 10. März 1958 beschlossene Satzung der Sterbehilfe.

Wiesbaden, 4. 7. 1958

Der Regierungspräsident
I 11 Az. 39c Tgb. 633/58
St.Anz. 31/1958 S. 906

797**Auflösung des Männer-Kranken-Vereins, Versicherungsverein a. G., Wiesbaden-Biebrich****Genehmigung**

Gemäß § 43 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315) in der Fassung der Änderungsgesetze vom 5. März 1937 (RGBl. I S. 269) und 31. Juli 1951 (BGBl. I S. 480) erteile ich hiermit zu der in der Mitgliederversammlung vom 21. Juni 1958 beschlossenen Auflösung des

Männer-Kranken-Vereins, Versicherungsvereins a. G.,
Wiesbaden-Biebrich,

die aufsichtsbehördliche Genehmigung.

Wiesbaden, 2. 7. 1958

Der Regierungspräsident
I 11 Az. 39 c Tgb. Nr. 623/58
St.Anz. 31/1958 S. 906

Buchbesprechungen

Die Grenzen der Zulässigkeit des öffentlich-rechtlichen Vertrages. Eine Untersuchung über den Begriff des öffentlich-rechtlichen Vertrages und die Systematik seiner Erscheinungsformen sowie über die Grenzen seiner Zulässigkeit unter besonderer Berücksichtigung der sogenannten Katasterabkommen der gewerblichen Berufsgenossenschaften. Von Dr. Jürgen Salzwedel, Köln. XVI und 256 Seiten, DM 8,—. Berlin 1958. Walter de Gruyter & Co., Heft 11 der Neuen Kölner Rechtswissenschaftlichen Abhandlungen. Herausgegeben von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln.

Welche Duplizität: Nachdem 20 Jahre lang keine größere Abhandlung über den öffentlich-rechtlichen Vertrag erschienen ist¹⁾, sind jetzt fast gleichzeitig ein ausführlicher Aufsatz von Stern „Zur Grundlegung einer Lehre des öffentlich-rechtlichen Vertrages“ im Verwaltungsarchiv (Band 49 S. 106 bis 157, 1958) und die Dissertation von Salzwedel über „Die Grenzen der Zulässigkeit des öffentlich-rechtlichen Vertrages“ veröffentlicht worden. Diese Duplizität deutet auf das aktuelle Interesse an der Rechtsfigur des öffentlich-rechtlichen Vertrages hin. In der Tat besteht ein erstaunlicher aufzuklärender Widerspruch zwischen der Häufigkeit, mit der öffentlich-rechtliche Verträge in der Verwaltungspraxis vorkommen, und der Ablehnung, die ihnen die Wissenschaft²⁾ entgegenbringt. Diesen Widerspruch schildert Salzwedel einleitend (S. 1 ff.). Er nennt die Ursachen (obrigkeitliches Denken, Ablehnung zivil-rechtlicher Institute im öffentlichen Recht, Fiskustheorie, Enumerationsprinzip) und seine Absicht, den Widerspruch zu überwinden (S. 18 ff.). Er will einen Weg aus „einer ungerechtfertigten Verbannung notwendiger öffentlich-rechtlicher Verträge in die Illegimität“ suchen, ohne damit „einer leichtfertigen Faktierbereitschaft über die Schranken des zwingenden öffentlichen Rechts hinweg“ das Wort zu reden (S. 256). Dieses Ziel erreicht Salzwedel dadurch, daß er tatbestandlich umschriebene „seltene Ausnahmesituationen“ entwickelt, in denen „das in Normen objektivierte Staatsinteresse — hinter dem intensiv vertragsfordernden Verwaltungsinteresse zurückstehen muß“ (S. 19). Stern (a. a. O., S. 117 ff.) wendet sich gegen eine solche „utilitaristische“ Begründung. Er sieht als rechtsdogmatischen Ausgangspunkt (a. a. O., S. 121) vielmehr die Eigenschaft des Vertrags als eines apriorischen Begriffes an (a. a. O., S. 122 ff.). In der Tat könnte zweifelhaft sein, ob sich die Zulässigkeit des öffentlich-rechtlichen Vertrages mit „dem gesteigerten Bedürfnis der Verwaltung nach dem öffentlich-rechtlichen Vertragsschluß“ begründen läßt, wie dies Salzwedel auf Seite 18 tut. Da aber auch zwingende Normen der Abwägung (S. 19) mit gleichwertigen anderen Interessen unterliegen, wird man den vorsichtig unterscheidenden abwägenden Ausführungen Salzwedels im Ansatz zustimmen können, zumal sich der Verfasser eingehend auch mit den Zulässigkeitsgrenzen auseinandersetzt, die sich aus dem Gleichheitsgrundsatz (S. 125 ff.) und aus der zwingenden Natur bestimmter Normen (S. 114 ff.) — insbesondere gegenüber extrem betroffenen Personen (S. 134 ff.) — ergeben.

Der II. Teil der Arbeit dient der Begriffsbestimmung, insbesondere der Abgrenzung des öffentlich-rechtlichen Vertrages gegenüber der Vereinbarung und dem Gesamttakt (S. 32 ff.) sowie dem Verwaltungsakt (S. 43). Dabei weist Salzwedel mit Recht darauf hin (S. 43 Anm. 29), daß der öffentlich-rechtliche Vertrag nicht „ganz allgemein zugunsten des Verwaltungsaktes aufgegeben werden“ dürfe. Das ist richtig. Ich

meine aber, Salzwedel erstreckt den öffentlich-rechtlichen Vertrag zu weit. Oft wird es sich bei dem, was er als öffentlich-rechtlichen Vertrag anerkennt (S. 49 ff.), um bloße Vorverhandlungen oder Gegenvorstellungen handeln, mit denen es der Gewaltunterworfenen erreicht, daß die Behörde den beabsichtigten oder auch schon erlassenen Verwaltungsakt zu seinen Gunsten modifiziert, so daß der Inhalt des Verwaltungsaktes dem Ergebnis der Vorverhandlungen entspricht, der Betroffene also nicht beschwert ist. Auch die Berufung eines Beamten (Hochschullehrers) nach und gemäß vorausgegangenen Verhandlungen ist ein Verwaltungsakt und kein Vertrag (siehe aber S. 52 ff.). Oft werden solche Verhandlungen zu Abreden führen, die ihrer Intensität nach keine Verträge sind, das Verhalten der Parteien aber wie Verträge beeinflussen können (Gentlemen's Agreements).

Gegenstand des öffentlich-rechtlichen Vertrages können nach Salzwedel Normen, Rechtsbefugnisse oder Rechtsverhältnisse sein. Ihre Zulässigkeit hängt ab von dem besonderen Vergleichs-Austausch oder Zusammenschlußinteresse der Verwaltung am Vertrag. Die für die Zulässigkeit des Vertrags notwendige Stärke des Interesses richtet sich danach, ob die durch den Vertrag zu modifizierende Rechtslage durch heteronomes Recht zwingend oder dispositiv vorgegeben ist (S. 113 ff.). Hierbei entwickelt der Verfasser eine ausgefeilte Systematik. Die Ergebnisse exemplifiziert er an den Zuständigkeitsverträgen der Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung (S. 136 ff.), für deren Abschluß er wegen der Unbestimmtheit der vorgegebenen Zuständigkeitsnormen (§§ 547, 548; 631 ff. RVO) ein besonderes Vergleichsinteresse als gegeben ansieht. Bei seinen Ausführungen über den unbestimmten Rechtsbegriff unterscheidet er in diesem Zusammenhang sehr schön zwischen dem rechtlich unbestimmten Begriff (S. 142) und den tatsächlich schwer bestimmbar begriffen (S. 143). Die Arbeit enthält weitere zum Teil neue Ausführungen zur Frage des unbestimmten Rechtsbegriffes (S. 120 ff.). — Neben diesen Katasterabkommen erwähnt Salzwedel vor allem Steuervereinbarungen zwischen Finanzamt und Steuerpflichtigen und zwischen zwei Gemeinden über ihre Zuständigkeit insbesondere betr. Vergnügungssteuer (S. 198 ff.).

Das Werk enthält weiter bedeutsame Ausführungen über die Abgrenzung von privatem und öffentlichem Recht (S. 82 ff.). Der Verfasser entwickelt eine erweiterte Subjektionstheorie, nachdem er die Unbrauchbarkeit anderer Kriterien nachgewiesen hat. Dem öffentlichen Recht gehören nach Salzwedel daher nicht nur die Rechtsverhältnisse hoheitlicher Über- und Unterordnung an, sondern auch Verträge kraft hoheitlichen oder hoheitsbezogenen Charakters des Vertragsgegenstandes (S. 90 ff.) sowie kraft incidenter folgender Ausübung einer Hoheitsbefugnis (S. 100 ff.).

Die Arbeit Salzwedels stellt eine besondere wissenschaftliche Leistung dar, die neue Erkenntnisse vermittelt und die auch vom praktisch tätigen Verwaltungsbeamten beachtet werden sollte.

Regierungsrat Dr. Reuss

¹⁾ Vgl. als letztes Laufkötter, Vereinbarungen über die Ausübung der öffentlichen Gewalt (1937), mit dem sich Salzwedel eingehend auseinandersetzt (S. 9 ff.), und Steffen, Der öffentlich-rechtliche Vertrag im heutigen Recht (1938).

²⁾ Insbesondere durch den einflußreichen Otto Mayer (Zur Lehre vom öffentlich-rechtlichen Vertrag, AöR 3, 1, 1888).

Öffentlicher Anzeiger

ZUM „STAATS-ANZEIGER
FÜR DAS LAND HESSEN“

1958

Samstag, den 2. August 1958

Nr. 31

Veröffentlichungen

2477

Baulandumlegung in der Gemeinde Stockheim für das Gebiet „Vor der Struth — II. Abschnitt —“

Nachdem der Umlegungsplan für das Umlegungsgebiet offengelegen hat, findet die Verhandlung über den Verteilungsplan mit den Beteiligten gemäß § 33 des Gesetzes über den Aufbau der Städte und Dörfer des Landes Hessen vom 25. Oktober 1948 — GVBl. S. 139 — am

Freitag, dem 22. Aug. 1958, nachm. 14 Uhr, auf der Bürgermeisterei in Stockheim statt.

Es wird darauf hingewiesen, daß beim Ausbleiben der Beteiligten ohne ihre Teilnahme über den Verteilungsplan verhandelt und beschlossen wird.

Büdingen, 24. 7. 1958

Der Kreis Ausschuß des Landkreises Büdingen als Umlegungsbehörde
Moosdorf
Landrat

2478

Baulandumlegung in der Stadt Nidda für das Gebiet „Am Hohenstein“

Nachdem der Umlegungsplan für das Umlegungsgebiet offengelegen hat, findet die Verhandlung über den Verteilungsplan mit den Beteiligten gemäß § 33 des Gesetzes über den Aufbau der Städte und Dörfer des Landes Hessen vom 25. Oktober 1948 — GVBl. S. 139 — am

Freitag, dem 22. Aug. 1958, vorm. 9 Uhr, auf der Bürgermeisterei in Nidda statt.

Es wird darauf hingewiesen, daß beim Ausbleiben der Beteiligten ohne ihre Teilnahme über den Verteilungsplan verhandelt und beschlossen wird.

Büdingen, 24. 7. 1958

Der Kreis Ausschuß des Landkreises Büdingen als Umlegungsbehörde
Moosdorf
Landrat

2479

Baulandumlegung in der Stadt Nidda für das Gebiet „Auf der Beunde“

Nachdem der Umlegungsplan für das Umlegungsgebiet offengelegen hat, findet die Verhandlung über den Verteilungsplan mit den Beteiligten gemäß § 33 des Gesetzes über den Aufbau der Städte und Dörfer des Landes Hessen vom 25. Oktober 1948 — GVBl. S. 139 — am

Freitag, dem 22. Aug. 1958, vorm. 9 Uhr, auf der Bürgermeisterei in Nidda statt.

Es wird darauf hingewiesen, daß beim Ausbleiben der Beteiligten ohne ihre Teilnahme über den Verteilungsplan verhandelt und beschlossen wird.

Büdingen, 24. 7. 1958

Der Kreis Ausschuß des Landkreises Büdingen als Umlegungsbehörde
Moosdorf
Landrat

Gerichtsangelegenheiten

2480

Aufgebote

F 7/58: Der Schäfer Karl Briel II. in Allendorf/Eder, Schulstraße 34, Antragsteller — vertreten durch Rechtsanwalt Mengel in Frankenberg/Eder — hat das Aufgebot des angeblich verlorengegangenen Hypothekenbriefes vom 10. November 1931 über die im Grundbuch von Allendorf Blatt 635 A in der III. Abteilung unter Nr. 1 eingetragene Darlehnsforderung von 1000,— Goldmark beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 1. November 1958, 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankenberg/Eder, Zimmer 8, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und den Hypothekenbrief vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung dieser Urkunde erfolgen wird.

Frankenberg (Eder), 21. 7. 1958

Amtsgericht

2481

F 4/57: Die Ehefrau Anna Martha Hahn geb. Bohne in Wehren hat unter dem Erbielten zur Hinterlegung des dem Gläubiger gebührenden Betrages das Aufgebot der auf dem Grundbuchblatte der ihr gehörenden Grundstücke Nr. 1 und 2 Band 21 Blatt 630 Obervorschütz in Abt. III Nr. 3 für den Lederhändler Franz Eskuche, Christian Augusts Sohn, Kassel, am 11. März 1912 eingetragenen Darlehnsforderung von 75,— GM, verzinslich mit 4⁰/₁₀₀, gem. § 1171 BGB beantragt.

Es wird daher der unbekannt Gläubiger der Hypothek aufgefordert, spätestens in dem auf den 17. Dezember 1958, 12.30 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht Zimmer 9 anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden, widrigenfalls er nach Hinterlegung des ihm gebührenden Betrages seine Befriedigung statt aus dem Grundstücke nur noch aus dem hinterlegten Betrage verlangen kann, und sein Recht auf diesen erlischt, wenn er sich nicht vor dem Ablauf von 30 Jahren nach Erlaß des Ausschlußurteils bei der Hinterlegungsstelle in Fritzlar meldet.

Fritzlar, 24. 7. 1958

Amtsgericht

2482

F 21/58: Der Landwirt August Seyler in Eidengesäß, Hauptstr. 26, hat das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung der Eigentümerin des im Grundbuch von Altenhaßlau Band VII Artikel 262 auf den Namen der Ehefrau des Peter Seyler, Friedericke geb. Müller zu Eidengesäß eingetragenen Grundstücks Flur 9, Flurstück 507, Ackerland, Wüste Wingerte, von 4,61 Ar, beantragt. Die eingetragene Eigentümerin oder deren Rechtsnachfolger werden aufgefordert, ihre Rechte auf das Grundstück spätestens in dem auf 8. 10. 1958, 9 Uhr, vor dem unter-

zeichneten Gericht, Zimmer 1, anberaumten Aufgebotstermin anzumelden, da sie sonst mit ihren Rechten ausgeschlossen werden.

Gelnhausen, 24. 7. 1958

Amtsgericht

2483

3 F 2/58: Durch Ausschlußurteil vom 18. 7. 1958 ist der Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Immighausen Blatt 122 in Abt. III unter Nr. 2 für die Kreissparkasse in Korbach eingetragene Hypothek von 800,— GM für kraftlos erklärt worden.

Korbach, 24. 7. 1958

Amtsgericht

2484

Beschluß

6 F 3/58: Im Grundbuch von Viernheim Band XXI Blatt 1479 ist in Abteilung III unter Nr. 3 ½ zugunsten der Bezirkssparkasse Lorsch eine Briefhypothek im Aufwertungsbetrag von 998,72 DM eingetragen. Rechtsnachfolgerin der Bezirkssparkasse Lorsch wurde die Bezirkssparkasse Heppenheim.

Die Grundstückseigentümer — Eheleute Johannes Winkenbach V. — sind verstorben. Ihre Tochter Anna Marie Müller geb. Winkenbach, Ehefrau des Schlossers Karl Heinrich Müller, Viernheim, Kettelerstr. 10, als Miterbin und Erwerberin der belasteten Grundstücke auf Grund des Auseinanderetzungsvertrages vom 18. 9. 1957 hat beantragt, den Hypothekenbrief über die vorgenannte Hypothek zum Zwecke der Kraftloserklärung aufzubieten.

Der Inhaber des Hypothekenbriefes wird hiermit aufgefordert, seine Rechte bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden und den Hypothekenbrief vorzulegen, und zwar spätestens im Aufgebotstermin am Freitag, dem 26. 9. 1958, 12 Uhr, Zi. 10, andernfalls der Hypothekenbrief für kraftlos erklärt wird.

Lampertheim, 18. 7. 1958

Amtsgericht

2485

4 F 1/58: Die Deutsche Pfandbriefanstalt — früher Preussische Landespfandbriefanstalt — Körperschaft des öffentlichen Rechts, in Wiesbaden, Paulinenstr. 15, hat das Aufgebot des Hypothekenbriefes beantragt, welcher über die im Grundbuch von Gräveneck Band 12 Blatt 353 A in Abt. III unter lfd. Nr. 1 für die Antragstellerin eingetragene Hypothek von 2500,— (zweitausendfünfhundert) Goldmark gebildet ist.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 27. November 1958, vorm. 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 24, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Urkunde für kraftlos erklärt werden wird.

Weilburg, 24. 7. 1958

Amtsgericht

2486 **Güterrechtsregister**

GR 257/58: Ludwig Karl Birkenstock, Büroangestellter und Katharina Elisabeth Birkenstock geb. Hansel, Alsfeld:

Der Büroangestellte Ludwig Karl Birkenstock in Alsfeld hat in der notariellen Urkunde vom 14. Juni 1958 — Urkundenrolle Nr. 330/1958 des Notars Paul Stumpf, Alsfeld — die Zugewinngemeinschaft als gesetzlichen Güterstand abgelehnt und erklärt, daß Gütertrennung für seine Ehe gelten soll.
Alsfeld, 27. 6. 1958 **Amtsgericht**

2487

GR 258 — Willy Karl Fritz Lang, Kaufmann, und Elisabeth Lang geb. Tresser, Alsfeld, Alicenstraße:

Der Kaufmann Fritz Lang in Alsfeld hat in der notariellen Urkunde vom 25. Juni 1958 — Urkundenrolle Nr. 350/1958 des Notars Paul Stumpf in Alsfeld — die Zugewinngemeinschaft als gesetzlichen Güterstand abgelehnt und erklärt, daß Gütertrennung für seine Ehe gelten soll.
Alsfeld, 27. 6. 1958 **Amtsgericht**

2488

GR 260 — Eheleute Heinz Dinse und Hildegard geb. Weber, Alsfeld:

Der kaufmännische Angestellte Heinz Dinse, Alsfeld, hat in der notariellen Urkunde vom 24. Juni 1958, Urkundenrolle des Notars Paul Stumpf, Alsfeld, Nr. 346/1958, die Zugewinngemeinschaft als zukünftigen gesetzlichen Güterstand abgelehnt und erklärt, daß Gütertrennung für seine Ehe weitergelten soll.

Alsfeld, 7. 7. 1958 **Amtsgericht**

2489

GR I 22 A — Ziegelbrenner Ernst Holley in Nieder-Eschbach, Frankfurter Str. 91, und Ehefrau Anna Holley geb. Klier, Gütersbach/Odw., Hauptstr. 25:

Auf Grund der am 26. 6. 1958 bei Gericht eingegangenen Erklärung des Ehemannes nach Art. 8 I Ziff. 3 Abs. 2 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. 6. 1957 (BGBl. 609) in Gütertrennung.
Beerfelden, 22. 7. 1958 **Amtsgericht**

2490

GR 570: Die Eheleute Walter Sablowski, Vertragsangestellter in Bensheim, und Margarete geb. Krause in Heppenheim, leben nach Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. 6. 1957 (BGBl. 609) in Gütertrennung.

GR 571: Die Eheleute Wilhelm Christian Kröner, Abteilungsleiter, Seeheim, und Gisela Doris geb. Weis, daselbst, leben nach Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. 6. 1957 (BGBl. 609) in Gütertrennung.

GR 572: Die Eheleute Karl Krämer, Schreinermeister, Bensheim, und Emma Emilie geb. Drescher, leben durch Erklärung vom 6. 6. 1958 in Gütertrennung.

GR 573: Die Eheleute Artur Greif, Kraftfahrer, Reichenbach/Odw., und Margarete geb. Meyer, leben durch Erklärung vom 23. 6. 1958 in Gütertrennung.

GR 574: Die Eheleute Dr. med. Horstfried Greve, Bensheim, und Susanne geb. Linder, leben durch Erklärung vom 23. 6. 1958 in Gütertrennung.

GR 575: Die Eheleute Peter Ludwig Wassner, Verlagsvertreter und Schriftsteller, Bensheim, und Johanna geb. Hausche, leben durch Erklärung vom 19. 6. 1958 in Gütertrennung.

Bensheim, 18. 7. 1958 **Amtsgericht**

2491**Neueintragungen im Güterrechtsregister**

Auf Ersuchen des Amtsgerichts ist gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 Satz 6 des Gleichberechtigungsgesetzes im Güterrechtsregister eingetragen worden, daß die nachstehend bezeichneten Ehegatten in Gütertrennung leben:

GR 149: Vorarbeiter Heinrich Schneider 15. und Martha Schneider geb. Pfeifer in Wallau/Lahn.

GR 150: Brauereikaufmann Ludwig Achenbach und Lisel Achenbach geb. Götz in Biedenkopf.

GR 151: Diplom-Braumeister Friedrich Christian Thome und Erika Thome geb. Christmann in Wolzhausen.

GR 152: Ingenieur Erich Karl Schmidt und Ilse Schmidt geb. Schürmann in Niedereisenhausen.

GR 153: Kaufmann Benno Schramm und Gisela Schramm geb. Braun in Biedenkopf.

GR 154: Prokurist Gerhard Schneider und Elisabeth Schneider geb. Arnold in Mornshausen a. D.

GR 155: Kaufmann Fritz Balzer und Charlotte Balzer geb. Mittelmann in Wallau/Lahn.

GR 156: Kaufmann Willi Schüssler und Gisela Schüssler geb. Kämpfer in Friedensdorf.

GR 157: Diplom-Ingenieur Dietrich Hoffmann in Biedenkopf (2. Wohnsitz: Kassel) und Ingebur Hoffmann geb. Matthäus in Friedenthal (2. Wohnsitz: Kassel).

GR 158: Fuhrunternehmer Ludwig Interthal und Karoline Interthal geb. Graf in Frechenhausen.

GR 159: Kalkulator Eugen Oventrop und Bankangestellte Elisabeth Oventrop geb. Fett in Dautphe (Ortsteil Wilhelmshütte).

GR 160: Kaufmann Rudolf Reitz und Lina Reitz geb. Thomas in Breidenbach.

GR 161: Kaufmann Heinz zu Jeddelloh und Lilli zu Jeddelloh geb. Debus in Holzhausen.

Biedenkopf, 10. 7. 1958 **Amtsgericht**

2492**Neueintragungen**

Auf Ersuchen des Amtsgerichts ist gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 Satz 6 des Gleichberechtigungsgesetzes im Güterrechtsregister eingetragen worden, daß die nachstehend bezeichneten Ehegatten in Gütertrennung leben:

GR 176: Brauereikaufmann Peter Josef Ackers und Auguste Elisabeth Ackers geb. Schlussat in Biedenkopf.

GR 177: Landwirt Julius Schmidt und Margarethe Schmidt geb. Helduser in Oberhören.

GR 178: Kaufmann Paul Klein und Erna Klein geb. Lenz in Niedereisenhausen.

GR 179: Technischer Angestellter Hans Klingelhöfer und Waltraud Klingelhöfer geb. Arnold in Allendorf.

GR 180: Kaufmännischer Angestellter Erich Koch und Hildegard Koch geb. Arnold in Friedensdorf/Lahn.

GR 181: Landwirt Helmut Weigel und Rosemarie Weigel geb. Arnold in Mornshausen a. D.

GR 182: Fabrikant Ludwig Grebe und Elisabeth Grebe geb. Krämer in Wallau.

GR 183: Diplom-Volkswirt Werner Deuschle und Else Deuschle geb. Krug in Wolfgruben.

GR 184: Färbermeister Wilhelm Plack und Maria Plack geb. Gercke in Biedenkopf.

GR 185: Hotelier Julius Kreutzer und Hilda Kreutzer geb. Zwick in Biedenkopf.

GR 186: Fabrikant Heinrich Bamberger und Katharina Bamberger geb. Donges in Friedensdorf.

GR 187: Fabrikant Hermann Bamberger und Edelgard Bamberger geb. Küster in Friedensdorf.

GR 188: Diplom-Ingenieur Walter Schläfer und Marianne Schläfer geb. Kolß in Niedereisenhausen.

GR 189: Kaufmann Ernst Krug und Paula Krug geb. Wilke in Biedenkopf.

Biedenkopf, 17. 7. 1958 **Amtsgericht**

2493**Neueintragungen im Güterrechtsregister**

Auf Ersuchen des Amtsgerichts ist gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 Satz 6 des Gleichberechtigungsgesetzes im Güterrechtsregister eingetragen worden, daß die nachstehend bezeichneten Ehegatten in Gütertrennung leben:

GR 163: Fabrikant Diplom-Ingenieur Rudolf Bieck und Hedwig Adele Bieck geb. Bielitz in Carlshütte Kreis Biedenkopf.

GR 164: Kaufmann Friedrich Reibert und Anneliese Reibert geb. Kraft in Biedenkopf.

GR 165: Betriebsleiter Jakob Arnold und Elisabeth Arnold geb. Nassauer in Allendorf (Hohenfels).

GR 166: Kaufmann Rudolf Thome und Margarethe Thome geb. Schäfer in Wallau (Lahn).

GR 167: Kaufmann Otto Blöcher und Gerda Blöcher geb. Christmann in Oberdielen.

GR 168: Kaufmann Johannes Arnold und Elisabeth Arnold geb. Koch in Friedensdorf.

GR 169: Dreher Erwin Pitz und Dorothea Elisabeth Pitz geb. Losecaat van Nouhuys in Breidenbach.

GR 170: Fabrikant Rudolf Velte und Elisabeth Velte geb. Velte in Wallau (Lahn).

GR 171: Fabrikant Otto Velte und Marie Velte geb. Wilker in Wallau (Lahn).

GR 172: Kaufmann Franz Josef Seifert und Toni Seifert geb. Schröder in Biedenkopf.

GR 173: Fabrikant Ludwig Velte und Anna Velte geb. Blöcher in Wallau (Lahn).

GR 174: Gunther Freiherr von Breidenbach zu Breidenstein und Gabriele Freifrau von Breidenbach zu Breidenstein geb. Hahn in Breidenstein.

GR 175: Steuerberater Ludwig Schmidt und Anna Schmidt geb. Kirchner in Biedenkopf.

Biedenkopf 14. 7. 1958 **Amtsgericht**

2494**Neueintragung**

GR 162 — 10. Juli 1958: Polstermeister Werner Karl Schmidt und Maria Luise Schmidt geb. Becker in Quotshausen. Die Ehegatten haben durch Ehevertrag vom 30. Juni 1958 Gütertrennung vereinbart.

Biedenkopf, 10. 7. 1958

Amtsgericht

2495

GR 225 — 14. 7. 1958: Maschinenbauer Josef Kosel in Himbach und Ehefrau Emmi geb. Reichert, daselbst. Auf Grund der am 30. Juni 1958 bei Gericht eingegangenen Erklärung der Ehegatten nach Art. 8 I Ziff. 3 Abs. 2 Satz 1. Gleichberechtigungsgesetz leben die Ehegatten in Gütertrennung.

Büdingen, 14. 7. 1958

Amtsgericht

2496

GR 227 — 17. 7. 1958: Stadtbauamtman Rudolf Ernst Heerd in Kefenrod, Kreis Büdingen und Ehefrau Sigrid geb. Conradt, daselbst. Auf Grund der am 30. Juni 1958 bei Gericht eingegangenen Erklärung der Ehefrau nach Art. 8 I Ziff. 3 Abs. 2 Satz 1 Gleichberechtigungsgesetz leben die Ehegatten in Gütertrennung.

Büdingen, 17. 7. 1958

Amtsgericht

2497**Neueintragungen**

GR 106 — 24. Juli 1958: Die Eheleute Georg Faust, Steuerberater, und Maria Theresia geb. Henkelmann in Dieburg leben auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 23. 6. 1958 gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 — BGBl. I Seite 609 — in Gütertrennung.

GR 107 — 24. Juli 1958: Die Eheleute Franz Georg Hellmut Hinkel, Apotheker, und Irene Charlotte Hinkel geb. Machnick in Dieburg, leben auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 11. Juni 1958 gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 — BGBl. I S. 609 — in Gütertrennung.

GR 108 — 24. Juli 1958: Die Eheleute Ivo Carl Emil Christian Andreas Josef Maria Staub, Helfer in Steuersachen, und Minna Amalia geb. Pfirsching in Dieburg, leben auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 18. 6. 1958 gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 — BGBl. I S. 609 — in Gütertrennung.

GR 109 — 24. Juli 1958: Die Eheleute Adam Valentin Hitzel Zweiter, Vimesungsinspektor in Ober-Roden, und Edith Paula Hitzel, geb. Eisenacher in Urberach, leben auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 26. 6. 1958 gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 — BGBl. I S. 609 — in Gütertrennung.

GR 110 — 24. Juli 1958: Die Eheleute Otto Foerster, Rentner, und Karolina Regina geb. Christ verw. Krawczyk in Münster, leben auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 30. 6. 1958 gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 — BGBl. I S. 609 — in Gütertrennung.

GR 111 — 24. Juli 1958: Die Eheleute Georg Bechtold und Eva geb. Oll in Groß-Zimmern, leben auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 28. Juni 1958 gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 — BGBl. I S. 609 — in Gütertrennung.

GR 112 — 24. Juli 1958: Die Eheleute Emil Lengfeld, Maurerpolier in Nieder-Roden/Rollwald, und Hedwig geb. Sobotta in Brensbach/Odew., leben auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 20. Juni 1958 gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 — BGBl. I S. 609 — in Gütertrennung.

GR 113 — 24. Juli, 1958: Die Eheleute Philipp Wilhelm Wilz, Fabrikant, und Gertrud Franziska geb. Wilhelm in Nieder-Roden, leben auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 27. 6. 1958 gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 — BGBl. I S. 609 — in Gütertrennung.

GR 114 — 24. Juli 1958: Die Eheleute Peter Wilz, Fabrikant, und Elisabeth geb. Burghardt in Nieder-Roden, leben auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 27. 6. 1958 gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 — BGBl. I S. 609 — in Gütertrennung.

GR 115 — 24. Juli 1958: Die Eheleute Dr. Franz Josef Gottlieb, Dozent, und Irmgard geb. Kubitz in Dieburg, leben auf Grund Erklärung beider Ehegatten vom 26. Juni 1958 gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 — BGBl. I S. 609 — in Gütertrennung.

GR 116 — 24. Juli 1958: Die Eheleute Peter Leonhard Wörthge, Kaufmann, und Margarete geb. Grimm in Groß-Zimmern, leben auf Grund Erklärung beider Ehegatten vom 28. Juni 1958 gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 — BGBl. I S. 609 — in Gütertrennung.

Dieburg, 24. 7. 1958

Amtsgericht

2498**Neueintragungen**

GR 602 — 3. Juli 1958: Die Eheleute Wilhelm Ludwig Laun, Meteorologe in Rossdorf/D., und Henny geb. Kirschner in Darmstadt-Eberstadt leben durch Erklärung vom 15. 3. 1958 gem. Art. 8 Abs. 1 Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes in Gütertrennung.

GR 603 — 3. Juli 1958: Die Eheleute Georg Philipp Matthes, Monteur u. Christa Elisabeth geb. Henze, beide in Darmstadt-Arheilgen leben durch Erklärung vom 26. 3. 1958 gem. Art. 8 Abs. 1 Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes in Gütertrennung.

GR 604 — 3. Juli 1958: Die Eheleute Carl Otto Spang, Apotheker und Lieselotte geb. Laspeyres, beide in Darmstadt-Arheilgen haben durch Vertrag vom 29. August 1957 Gütertrennung vereinbart.

GR 605 — 3. Juli 1958: Die Eheleute August Avemarie, Fuhrunternehmer und Anna geb. Heberer, beide in Darmstadt haben durch Vertrag vom 14. Mai 1958 Gütertrennung vereinbart.

GR 606 — 5. Juli 1958: Die Eheleute Hans-Wilhelm Mueller, Handelsschullehrer und Irma Elisabeth geb. Fuchs, beide in Trautheim bei Darmstadt leben durch Erklärung vom 2. 6. 1958 gem. Art. 8 Abs. 1 Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes in Gütertrennung.

GR 607 — 9. Juli 1958: Franz Rudolf Walter Früh, Kaufmann und Sidonie Christine geb. Oswald, beide in Darmstadt haben durch Vertrag vom 4. Oktober 1948 Gütertrennung vereinbart.

GR 608 — 9. Juli 1958: Die Eheleute Wilhelm Friedrich Jost, Getränkegroßhändler und Else Elisabeth geb. Sulzmann, beide in Darmstadt haben durch Vertrag vom 24. Mai 1958 Gütertrennung vereinbart.

GR 609 — 9. Juli 1958: Die Eheleute Lothar Christmann, Kaufmann und Anneliese geb. Schuhmacher, beide in Pfungstadt bei Darmstadt haben durch Vertrag vom 6. Juli 1958 Gütertrennung vereinbart.

GR 610 — 9. Juli 1958: Die Eheleute Johann Karl Hummel, Dipl.-Ing. und Emilie Henriette Helga geb. Rabanus, beide in Darmstadt haben durch Vertrag vom 28. Juni 1958 Gütertrennung vereinbart.

GR 611 — 10. Juli 1958: Die Eheleute Dr. phil. Karl Gustav Jonas, Professor und Edith, geb. Miebach, beide in Darmstadt haben durch Vertrag vom 25. Juni 1958 Gütertrennung vereinbart.

GR 612 — 10. Juli 1958: Die Eheleute Ernst Leonhard, Kaufmann und Vera geb. Lange, beide in Darmstadt haben durch Vertrag vom 7. Juni 1958 Gütertrennung vereinbart.

GR 613 — 14. Juli 1958: Die Eheleute Ludwig Wilhelm Theodor Wenz, Musiker und Erna geb. Kraft, beide in Darmstadt leben zufolge Erklärung vom 14. Mai 1958 gem. Art. 8 Abs. 1 Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 in Gütertrennung.

GR 614 — 14. Juli 1958: Die Eheleute Valentin Creter, Foto-Kaufmann und Erika geb. Gebhardt, beide in Darmstadt leben zufolge Erklärung vom 9. Mai 1958 gem. Art. 8 Abs. 1 Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 in Gütertrennung.

GR 615 — 14. Juli 1958: Die Eheleute Jakob Gerbig, Gießerei-Besitzer und Wilhelmine geb. Erbes, beide in Darmstadt leben zufolge Erklärung vom 20. Mai 1958 gem. Art. 8 Abs. 1 Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes in Gütertrennung.

GR 616 — 14. Juli 1958: Die Eheleute Friedrich Richard Barth, Bauingenieur in Darmstadt u. Frieda geb. Schmidt in Darmstadt-Kramichstein, leben zufolge Erklärung vom 21. Mai 1958 gem. Art. 8 Abs. 1 Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 in Gütertrennung.

GR 617 — 14. Juli 1958: Die Eheleute Wilhelm Lich, Kaufmann und Elisabeth geb. Friedlein, beide in Darmstadt, leben zufolge Erklärung vom 6. Juni 1958 gem. Art. 8 Abs. 1 Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes in Gütertrennung.

GR 618 — 14. Juli 1958: Die Eheleute Horst Seffrin, Stadtrat und Dina geb. Kratz, beide in Darmstadt leben zufolge Erklärung vom 22. Mai 1958 gem. Art. 8 Abs. 1 Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 in Gütertrennung.

GR 619 — 15. Juli 1958: Die Eheleute Philipp Wolf, Verwaltungsangestellter und Else Christine geb. Ott, beide in Darmstadt-Arheilgen haben durch Vertrag vom 27. Mai 1958 Gütertrennung vereinbart.

GR 620 — 15. Juli 1958: Die Eheleute Hans Dietrich Baenitz, Polizeibeamter und Margarete geb. Bredlow, beide in Darmstadt-Land haben durch Vertrag vom 21. Juni 1958 Gütertrennung vereinbart.

GR 621 — 15. Juli 1958: Die Eheleute Herbert Adelberger und Christine geb. Tritsch, beide in Darmstadt leben zufolge Erklärung vom 4. Juni 1958 gem. Art. 8 Abs. 1 Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 in Gütertrennung.

GR 622 — 15. Juli 1958: Die Eheleute Johann Adam Ölschlager, Kaufmann und Olga geb. Heil, beide in Darmstadt leben zufolge Erklärung vom 4. Juni 1958 gem. Art. 8 Abs. I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 in Gütertrennung.

GR 623 — 15. Juli 1958: Die Eheleute Friedrich Wolf, Stadtinspektor und Marianne geb. Leonhardt, beide in Darmstadt-Arheilgen, leben zufolge Erklärung vom 27. Mai 1958 gem. Art. 8 Abs. I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 in Gütertrennung.

GR 624 — 15. Juli 1958: Die Eheleute Friedrich Mengler, kaufm. Angestellter, Darmstadt-Eberstadt und Kätchen geb. Heusel, Bad König (Odw.) leben zufolge Erklärung vom 30. Mai 1958 gem. Art. 8 Abs. I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 in Gütertrennung.

GR 625 — 15. Juli 1958: Die Eheleute Ernst Gilg, Bankinspektor und Irmgard geb. Fuhrländer, beide in Darmstadt, leben zufolge Erklärung vom 6. Juni 1958 gem. Art. 8 Abs. I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 in Gütertrennung.

GR 626: 15. Juli 1958: Die Eheleute Ernst Karl Krentscher, Architekt und Hildegard geb. Lodzik, beide in Darmstadt leben zufolge Erklärung vom 29. Mai 1958 gem. Art. 8 Abs. I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 in Gütertrennung.

GR 627: 15. Juli 1958: Die Eheleute Helmut Egon Gude, Kaufmann und Helga Getraude geb. Dormig, beide in Darmstadt leben zufolge Erklärung vom 30. Mai 1958 gem. Art. 8 Abs. I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 in Gütertrennung.

GR 628: 15. Juli 1958: Die Eheleute Erich Müller, Kaufmann und Hansi geb. Hengstler, beide in Darmstadt leben zufolge Erklärung vom 13. Juni 1958 gem. Art. 8 Abs. I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 in Gütertrennung.

GR 629: 15. Juli 1958: Die Eheleute Erich Johann August Röttger, Rentner und Anna Rosina geb. Maurer, beide in Darmstadt leben zufolge Erklärung vom 12. Juni 1958 gem. Art. 8 Abs. I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 in Gütertrennung.

GR 630: 21. Juli 1958: Die Eheleute Franz Kosak, Gastwirt in Griesheim bei Darmstadt und Maria geb. Roller in Wiesbaden, leben zufolge Erklärung vom 20. Mai 1958 gem. Art. 8 Abs. I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 in Gütertrennung.

GR 631: 21. Juli 1958: Die Eheleute Hermann Scior, Ingenieur und Susanne geb. Kehr, beide in Nieder-Ramstadt-Trautheim leben zufolge Erklärung vom 28. Mai 1958 gem. Art. 8 Abs. I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 in Gütertrennung.

GR 632: 21. Juli 1958: Die Eheleute Friedrich Krieger, Friseurmeister und Olga geb. Zimmermann, beide in Darmstadt leben zufolge Erklärung vom 16. Mai 1958 gem. Art. 8 Abs. I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 in Gütertrennung.

GR 633: 21. Juli 1958: Die Eheleute Alexander Hartmann und Barbara geb. Karrenbauer verw. Daum, Kauffrau, beide in Darmstadt leben zufolge Erklärung vom 11. Juni 1958 gem. Art. 8 Abs. I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 in Gütertrennung.

GR 634 — 21. Juli 1958: Die Eheleute Karl Freihoff, Monteur und Inge geb. Reuter, beide in Darmstadt leben zufolge Erklärung vom 22. Mai 1958 gem. Art. 8 Abs. I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 in Gütertrennung.

GR 635 — 21. Juli 1958: Die Eheleute Heinrich Friedrich Hans Röder und Luise geb. Kling, beide in Darmstadt, leben zufolge Erklärung vom 25. Juni 1958 gem. Art. 8 Abs. I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 in Gütertrennung. Darmstadt, 24. 7. 1958. Amtsgericht

2499

73 GR 6551 A: Kunsthändler Friedrich genannt Fritz Andreas und Lilly Charlotte Karoline geb. Abt, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 5. Mai 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6552 A: Kürschner Joannis Joannou und Erika geb. Heistermann, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 10. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6553 A: Prokurist Peter Stickforth und Maria Gertrud geb. Risch, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 9. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6559 A: Facharzt Dr. med. Hans Manger und Marlott geb. Haisch, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 4. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6560 A: Ingenieur Hans Joachim Traugott Golde und Marianne Linda geb. Möbbius, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 30. Mai 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6561 A: Architekt Werner Gelsheimer und Eva geb. Stehr, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 6. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6562 A: Fotograf Peter Hoppen, Frankfurt/M., und Ottilie geb. Brings, München:

Durch Erklärung vom 3. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6563 A: Chemotechniker Josef Landler und Maria geb. Heil, Hofheim/Taunus:

Durch Erklärung vom 22. Mai 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6564 A: Schuhmachermeister Franz Waber, Frankfurt/M., und Anna geb. Schromm, Oldenbrok bei Brake (Unterweser):

Durch Erklärung vom 4. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6565 A: Kaufm. Angestellter Karl Veit und Lieselotte Maria Magdalena geb. Mick, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 9. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6566 A: Kaufmann Walter Weinbruch und Gertraud geb. Radlack, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 11. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6567 A: Buchdruck-Fachkaufmann Georg Weide und Dorothea Magdalena geb. Eichenauer, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 11. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6568 A: Rechtsanwalt Erich Wester und Gertrud geb. Kopitsch, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 21. Febr. 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6569 A: Fahrlehrer Paul Friedrich Wilhelm Josef Schmidt und Marianne geb. Fendrich verw. Kiehm, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 23. Mai 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6570 A: Diplomingenieur Erwin Schmitt und Johanna geb. Schrickler, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 28. Mai 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6571 A: Kaufmann Engelbert Hruby und José geb. Elbern, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 9. Mai 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6572 A: Kaufmann Hermann Martin Müller und Berta Hedwig Elli geb. Kühn, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 20. Mai 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6573 A: Direktor i. R. Hermann Herweg und Margarethe geb. Schäfer, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 13. Mai 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6574 A: Dipl.-Handelslehrer Heinrich Wilhelm Veit und Edeltraud geb. Appinger, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 2. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6575 A: Kaufmann Helmut Reichstein und Helene Herta geb. Juhrich, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 4. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6576 A: Fabrikant August Walther und Katharina geb. Werner, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 2. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6577 A: Fabrikant Ernst Hamerschmidt und Rosa geb. Heine, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 6. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6578 A: Elektromeister Georg Kilber und Maria geb. Glock, Hofheim/Taunus:

Durch Erklärung vom 3. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6579 A: Kaufm. Agestellter Theo Flor und Hildegard geb. Prescher, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 16. Mai 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6580 A: Kaufmann Dietrich Sallmann, Frankfurt/M., und Maria geb. Peters, Aachen:

Durch Erklärung vom 21. Mai 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6581 A: Kaufmann Karl Walter Jouvenal und Wilhelmine Pauline geb. Fügner, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 30. Mai 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6582 A: Soltänzer Werner Beer und Hilda geb. Gantert, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 20. Mai 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6583 A: Reinher Wilhelm Schwab und Mathilde geb. Schuhrath, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 4. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6587 A: Betriebsleiter Diplom-Ingenieur Valentin Otto Mayer und Erna geb. Paltzer, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 11. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6588 A: Rechtsanwalt und Notar Gerhard Göllner und Anna geb. Reinhardt, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 14. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6589 A: Chemiker Dr. Karl Rudolf Seidel und Lisa geb. Schröder, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 4. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6590 A: Apotheker Leonhard Gustav Meyer und Elisabeth geb. Jablonowsky, Frankfurt/M.:

Durch Erklärung vom 18. Juni 1958 gem. Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 6543 A: Geschäftsführer Hans Stusche und Elfriede geb. Spier, Frankfurt/M.:

Durch Ehevertrag vom 15. April 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6544 A: Bauunternehmer Wilhelm Becker und Franziska geb. Böcher, Frankfurt/M.:

Durch Ehevertrag vom 10. Juni 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6545 A: Kaufmann Rudolf Meyhöfer und Renate geb. Döhne, Frankfurt/M.:

Durch Ehevertrag vom 24. Juni 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6546 A: Buchdruckmeister Gustav Jaeger und Gerlinde geb. Jaeger, Hofheim/Taunus:

Durch Ehevertrag vom 16. Juni 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6547 A: Kaufmann Horst Molls und Irene Thon geb. Morell, Hofheim/Taunus:

Durch Ehevertrag vom 3. Mai 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6548 A: Ingenieur Brant S. Beaudway und Ursula geb. Hartmann, Frankfurt/M.:

Durch Ehevertrag vom 29. Mai 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6549 A: Prokurist Ulrich von Beulwitz und Elisabeth geb. Heinsius von Mayenburg, Frankfurt/M.:

Durch Ehevertrag vom 20. Februar 1958 ist Gütertrennung ab 1. Juli 1958 vereinbart.

73 GR 6550 A: Studienassessor Helmut Siemon, Frankfurt/M., und Eva geb. Günther, Laubach/Hessen:

Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

73 GR 6554 A: Student John M. Camfield und Michaela geb. Bergmann, Frankfurt/M.:

Durch Ehevertrag vom 26. Juni 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6555 A: Kaufmann Karl Cornel und Christine geb. Gottwaldt, Frankfurt/M.:

Durch Ehevertrag vom 13. Juni 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6556 A: Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Diplom-Kaufmann Karl Pater und Anita Anna Marie geb. Zimmer, Frankfurt/M.:

Durch Ehevertrag vom 13. Juni 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6557 A: Kaufmann Manfred Rohde und Helga geb. Block, Frankfurt/M.:

Durch Ehevertrag vom 30. Juni 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6558 A: Zahnarzt Karl Heinz Risse und Hildegard geb. Plott, Frankfurt/M.:

Durch Ehevertrag vom 18. Juni 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6585 A: Handelsvertreter Ernst-Richard Junk und Gertrud Anna geb. Kindervater, Frankfurt/M.:

Durch Ehevertrag vom 20. Juni 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Frankfurt (Main), 25. 7. 1958

Amtsgericht, Abt. 73

2500

GR 112a — 23. 7. 1958: Friedrich Jung und Frieda geb. Killinger in Friedberg/H.:

Gemäß Erklärung des Ehemannes nach Art. 8 Ziffer 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 besteht Gütertrennung.

Friedberg (Hessen), 23. 7. 1958 Amtsgericht

2501

GR 106a — 17. 7. 1958: Martin Heckner und Erika geb. Leichthammer in Friedberg:

Durch Ehevertrag vom 27. Juni 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Friedberg (Hessen), 17. 7. 1958 Amtsgericht

2502

Bei dem Amtsgericht in Gießen wurde eingetragen:

2 GR 1583 — 19. 6. 1958 — Bezeichnung der Ehegatten: Feinmechaniker Arthur Heep und Marie geb. Klaum in Großen-Linden.

Gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Gleichberechtigung von Mann und Frau vom 18. 6. 1957 und Erklärung vom 19. 5. 1958 ist Gütertrennung eingetreten.

2 GR 1584 — 19. 6. 1958 — Bezeichnung der Ehegatten: Professor Dr. Gerhard Eigler und Annemarie geb. Pöge in Heuchelheim Krs. Gießen.

Gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Gleichberechtigung von Mann und Frau vom 18. 6. 1957 und Erklärung vom 30. April 1958 ist Gütertrennung eingetreten.

2 GR 1585 — 19. 6. 1958 — Bezeichnung der Ehegatten: Meister des Kraftfahrzeughandwerks Ernst Wilhelm Dietz und Emilie geb. Kröck in Heuchelheim Krs. Gießen.

Gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Gleichberechtigung von Mann und Frau vom 18. 6. 1957 und Erklärung vom 10. 5. 1958 ist Gütertrennung eingetreten.

2 GR 1586 — 19. 6. 1958 — Bezeichnung der Ehegatten: Bäckermeister Gustav Müller und Gisela Anneliese geb. Hainer in Gießen.

Gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Gleichberechtigung von Mann und Frau vom 18. 6. 1957 und Erklärung vom 15. 3. 1958 ist Gütertrennung eingetreten.

2 GR 1587 — 26. 6. 1958 — Bezeichnung der Ehegatten: Polizeioberkommissar Johannes Schmidt und Margarete geb. Knodt in Lich (Oberhessen).

Gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Gleichberechtigung von Mann und Frau vom 18. 6. 1957 und Erklärung vom 22. 5. 1958 gilt die Gütertrennung weiter.

2 GR 1588 — 26. 6. 1958 — Bezeichnung der Ehegatten: Kaufmann Heinrich Schwab und Therese geb. Hundemer in Gießen.

Gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Gleichberechtigung von Mann und Frau vom 18. 6. 1957 und Erklärung vom 4. 6. 1958 gilt die Gütertrennung weiter.

2 GR 1589 — 26. 6. 1958 — Bezeichnung der Ehegatten: Kaufmann Karl Horst und Wilhelmine geb. Schuchmann in Gießen.

Gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Gleichberechtigung von Mann und Frau vom 18. 6. 1957 und Erklärung vom 23. 6. 1958 gilt die Gütertrennung weiter.

2 GR 1590 — 26. 6. 1958 — Bezeichnung der Ehegatten: Kaufmann Ludwig Walz II. und Karola geb. Schlosser in Lich/Oberhessen.

Gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Gleichberechtigung von Mann und Frau vom 18. 6. 1957 und Erklärung vom 23. 6. 1958 gilt die Gütertrennung weiter.

zung vom 24. 6. 1958 gilt die Gütertrennung weiter.

2 GR 1591 — 26. 6. 1958 — Bezeichnung der Ehegatten: Universitätsprofessor Dr. Hans Bohn und Dr. Hildegard geb. Schreck in Hausen Krs. Gießen.

Gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Gleichberechtigung von Mann und Frau vom 18. 6. 1957 und Erklärung vom 20. 6. 1958 gilt die Gütertrennung weiter.

2 GR 1592 — 27. 6. 1958 — Bezeichnung der Ehegatten: Zahnarzt Karl Patzold und Agnes geb. Klapper in Lich (Oberhessen).

Durch Vertrag vom 17. Mai 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

2 GR 1593 — 27. 6. 1958 — Bezeichnung der Ehegatten: Kaufmann Friedrich Gerhard Jöckel und Christa Elfriede geb. Cröninger in Gießen.

Gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Gleichberechtigung von Mann und Frau vom 18. 6. 1957 und Erklärung vom 31. 8. 1957 gilt die Gütertrennung weiter.

2 GR 1594 — 27. 6. 1958 — Bezeichnung der Ehegatten: Buchdruckereibesitzer und Kaufmann Hans Hermann Volkmann und Edith geb. Heuß in Lich (Oberhessen).

Gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Gleichberechtigung von Mann und Frau vom 18. 6. 1957 und Erklärung vom 19. 6. 1958 gilt die Gütertrennung weiter.

2 GR 1595 — 27. 6. 1958 — Bezeichnung der Ehegatten: Lehrer Ernst Wilhelm Hans Jakob Mori und Gertrud Anna Hermine geb. Zimmer in Lich (Oberhessen).

Gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Gleichberechtigung von Mann und Frau vom 18. 6. 1957 und Erklärung vom 21. Juni 1958 gilt die Gütertrennung weiter.

2 GR 1596 — 27. 6. 1958 — Bezeichnung der Ehegatten: Landwirt Ludwig Michel und Ottilie geb. Fay in Langsdorf (Kreis Gießen).

Gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Gleichberechtigung von Mann und Frau vom 18. 6. 1957 und Erklärung vom 21. 6. 1958 gilt die Gütertrennung weiter.

2 GR 1597 — 3. 7. 1958 — Bezeichnung der Ehegatten: Weißbinder Franz Josef Tilgner und Else geb. Theiss in Großen-Linden.

Durch Vertrag vom 14. Juni 1958 ist die allgemeine Gütergemeinschaft vereinbart.

2 GR 1598 — 7. 7. 1958 — Bezeichnung der Ehegatten: Dipl.-Brau-Ing. Hans Heinz Ihring und Erika Ingeborg geb. Schnaubert in Lich (Oberhessen).

Gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Gleichberechtigung von Mann und Frau vom 18. 6. 1957 und Erklärung vom 20. 6. 1958 gilt die Gütertrennung weiter.

2 GR 1599 — 24. 7. 1958 — Durch Vertrag vom 18. Juni 1954 haben die Eheleute Heilpraktiker Wilhelm Heinrich Theodor Friedrich und Hedwig Hilde geb. Gerhard, beide wohnhaft in Gießen, Gütertrennung vereinbart.

2 GR 1600, 24. 7. 1958: Durch notariellen Vertrag vom 23. Juni 1958 haben die Eheleute Vorarbeiter Friedrich Burger in Allendorf (Lahn) und Luise geb. Schneider Gütergemeinschaft vereinbart. Die Verwaltung des Gesamtgutes steht dem Ehemann zu.

Gießen, 26. 7. 1958

Amtsgericht

2503

GR 443 — Fabrikant Josef Weber und Maria Weber geb. Heil in Gersfeld:

Die Ehegatten leben in Gütertrennung (Artikel 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957 (BGBl. I S. 609).

Gersfeld, 21. 7. 1958

Amtsgericht (Z)

2504

In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

GR 305 A — Josef Wilfer, Musikinstrumentenmacher in Nauheim, Schillerstraße 22, und Margarete geb. Himmer:

Gemäß Erklärung vom 30. 6. 1958 — Urkundenrolle Nr. 675/58 des Notars Heinrich Merle in Nauheim — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 22. 7. 1958

Amtsgericht

GR 306 A — Georg Klose, Bauhelfer in Walldorf/Hessen, Zwillingstr. 41, und Emilie Wanitschke:

Gemäß Erklärung vom 30. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 1171/58 des Notars Dr. Arthur Keil in Groß-Gerau — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 22. 7. 1958

Amtsgericht

GR 307 A — Dipl. Ing. Odo Rieve, Architekt in Walldorf/Hessen, Taunusstr. 11, und Ingeborg geb. Bruckmann:

Gemäß Erklärung vom 30. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 29/58 des Notars Hans Hallwag in Frankfurt a. M. — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 22. 7. 1958

Amtsgericht

2505

GR 223 — 23. 7. 1958: Die Eheleute Gottfried Däschner und Margarete Katharine geb. Wolff, beide in Groß-Umstadt leben gem. Art. 8 Ziff. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes in Gütertrennung.

GR 224 — 23. 7. 1958: Die Eheleute Hans Georg Heinrich Niemeier und Erika Annemarie geb. Knöll, beide aus Groß-Umstadt, Schulstraße 42, leben gem. Art. 8 Ziff. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes in Gütertrennung. — Die Zugewinnngemeinschaft ist ausgeschlossen. —

GR 225 — 23. 7. 1958: Die Eheleute Kaufmann Heinrich Karl Eidmann und Selma geb. Haug, beide aus Groß-Umstadt, Untere Marktstraße 11, leben gem. Art. 8 Ziff. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes in Gütertrennung.

GR 226 — 23. 7. 1958: Die Eheleute Braumeister Wilhelm Eidmann und Ursula geb. Andratschke, beide aus Groß-Umstadt, Zimmerstraße 23, leben gem. Art. 8 Ziff. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes in Gütertrennung.

Groß-Umstadt, 23. 7. 1958

Amtsgericht

2506

GR 137: Eheleute Kurt Weber, Kaufmann in Lohrhaupten und Dr. Erika geb. Neun. Durch Erklärung des Ehemannes vom 27. Juni 1958 besteht gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes v. 18. Juni 1957 Gütertrennung.

Gelnhausen, 24. 7. 1958

Amtsgericht

GR 136: Eheleute Werner Kress, Kraftfahrer in Neuses und Anna Margareta geb. Schilling. Durch Erklärung der Ehefrau vom 27. Juni 1958 besteht gem. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 Gütertrennung.

Gelnhausen, 24. 7. 1958

Amtsgericht

2507

GR 444: Oberstudienrat Dr. Ferdinand Josef Lauer und Maria Luise Lauer geb. Loskyll in Steinwand (Kreis Fulda):

Die Ehegatten leben in Gütertrennung (Art. 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957/BGBl. I S. 609).

Hersfeld, 28. 7. 1958

Amtsgericht (Z)

2508

GR — 107 a — 22. 7. 1958: Ernst Wilhelm Brück und Luise geb. Eisenberg von Assenheim:

Gemäß Erklärung des Ehemannes nach Art. 8 Ziff. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 besteht Gütertrennung.

Amtsgericht Friedberg (Hessen)

GR 108 a — 22. 7. 1958: Heinrich Karl Vögeli und Katharina geb. Braun von Ober-Florstadt:

Gemäß Vertrag vom 26. 6. 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Friedberg (Hessen)

GR 109 a — 22. 7. 1958: Wilhelm Ludwig Berg und Sophie geb. Schreitz in Assenheim:

Gemäß Vertrag vom 23. 6. 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Friedberg (Hessen)

GR 110 a — 22. 7. 1958: Karl Julius Metz und Wilhelmine Marie geb. Schulze, Assenheim:

Durch Vertrag vom 27. 6. 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Friedberg (Hessen)

GR 111 a — 22. 7. 1958: Ludwig Fritz und Hermine geb. Abel in Burgholzhausen:

Gemäß Erklärung des Ehemannes nach Art. 8 Ziffer 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes besteht Gütertrennung.

Amtsgericht Friedberg (Hessen)

GR 113 a — 23. 7. 1958: Otto Feigenspan und Lina geb. Müller in Nieder-Wöllstadt:

Gemäß Erklärung des Ehemannes nach Art. 8 Ziffer 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes besteht Gütertrennung.

Amtsgericht Friedberg (Hessen)

GR 114 a — 24. 7. 1958: Dr. Hans Werner Berker und Maria Carol, geb. Metzger, Friedberg (Hessen):

Gemäß Erklärung des Ehemannes nach Art. 8 Ziffer 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes besteht Gütertrennung.

Amtsgericht Friedberg (Hessen)

2509

GR 505: Kaufmann Georg Rühl und Anna geb. Kormann in Nordeck (Kreis Marburg (Lahn)). Durch notariellen Vertrag vom 3. Juli 1958 ist vereinbart, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

Marburg (Lahn), 25. 7. 1958

Amtsgericht Abt. 6

2510

GR 99 — 15. 7. 1958: Dipl.-Kaufmann Klaus Kramer, Arolsen, Parksstr., und Ehefrau Ingrid Kramer-Haupt geb. Haupt, Wrexen. Durch Erklärung vom 11. Juni 1958 gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 besteht Gütertrennung.

Arolsen, 15. 7. 1958 **Amtsgericht**

2511

GR 100 — 21. 7. 1958: Stadtinspektor Horst Flachsbarth und Ehefrau Paula geb. Welle, Arolsen, Fürstenallee 20. Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 besteht Gütertrennung.

Arolsen, 21. 7. 1958 **Amtsgericht**

2512

GR 101 — 21. 7. 1958: Kaufmann Hans Georg Schultze und Ehefrau Anna Maria Schultze geb. Brolle, Helsen, Korbacher Str. 2. Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 besteht Gütertrennung.

Arolsen, 21. 7. 1958 **Amtsgericht**

2513

GR 44 — 19. 7. 1958: Bauunternehmer August Vackiner und Ehefrau Maria Vackiner geb. Luckhardt, Sehlen Kreis Frankenberg.

Der Ehemann hat gegenüber dem Amtsgericht Gemünden/Wohra erklärt, daß für seine Ehe mit Maria Vackiner geb. Luckhardt gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes Gütertrennung gelten soll.

GR 45 — 19. 7. 1958: Kaufmann Ewald Giebel und Ehefrau Elisabeth Giebel geb. Friedrich, Rosenthal Krs. Frankenberg.

Der Ehemann hat gegenüber dem Amtsgericht Gemünden/Wohra erklärt, daß für seine Ehe mit Elisabeth Giebel geb. Friedrich gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes Gütertrennung gelten soll.

Gemünden (Wohra), 2. 7. 1958

Amtsgericht Kirchhain
Zweigstelle Gemünden (Wohra)

2514

GR 281 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Georg Nold jr., Lohvint in Wallerstädten, Untergasse 6, u. Elisabeth geb. Schadt. Gemäß Erklärung der Ehefrau vom 25. 6. 48, abgegeben vor dem Amtsgericht Groß-Gerau — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 5. 7. 1958 **Amtsgericht**

GR 282 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Philipp Cezanne 17., Kaufmann in Walldorf, Waldenser Str. 55, Marianne geb. Vollhardt. Gemäß Erklärung vom 26. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 1158 des Notars Dr. Arthur Keil in Groß-Gerau — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 9. 7. 1958 **Amtsgericht**

GR 283 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Arno Heinz Weber und Margot geb. Merten, beide in Groß-Gerau, Jakob-Nold-Straße 2. Gemäß Erklärung vom 30. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 1177/58 des Notars Dr. Arthur Keil in Groß-Gerau — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 9. 7. 1958 **Amtsgericht**

GR 284 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Friedrich Winter, Kaufmann in Mörfelden, Bahnhofstr. 6-8, und Katharina geb. Dammel. Gemäß Erklärung vom 30. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 1173/58 des Notars Dr. Arthur Keil in Groß-Gerau — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 9. 7. 1958 **Amtsgericht**

GR 285 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Helmut Wendel, kaufm. Angestellter, Gustavsburg, Jahnstr. 4, u. Herta geb. Uhl. Gemäß Erklärung vom 19. 6. 58 ist Gütertrennung vereinbart.

Groß-Gerau, 14. 7. 1958 **Amtsgericht**

GR 286 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Karl Mayer, Kraftfahrzeugmeister und Inhaber der Firma Karl Mayer, Motorfahrzeuge in Nauheim, Mainzer Landstr., und Elisabeth geb. Kindinger. Gemäß Erklärung vom 27. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 673/58 des Notars Heinrich Merle, Nauheim — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 14. 7. 1958 **Amtsgericht**

GR 287 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Hugo Schinck, Schneidermeister in Büttelborn, Rheinstraße 24, und Margarete geb. Siebenrock. Gemäß Erklärung vom 27. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 1144/58 des Notars Dr. Arthur Keil, Groß-Gerau — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 14. 7. 1958 **Amtsgericht**

GR 288 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Otto Reddhaus, Dachdeckermeister in Groß-Gerau, Virchowstr. 11, und Anna geb. Reith. Gemäß Erklärung vom 30. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 1176/58 des Notars Dr. Arthur Keil in Groß-Gerau — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 14. 7. 1958 **Amtsgericht**

GR 289 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Georg Hans Hottes, Strickmeister in Walldorf/Hessen, Waldstraße 16, und Lieselotte geb. Steckenreiter. Gemäß Erklärung vom 24. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 54/58 des Notars Dr. Hermann Rheinboldt in Frankfurt a. M. — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 14. 7. 1958 **Amtsgericht**

GR 290 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Weiner Potyka, Kaufmann in Groß-Gerau, Am Sandböhl 3, und Margarete geb. Stricker. Gemäß Erklärung vom 30. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 1168/58 des Notars Dr. Arthur Keil in Groß-Gerau — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 14. 7. 1958 **Amtsgericht**

GR 291 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Walter Donat, Apotheker in Goddelau, Bahnhofstr. 12 und Emilie geb. Michelstaedter. Gemäß Erklärung vom 12. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 1016/58 des Notars Dr. Arthur Keil in Groß-Gerau — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 14. 7. 1958 **Amtsgericht**

GR 292 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Ewald Sandner, Gärtnermeister in Ginsheim, Neckarstr. 52 und Erna geb. Fleck. Gemäß Erklärung vom 27. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 1151/58 des Notars Dr. Arthur Keil, Groß-Gerau — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 14. 7. 1958 **Amtsgericht**

GR 293 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Kurt Breiner, Schreinermeister, in Walldorf/Hessen, Jourdan-Allee 12, und Gerda geb. Freund. Gemäß Erklärung vom 27. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 1148/58 des Notars Dr. Arthur Keil, Groß-Gerau — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 14. 7. 1958 **Amtsgericht**

GR 293 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Kurt Landgraf in Nauheim, Königstädter Str. 50, u. Gertrud Sophie geb. Lämmersdorf. Gemäß Erklärung vom 30. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 674/58 des Notars Heinrich Merle in Nauheim — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 15. 7. 1958 **Amtsgericht**

GR 294 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Kurt Nerad, Installateur in Bischofsheim, Freiligrathstr. 4, und Hildegard Sophie geb. Ruhsam. Gemäß Erklärung vom 24. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 1084/58 des Notars Dr. Arthur Keil, Groß-Gerau — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 14. 7. 1958 **Amtsgericht**

GR 295 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Heinrich Wahl, Handelsvertreter in Walldorf/Hessen, Kantstr. 7, und Gertrud geb. Zeitschel. Gemäß Erklärung vom 30. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 144/58 des Notars Dr. jur. Carl Backes, Frankfurt a. M. — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 14. 7. 1958 **Amtsgericht**

GR 296 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Friedrich Hans Horlacher, Metzgermeister, Bischofsheim, Schulstr. 27, u. Johanna Katharina geb. Kröcker. Gemäß Erklärung vom 26. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 198/58 des Notars Dr. Ernst Pullmann in Bischofsheim Krs. Groß-Gerau — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 15. 7. 1958 **Amtsgericht**

GR 297 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Karl Götz, Kraftfahrlehrer, Walldorf, Bahnstr. 57, u. Johanna geb. Siebert. Gemäß Erklärung vom 30. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 1179/58 des Notars Dr. Arthur Keil in Groß-Gerau — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 15. 7. 1958 **Amtsgericht**

GR 299 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Wilhelm Raiss, Bäckermeister in Groß-Gerau, Frankfurter St. 27, u. Margot geb. Becker. Gemäß Erklärung vom 24. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 1083/58 des Notars Dr. Arthur Keil in Groß-Gerau — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 17. 7. 1958 Amtsgericht

GR 300 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Georg Meffert X., Maurermeister in Walldorf, Flughafenstr. 15, und Elisabeth Katharina geb. Winson. Gemäß Erklärung vom 25. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 1101/58 des Notars Dr. Arthur Keil in Groß-Gerau — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 18. 7. 1958 Amtsgericht

GR 302 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Hubert Jörka, Kaufmann in Nauheim Krs. Groß-Gerau, Unter der Muschel 16, und Edith geb. Köstler. Gemäß Erklärung vom 30. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 676/58 des Notars Heinrich Menle in Nauheim — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 18. 7. 1958 Amtsgericht

GR 302 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Wilhelm Ernst Banczert, Kaufmann in Bischofsheim Kreis Groß-Gerau, Mainstr. 12, und Anna Elisabeth geb. Grohe. Gemäß Erklärung vom 25. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 196/58 des Notars Dr. Ernst Pullmann in Bischofsheim Krs. Groß-Gerau — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 18. 7. 1958 Amtsgericht

GR 303 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Karl Christoph Fricke-Pälzer, Uhrmacher in Bischofsheim Kreis Groß-Gerau, Frankfurter Str. 35, u. Helene Margarethe geb. Becker verwitwete Hasloch. Gemäß Erklärung vom 27. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 1608/58 des Notars Dr. Hans Liebmann in Mainz — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 18. 7. 1958 Amtsgericht

GR 304 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Friedrich August Wiebel in Groß-Gerau, u. Anneliese geb. Kappel. Gemäß Erklärung vom 30. 6. 58 — Urkundenrolle Nr. 1175/58 des Notars Dr. Arthur Keil in Groß-Gerau — herrscht Gütertrennung.

Groß-Gerau, 18. 7. 1958 Amtsgericht

2515

GR II 296: Hagemeyer, Heinrich, Direktor in Nieder-Ofleiden, und Käthe Hagemeyer geb. Baumbach, daselbst:

Gemäß notarieller Erklärung des Ehemannes vom 27. Juni 1958 auf Grund Art. 3 Abs. I Ziffer 3 des Gleichberechtigungsgesetzes leben die Eheleute in Gütertrennung.

Homburg (Kreis Alsfeld), 19. 7. 1958

Amtsgericht

2516

Neueintragung

GR II 46 a: Lehrer Joseph Felber und dessen Ehefrau Katharina Felber, geb.

Haas, beide wohnhaft in Eттingshausen, Oberhessen:

Nach der am 28. Juni 1958 bei Gericht eingegangenen Erklärung leben die Ehegatten in Gütertrennung (Art. 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. 6. 1957).

Laubach (Oberhessen), 23. 7. 1958

Amtsgericht

2517

Neueintragung

GR II 45 a: Zahnarzt Fritz Franz Josef Spelthahn in Laubach und dessen Ehefrau Maria Spelthahn, geb. Kerber in Wasserlos/Unterfranken:

Nach der am 28. Juni 1958 bei Gericht eingegangenen Erklärung leben die Ehegatten in Gütertrennung (Art. 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. 6. 1957).

Laubach (Oberhessen), 23. 7. 1958

Amtsgericht

2518

Neueintragung

GR II 44 a: Schreiner Bernhard Zimmer und dessen Ehefrau Christiane Zimmer geb. Jung, beide wohnhaft in Villingen, Oberh., Hungener Str. 8:

Nach der am 30. Juni 1958 bei Gericht eingegangenen Erklärung leben die Ehegatten in Gütertrennung (Art. 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. 6. 1957).

Laubach (Oberhessen), 23. 7. 1958

Amtsgericht

2519

GR Nr. 500: Verlagsbuchhändler Dr. Wilhelm Braun-Ewert und Loni geb. Bethke in Marburg (Lahn), Reitgasse 7. Der Ehemann hat am 13. 6. 1958 dem Amtsgericht Marburg (Lahn) — 3 X a 27/58 — gegenüber erklärt, daß für seine Ehe Gütertrennung gelten soll.

Marburg (Lahn), 16. 7. 1958

Amtsgericht, Abt. 6

2520

GR Nr. 501: Kaufmann Gerhard Balzer und Elisabeth geb. Achenbach in Marburg (Lahn), Großseelheimer Str. 24. Der Ehemann hat am 13. 6. 1958 dem Amtsgericht Marburg (Lahn) — 3 X a 26/58 — gegenüber erklärt, daß für seine Ehe Gütertrennung gelten soll.

Marburg (Lahn), 16. 7. 1958

Amtsgericht, Abt. 6

2521

GR Nr. 502: Zahnarzt Dr. Bernhard Heß und Else geb. Zeiß in Marburg (Lahn), Ockershäuser Allee 5a. Die Ehefrau hat am 14. 6. 58 dem Amtsgericht Marburg (Lahn) — 3 X a 33/58 — gegenüber erklärt, daß für ihre Ehe Gütertrennung gelten soll.

Marburg (Lahn), 16. 7. 1958

Amtsgericht, Abt. 6

2522

GR Nr. 504: Johannes Klingelhöfer und Mathilde Maria Auguste geb. Nickel verwitwete Lorch in Dreihäusen, Krs. Marburg (Lahn), Nr. 161. Der Ehemann hat am 14. Juni 1958 dem Amtsgericht Marburg (Lahn) — 3 X a 38/58 — gegenüber erklärt, daß für seine Ehe Gütertrennung gelten soll.

Marburg (Lahn), 18. 7. 1958

Amtsgericht, Abt. 6

2523

GR Nr. 503: Fabrikant Erich Raucamp und Anneliese geb. Lehr in Simtshausen Kreis Marburg (Lahn). Der Ehemann hat am 29. Mai 1958 dem Amtsgericht Marburg (Lahn) — 3 X a 28/58 — gegenüber erklärt, daß für seine Ehe Gütertrennung gelten soll.

Marburg (Lahn), 16. 7. 1958

Amtsgericht, Abt. 6

2524

GR 506: Druckerei-Kaufmann Paul Boß und Lieselotte geb. Leister in Marburg (Lahn), Barfüßerstr. 53. Durch notariellen Vertrag vom 4. Juli 1958 ist vereinbart, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

Marburg (Lahn), 25. 7. 1958

Amtsgericht Abt. 6

2525

GR 69: Die Ehegatten Molkereibesitzer Richard Fricke und Frau Maria Fricke geb. Kreyß, beide wohnhaft in Neuhofoffer, Kreis Fulda, Haus Nr. 98, leben in Gütertrennung (Artikel 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957 — BGBl. I S. 609). Eingetragen am 21. Juli 1958.

Neuhof (Kreis Fulda), 21. 7. 1958

Amtsgericht Fulda, Zweigstelle Neuhof

2526

GR 70: Die Ehegatten Kaufmann Jakob Herbert und Frau Maria Herbert geborene Ruppel, beide wohnhaft in Neuhofoffer, Haus Nr. 37½, Kreis Fulda, leben in Gütertrennung (Artikel 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957 — BGBl. I S. 609). Eingetragen am 21. Juli 1958.

Neuhof (Kreis Fulda), 21. 7. 1958

Amtsgericht Fulda, Zweigstelle Neuhof

2527

GR 71: Die Ehegatten Kaufmann Josef Hackl und Frau Ernestina Hackl geborene Heimroth, beide wohnhaft in Neuhofoffer, Kreis Fulda, Am Bahnhof, leben in Gütertrennung (Artikel 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957 — BGBl. I S. 609). Eingetragen am 21. Juli 1958.

Neuhof (Kreis Fulda), 21. 7. 1958

Amtsgericht Fulda, Zweigstelle Neuhof

2528

GR 72: Die Ehegatten Oberpostverwalter a. D. Robert Karl Kieß und Frau Dora Eugenie Kieß verwitwete Fricke geborene Dennemann, beide wohnhaft in Neuhofoffer, Schwebener Str. 98, Krs. Fulda, leben in Gütertrennung (Artikel 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957 — BGBl. I S. 609). Eingetragen am 21. Juli 1958.

Neuhof (Kreis Fulda), 21. 7. 1958

Amtsgericht Fulda, Zweigstelle Neuhof

2529

GR 73: Die Ehegatten Kaufmann Paul Erich Schaller und Frau Johanna Gertrud Schaller geb. Küntz, beide wohnhaft in Fliesen, Kreis Fulda, Am Bahnhof, leben in Gütertrennung (Artikel 8 I Nr. 3 Gleich-

berechtigungs-gesetz vom 18. Juni 1957 — BGBl. S. 609). Eingetragen am 21. Juli 1958.

Neuhof (Kreis Fulda), 21. 7. 1958

Amtsgericht Fulda, Zweigstelle Neuhof

2530

GR 74: Die Ehegatten Arbeiter Karl Richard Gärtner und Frau Rosa Amanda Gärtner geb. Schöppner, beide wohnhaft in Rommerz, Kreis Fulda, Am Fuchsberg 4, leben in Gütertrennung (Artikel 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957 — BGBl. S. 609). Eingetragen am 21. Juli 1958.

Neuhof (Kreis Fulda), 21. 7. 1958

Amtsgericht Fulda, Zweigstelle Neuhof

2531

GR 75: Die Ehegatten Fabrikant Josef Ruppel und Frau Dorothea Elisabeth Ruppel geb. Ganster, beide wohnhaft in Neuhof-Ellers, Haus Nr. 73, Kreis Fulda, leben in Gütertrennung (Artikel 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957 — BGBl. S. 609). Eingetragen am 21. Juli 1958.

Neuhof (Kreis Fulda), 21. 7. 1958

Amtsgericht Fulda, Zweigstelle Neuhof

2532

GR 76: Die Ehegatten Gastwirt und Metzgermeister Karl Roth und Frau Mathilde Roth geb. Jöckel, beide wohnhaft in Rothemann, Kreis Fulda, Haus Nr. 18, leben in Gütertrennung (Artikel 8 I Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957 — BGBl. S. 609). Eingetragen am 21. Juli 1958.

Neuhof (Kreis Fulda), 21. 7. 1958

Amtsgericht Fulda, Zweigstelle Neuhof

2533

GR 152: Minna Bachmann geb. Kimmel in Gelnhaar hat durch notarielle Urkunde vom 10. Juni 1958 (Artikel 8 I Nr. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes) erklärt, daß für ihre Ehe mit Schlossermeister Georg Friedrich Bachmann in Gelnhaar Gütertrennung gelten soll.

Ortenberg (Oberhessen), 11. 7. 1958

Amtsgericht

2534

GR 153: Angestellter Heinrich Wilniewski in Bleichenbach hat durch notarielle Urkunde vom 11. Juni 1958 (Artikel 8 I Nr. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes) erklärt, daß für seine Ehe mit Hilde Wilniew geb. Merten in Bleichenbach Gütertrennung gelten soll.

Ortenberg (Oberhessen), 11. 7. 1958

Amtsgericht

2535

Neueintragungen

Amtsgericht Rüdeshheim (Rhein)

GR 232 — 15. Juli 1958: Eheleute Josef Frey, Planierraupenbetrieb, in Winkel/Rheingau und Gertrude, geb. Röske;

Gemäß Art. 8 I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 besteht auf Grund der notariellen Erklärung des Ehemannes und der Ehefrau vom 11. April 1958 Gütertrennung.

Amtsgericht Rüdeshheim (Rhein)

GR 233 — 15. Juli 1958: Eheleute Dr. Werner Wenckstern, Hotelier, in Oestrich/Rheingau und Ilse geb. Winkel;

Gemäß Art. 8 I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 besteht auf Grund der notariellen Erklärung des Ehemannes vom 24. Juni 1958 Gütertrennung

Amtsgericht Rüdeshheim (Rhein)

GR 234 — 15. Juli 1958: Eheleute Erwin Holzan, Buchbinder in Geisenheim und Marianne, geb. Ertl;

Gemäß Art. 8 I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 besteht auf Grund der notariellen Erklärung des Ehemannes vom 21. Mai 1958 Gütertrennung.

Amtsgericht Rüdeshheim (Rhein)

GR 235 — 15. Juli 1958: Eheleute Adolf Kirchner, Fabrikant in Mittelheim/Rheingau und Lina, geb. Kiefer;

Gemäß Art. 8 I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 besteht auf Grund der notariellen Erklärung des Ehemannes vom 28. Juni 1958 Gütertrennung.

Amtsgericht Rüdeshheim (Rhein)

GR 236 — 15. Juli 1958: Eheleute Franz Winkel, Hotelier in Oestrich/Rheingau und Dina, geb. Schepp;

Gemäß Art. 8 I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 besteht auf Grund der notariellen Erklärung des Ehemannes vom 24. Juni 1958 Gütertrennung.

Amtsgericht Rüdeshheim (Rhein)

GR 237 — 15. Juli 1958: Eheleute Wolfgang Dorn, Kaufmann in Asmannshausen/Rhein und Anni, geb. Melchior;

Gemäß Art. 8 I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 besteht auf Grund der notariellen Erklärung der Ehefrau vom 30. Juni 1958 Gütertrennung.

Amtsgericht Rüdeshheim (Rhein)

GR 238 — 15. Juli 1958: Eheleute Dr. jur. Franz Holv, Rechtsbeistand im Oestrich/Rheingau und Margarethe geb. Lorenz in Erbach/Rheingau;

Gemäß Art. 8 I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 besteht auf Grund der gerichtlichen Erklärung des Ehemannes vom 30. Juni 1958 Gütertrennung.

Amtsgericht Rüdeshheim (Rhein)

GR 239 — 15. Juli 1958: Eheleute Willi Kopp, Glaser in Geisenheim/Rhein und Wilhelmine, geb. Koch;

Gemäß Art. 8 I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 besteht auf Grund der notariellen Erklärung des Ehemannes vom 26. Juni 1958 Gütertrennung.

Amtsgericht Rüdeshheim (Rhein)

GR 240 — 15. Juli 1958: Eheleute Walter Schäfer in Rüdeshheim (Rhein) und Maximiliane, geb. Halbermayer, verw. Frey;

Gemäß Art. 8 I Ziff. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 besteht auf Grund der gerichtlichen Erklärung der Ehefrau vom 27. Juni 1958 Gütertrennung.

Amtsgericht Rüdeshheim (Rhein)

2536

Neueintragung

GR 61: Waldemar Ullrich, Kaufmann, und Irma Emma geb. Bösig, Trutzhain. Gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes leben die Eheleute in Gütertrennung.

Treysa, 14. 7. 1958

Amtsgericht

2537

GR 99 — 24. Juli 1958: Kaufmann Friedrich Walter Zimmermann und Emma Marie Engel geb. Schnelle in Birstein, Hauptstr. 149. — Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

Wächtersbach, 24. 7. 1958

Amtsgericht

2538

GR 100 — 24. Juli 1958: Betriebsleiter Alois Baudisch und Valeska geb. Adolf in Neuenschmidten (Eisenhammer). — Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

Wächtersbach, 24. 7. 1958

Amtsgericht

2539

GR 101 — 24. Juli 1958: Wilhelm Hans Reichsgraf von Oppersdorff und Maria Louise geb. Prinzessin von Isenburg in Birstein, Schloß. Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

Wächtersbach, 24. 7. 1958

Amtsgericht

2540

GR 102 — 24. Juli 1958: Direktor Reinhard Hagemeyer und Hildegard geb. Backe in Breitenborn AW. — Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

Wächtersbach, 24. 7. 1958

Amtsgericht

2541

GR 104 — 24. Juli 1958: Landw. Inspektor Friedrich Adolf Spreter und Anna Louise Waltraud geb. Starke in Mauswinkel/Gut Entenfang, Krs. Gelnhausen. — Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

Wächtersbach, 24. 7. 1958

Amtsgericht

2542

GR 105 — 24. Juli 1958: Landwirt Karl-Heinz Jean Wilhelm Rapp und Elisabeth Maria Magdalena geb. Paul in Wolfersborn Nr. 42. — Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

Wächtersbach, 24. 7. 1958

Amtsgericht

2543

GR 106 — 24. Juli 1958: Kaufmann Ferdinand Christian Wilhelm Werth und Margarethe geb. Schulte in Wächtersbach, Bachstraße 3. — Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

Wächtersbach, 24. 7. 1958

Amtsgericht

2544

GR 76: Jumel, Rudolf, Schreiner, Windecken, und Anna geb. Jung, Hanau. Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

Windecken, 18. 7. 1958

Amtsgericht Hanau

— Zweigstelle Windecken

2545

GR 77: Heiduk, Hans, kaufm. Angestellter, und Hanna geb. Skaudradschun, Ostheim Krs. Hanau. Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

Windecken, 22. 7. 1958

Amtsgericht Hanau

— Zweigstelle Windecken

2546**Neueintragungen**

6 GR 324 — Eheleute Schreinermeister Ewald Uhl und Irma geb. Crass, Laufdorf:

Durch Ehevertrag vom 25. 6. 1958 ist der Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart. Wetzlar, 16. 7. 1958 **Amtsgericht**

6 GR 325 — Eheleute Werkzeugmacher Paul Georg Karl Robert Böhme und Quitena geb. Peisker, Krodorf-Gleiberg:

Gemäß Art. 8 I Nr. 3 Abs. II Satz 6 besteht Gütertrennung. Wetzlar, 15. 7. 1958 **Amtsgericht**

2547**In das Güterrechtsregister wurde eingetragen:**

3 GR 194 — 15. 7. 58: Eheleute Maschineningenieur Paul Franke und Inge, geb. Büchel, beide in Witzenhausen:

Die Ehefrau hat in der notariellen Urkunde vom 27. Juni 1958 erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

3 GR 195 — 16. 7. 58: Eheleute Rentner Georg Gartelmann und Meta geb. Mertens, beide in Witzenhausen:

Der Ehemann hat in der notariellen Urkunde vom 22. Mai 1958 erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

3 GR 196 — 16. 7. 58: Eheleute Medizinalrat a. D. Dr. Walter Volgenau und Constanze geb. Wildfang, beide in Witzenhausen:

Der Ehemann hat in der notariellen Urkunde vom 13. Februar 1958 erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

GR 197 — 21. 7. 58 — Eheleute Elektroschweißer Hans Gold und Aloisia geb. Birnkraut, beide in Fürstenhagen, Krs. Witzenhausen:

Der Ehemann hat in der notariellen Urkunde vom 13. Juni 1958 erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

GR 198 — 22. 7. 58 — Eheleute Fabrikant Carl August Goebel und Barbara Elisabeth geb. Jung, beide in Großalmerode, Krs. Witzenhausen:

Der Ehemann hat in der notariellen Urkunde vom 28. Juni 1958 erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

GR 199 — 22. 7. 58 — Eheleute Fabrikant und Dipl. Ing. Richard Goebel und Minna geb. Koch, beide in Großalmerode Krs. Witzenhausen:

Der Ehemann hat in der notariellen Urkunde vom 28. Juni 1958 erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll. Witzenhausen, 22. 7. 1958 **Amtsgericht**

2548**Handelsregister****Neueintragung**

HRA 350: Firma Karl Schneider, offene Handelsgesellschaft, Alsfeld. Persönlich haftende Gesellschafter: Klempner- und Installateurmeister Karl Schneider in Alsfeld, Klempner-Installateur und Elektromeister Willi Schneider in Alsfeld. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1958 begonnen. Alsfeld, 7. 7. 1958 **Amtsgericht**

2549

A 173 — 21. 6. 58: Hoab Wolf von Stockhausen & Co. KG., Trendelburg:

Der pers. haft. Gesellschafter Karl Brauns ist ausgeschieden. Ein Kommanditist ist eingetreten. Karlsruhen, 23. 7. 1958 **Amtsgericht**

2550**Musterregistersachen**

MR 22 — Fa. Braun, Wettberg & Co., Beerfelden. Anmeldung am 15. Juli 1958, 8.45 Uhr.

Ein Muster: Bürste mit einsetzbarem Aschenbecher Nr. 97/282, Buchenholz, lackiert oder unlackiert mit Plastik- oder Lederüberzug, rund, ca. 80 mm Durchmesser, auch in eckiger Form; Bürste hat auf dem Rücken eine Ausfräsung zum Einsetzen des Aschenbechers. Sie ist mit farbigen Kunstborsten oder reinen Naturborsten bestückt. Es werden Aschenbecher versch. Größen und Formen aus Kunststoff bzw. Metall verwendet. Plastisches Erzeugnis. Schutzfrist 3 Jahre. Beerfelden, 15. 7. 1958 **Amtsgericht**

2551**Neueintragung**

5 M.R. 56 — 30. April 1958: Rentner Karl Hieke, in Oberhöchstadt/Ts., Friedensstraße 33: 1 Muster für Kondenswasser-Auffänger, Geschäftsnummer 1. Flascherzeugnisse, Schutzfrist 3 Jahre. Königstein (Taus), 30. 4. 1958 **Amtsgericht**

2552**Vereinsregister****Neueintragung**

VR 44 — 23. 7. 58: Freundeskreis der Stadtschule Büdingen in Büdingen.

Büdingen, 23. 7. 1958 **Amtsgericht**

2553**Neueintragungen mit dem Sitz Frankfurt (Main)**

73 VR 3053 — 2. 7. 1958 — Sozialwerk des Deutschen Schwerhörigenbundes.

73 VR 3054 — 2. 7. 1958 — Vereinigung für Staats- und Wirtschaftspolitik.

73 VR 3055 — 2. 7. 1958 — Studiengesellschaft für Staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit.

73 VR 3056 — 2. 7. 1958 — Informationsclub „Druck und Verpackung“ (IDV).

73 VR 3057 — 22. 7. 1958 — Gesellschaft der Bibliophilen.

Frankfurt (Main), 22. 7. 1958 **Amtsgericht, Abt. 73**

2554**Neueintragungen bei dem Amtsgericht in Gießen**

2 VR 320 — 19. 6. 1958: Bund der Natur- und Sonnenfreunde Gießen. Sitz des Vereins ist Gießen.

2 VR 321 — 2. 7. 1958: Kreisfeuerwehrverband Gießen Land und Stadt, Sitz des Vereins ist Gießen.

Gießen, 2. 7. 1958 **Amtsgericht**

2555

VR 36 — Unterstützungseinrichtung für Arbeiter und Angestellte der Tuchfabrik Schotten Karl Weitz in Schotten e. V. Sitz: Schotten.

Die Satzung ist am 28. Mai 1958 errichtet. Vorstand: Vorsitzender: Karl Weitz I. in Schotten, Schriftführer: Peter März in Schotten, Beisitzer: Heinrich Kromm in Schotten.

Schotten, 18. 7. 1958 **Amtsgericht**

2556**Vergleiche — Konkurse**

1 VN 1/58 — Vergleichsverfahren: Über das Vermögen des Dipl.-Ing. H. P. Wilhelm in Bad Homburg v. d. H., Inhaber der nicht im Handelsregister eingetragenen Firma Homburger Holzverarbeitung Dipl.-Ing. H. P. Wilhelm in Bad Homburg v. d. H., Luisenstr. 5, wird heute am 16. Juli 1958, 11 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet, da der Schuldner einen den §§ 3 f. Vergl.O. entsprechenden Antrag gestellt hat und die Voraussetzungen für die Eröffnung des Vergleichsverfahrens gegeben sind. Der Rechtsanwalt Hans Fölsing in Bad Homburg v. d. H., Castillostr. 15, wird zum Vergleichsverwalter ernannt. Ein Gläubigerbeirat wird nicht bestellt.

Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird auf den 11. September 1958, 12 Uhr, vor dem Amtsgericht in Bad Homburg v. d. H., Dorotheenstr. 20/22, 2. Stockwerk, Zimmer 28 — Sitzungssaal — anberaumt. Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald anzumelden. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Die Beschlüsse des Amtsgerichts Bad Homburg v. d. H. vom 7. 5. 1958 über die Ablehnung des Vergleichsverfahrens und die Eröffnung des Anschlußkonkursverfahrens — 1 N 11/58 — sind durch Beschluß des Landgerichts in Frankfurt a. M. vom 24. 6. 1958 — 2/9 T 395 und 396/58 — aufgehoben.

Bad Homburg v. d. H., 16. 7. 1958 **Amtsgericht**

2557

N 1/49: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Ewald Funnekötter, früher wohnhaft in Bad Wildungen, Wegauer Landstr. 2, wird nach Abhaltung des Schlußtermins als durch Schlußverteilung aufgehoben.

Bad Wildungen, 23. 5. 1958 **Amtsgericht**

2558

N 3/56: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Valentin Köhler in Groß-Zimmern ist Schlußtermin bestimmt auf den 25. August 1958, 11 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht, Saal 7. Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke. Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 366,97 DM festgesetzt.

Dieburg, 25. 7. 1958 **Amtsgericht**

2559**Beschluß**

81 VN 16/58: Der Inhaber einer Fabrikation moderner Leuchten, Theodor Pelitz, Frankfurt (Main), Nassauerstr. 15, hat den am 14. 6. 1958 eingereichten Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses wieder zurückgenommen. Das Amt des vorläufigen Verwalters ist beendet.

Frankfurt (Main), 21. 7. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

2560

81 N 138/51: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Dr. Curt Badhauser & Co. KG. i. Li., Frankfurt (Main), Amtsgericht Frankfurt (Main): 81 N 138/51 soll die Schlußverteilung vorgenommen werden. Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt 107 017,25 DM.

Frankfurt (Main), 24. 7. 1958

Der Konkursverwalter
Moog
Rechtsanwalt u. Notar

2561

N 5/56: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Wilhelm Musch, Nachfolger, Inhaber Karl Gasser, Friedberg/H., Kaiserstr., beträgt die Summe der festgestellten Forderungen 53 831,59 DM. Für die Schlußverteilung stehen 60,32 DM zur Verfügung. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist bei dem Konkursgericht in Friedberg zur Einsicht durch die Gläubiger niedergelegt.

Friedberg (Hessen), 22. 7. 1958

Der Konkursverwalter
Dickenberger
RA. und Notar

2562**Beschluß**

N 3/58: Über das Vermögen der Firma Roland A. Franz GmbH., Blusen- und Kleidenfabrik, Lauterbach/H., wird heute, am 26. Juli 1958, vormittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Antragsteller, nämlich der einzige Geschäftsführer der Gesellschaft, der Kaufmann Roland Arno Franz in Lauterbach, Vogelsbergstraße 31, die Zahlungsunfähigkeit und die Überschuldung der Gesellschaft dargetan hat.

Der Wirtschaftsberater und Helfer in Steuersachen Rudolf Winkler, Fulda, Heinrichstraße 39, wird zum Konkursverwalter ernannt. Die Konkursforderungen sind bis zum 10. September 1958 bei dem Gericht in zwei Stücken anzumelden. Vertreter von Gläubigern haben ihre Vollmacht mitzubringen und diese spätestens im Termin vorzulegen.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und ebenfalls über die in § 182 KO bezeichneten Gegenstände auf: Mittwoch, den 20. August 1958, vorm. 9 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf: Montag, den 6. Oktober 1958, vorm. 9 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht, Sitzungssaal, Zimmer 20, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache im Besitz haben oder

zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen, oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. 8. 1958 Anzeige zu machen.

Lauterbach (Hessen), 26. 7. 1958

Amtsgericht

2563

7 N 22/57: Über den Nachlaß des am 12. Januar 1957 in Marburg (Lahn), seinem letzten Wohnsitz, verstorbenen Gastwirts Johann Wilhelm Bauer ist heute das Konkursverfahren eröffnet worden. Rechtsanwalt Dr. Kriebel in Marburg/Lahn, Deutschhausstraße 21, Telefon 2376, ist zum Konkursverwalter bestellt. Konkursforderungen sind bis zum 13. August 1958 nur bei Gericht (doppelt) anzumelden. Gläubigerversammlung und Prüfungstermin sind auf den 19. August 1958, 15 Uhr, Zimmer 8, anberaumt. Öffener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 13. August 1958 ist bestimmt.

Marburg (Lahn), 21. 7. 1958

Amtsgericht Abt. 7

2564**Beschluß**

N 8/54: In dem Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen des verstorbenen Baumeisters Wilhelm Albrecht aus Melsungen, übergeleitet in das Nachlaßkonkursverfahren Gemeinschuldner Wwe. Luise Albrecht geb. Rehwald aus Göttingen, Posthof 6, werden die Auslagen des Konkursverwalters unter Anrechnung der bereits festgesetzten Auslagen von 331,70 DM und des weiter entnommenen Vorschusses von 72,50 DM auf insgesamt 497,60 DM festgesetzt. Das vorgenannte Konkursverfahren wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.

Melsungen, 15. 7. 1958

Amtsgericht

2565**Vergleichsverfahren**

7 VN 5/58 — In dem Vergleichsverfahren über das Vermögen der Frau Sophie Lang geb. Hinkel in Offenbach a. M., Gabelsbergerstr. 15, wurde das allgemeine Veräußerungsverbot aufgehoben und ein besonderes Veräußerungsverbot hinsichtlich des Grundbesitzes angeordnet.

Offenbach (Main), 14. 7. 1958

Amtsgericht Abt. 7

2566**Konkursverfahren:**

7 N 7/57 — Das am 17. 1. 1957 über den Nachlaß des am 9. 3. 1955 verstorbenen Ernst Kautsky in Offenbach a. M., Taunusstraße 49, eröffnete Konkursverfahren wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Offenbach (Main) 18. 7. 1958

Amtsgericht Abt. 7

2567

7 N 41/53: In dem Konkursverfahren der Firma Gail & Glaab GmbH, Offenbach a. M., Frankfurter Straße 45, — Az.: 7 N 41/53 — ist eine Nach-

tragsverteilung angeordnet. Zur Verfügung steht ein Betrag von 799,50 DM, was einer Quote von 0,8% für die nicht bevorrechtigten Gläubiger mit Forderungen von 101 930,85 DM entspricht.

Offenbach (Main), 22. 7. 1958

Der Konkursverwalter
Dr. Hoepfner
Rechtsanwalt

2568

7 VN 7/1958 — Vergleichsverfahren: Die Firma Rixen & Co. K. G., Herstellung und Vertrieb von Schuhwaren in Offenbach a. M., Louisenstr. 82, hat durch einen am 22. Juli 1958 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen beantragt. Vorläufiger Vergleichsverwalter: Gerichtstaxator Carl Polkin, Offenbach/M., Frankfurter Str. 56—62. An die Schuldnerin wurde ein allgemeines Veräußerungsverbot gem. §§ 59 ff. Vergl. Ordn. erlassen. Dem vorläufigen Vergleichsverwalter stehen die im § 57 Vergl. Ordn. vorgesehenen Befugnisse zu.

Offenbach (Main), 22. 7. 1958

Amtsgericht Abt. 7

2569

VN 2/58: Über das Vermögen der Firma Heinrich und Irmgard Weitz OHG. in Schotten, Laubacher Straße, handelsgerichtlich eingetragen, ist am 22. Juli 1958, 12 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden. Vergleichsverwalter: Rechtsanwalt A. Buß, Schotten, Hauptstraße 76.

Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Schotten, 23. 7. 1958

Amtsgericht

2570

62 N 1/53, N 23/53 u. N 24/53: Nachträglicher Prüfungs- und Zwangsvergleichstermin in dem Konkursverfahren der Firma W. Söhngen & Co. KG. in Wiesbaden, Holsteinstraße 19 — 62 N 1/53 —, deren persönlich haftender Gesellschafter Wilhelm Söhngen, Wiesbaden, Waldstraße 35 — 62 N 23/53 — und Dr. Josef Söhngen, Wiesbaden, Erlenweg 9 — 62 N 24/53 —:

25. August 1958, 10.30 Uhr, Zimmer 240.

Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der Geschäftsstelle des Konkursgerichtes zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Wiesbaden, 11. 7. 1958

Amtsgericht

2571

62 N 30/58: Über das Vermögen des Bäckermeister Karl Hennemann in Wiesbaden-Biebrich, Sackgasse 2, wird heute am 21. Juli 1958, 17 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter Rechtsanwalt Dr. Eberler in Wiesbaden, Viktoriastraße 13 (Tel. 24095). Anmeldefrist (2-Stück) bis zum 22. 8. 1958.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin: 2. September 1958, 14.30 Uhr, Zimmer 247. Öffener Arrest mit Anzeigepflicht bis 22. 8. 1958.

Wiesbaden, 21. 7. 1958

Amtsgericht

2572

62 N 68/56: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Europäische Spezialitäten Handelsgesellschaft mbH., Import-Export-Groß- und Einzelhandel, Wiesbaden, Webergasse 21, wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Wiesbaden, 19. 7. 1958 **Amtsgericht**

2573

62 N 35/58: Über das Vermögen der Strumpffabrik Plantier & Co. K. G. in Wiesbaden, Bierstadter Straße 16 und ihres persönlich haftenden Gesellschafters Wilhelm Krause in Wiesbaden-Sonnenberg, Höhenstraße 30, wird heute, am 16. Juli 1958, 16 Uhr, unter Einstellung des schwebenden Vergleichsverfahrens Anschluß-Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. O. Cratz in Wiesbaden, Luisenstraße 24. Anmeldeschrift (2 Stück) bis zum 10. August 1958. Erste Gläubigerversammlung 15. 8. 1958, 15 Uhr, und Prüfungstermin am 1. 10. 1958, 15 Uhr, jeweils Zimmer 250. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 10. 8. 1958.

Wiesbaden, 16. 7. 1958 **Amtsgericht**

2574

62 (6b) N 86/53: Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der Firma Franz Hubert KG., Textilien, Industriebedarf, Gebrauchsgüter, Großhandel in Wiesbaden, Aarstr. 48: Zwangsvergleichs- und nachträglicher Prüfungstermin: 11. September 1958, 9 Uhr, Zimmer 247 des Amtsgerichts. Vergütung des Konkursverwalters: 3750,— DM, Auslagen 280,— DM.

Wiesbaden, 19. 7. 1958 **Amtsgericht**

2575**Beschluß**

3 N 6/51: In dem Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Fritz Nadler in Witzhausen wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf den 27. August 1958, 9 Uhr, Sitzungssaal anberaumt. Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwerfbaren Vermögensstücke, zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses.

Die Vergütung des Verwalters wird auf 609,76 DM, die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 222,01 DM festgesetzt.

Witzhausen, 24. 7. 1958 **Amtsgericht**

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berech-

tigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

2576**Beschluß**

6 K 29/56: Die im Grundbuch von Darmstadt Bezirk VI Band 56 Blatt 2620 eingetragenen Grundstücke lfd. Nr. 1—5:

Flur 9 Nr. 188 Gewächshäuser mit Hofraum, Heinrich-Fuhr-Straße, 5,56 Ar,

Flur 9 Nr. 189, Grabgarten daselbst, 8,90 Ar,

Flur 9 Nr. 196, Grasgarten (Vorgarten) Soderstraße, 0,45 Ar,

Flur 9 Nr. 196, 5/10 Hofreite Nr. 110 daselbst, 2,25 Ar,

Flur 9 Nr. 197, Grasgarten daselbst, 1,81 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 16. Oktober 1958, vorm. 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, Zimmer 418, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 18. Dezember 1956 (Tag des Versteigerungsvermerks): Werkmeister Heinz von den Driesch, Darmstadt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Darmstadt, 17. 7. 1958 **Amtsgericht Abt. 6**

2577**Beschluß**

6 K 51/56: Das im Grundbuch von Wixhausen Band 6 Blatt 520 eingetragene Grundstück lfd. Nr. 25

Flur 2 Nr. 138, Hof- und Gebäudefläche, Falltorstr. 34, 8,35 Ar, Betrag der Schätzung 10 000,— DM

soll am Donnerstag, dem 2. Oktober 1958, vorm. 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, Zimmer 418, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. September 1956 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Elisabeth Stephan geb. Klipstein in Wixhausen, b) Wilhelm Julius Stephan in Frankfurt/Main, c) Helmut Stephan in Wixhausen, in beendigtter Errungenschaftsgemeinschaft und ungeteilter Erbengemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Darmstadt, 16. 7. 1958 **Amtsgericht Abt. 6**

2578

K 3/58: Das im Grundbuch von Dieburg Bd. 16 Blatt 1526 eingetragene Grundstück:

Nr. 3 Gemarkung Dieburg Flur 7 Flurstück 178/83, Hof- und Gebäudefläche im Kirschgarten, 4,87 Ar, und zwar hinsichtlich eines ideellen Miteigentumsanteils zu 1/2

soll am 22. Sept. 1958, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude in Dieburg, Saal 7 — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 8. April 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Friess, Alois Friedrich in Dieburg, zu 1/2. Der Wert des Miteigentumsanteils am

Grundstück ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 5000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Dieburg, 23. 7. 1958 **Amtsgericht**

2579

84 K 110/55: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Hofheim Band 10 Blatt 228 eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am 30. Sept. 1958, 13 Uhr, an der Gerichtsstelle Ffm.-Höchst, Zuckschwerdtstraße 58, Zimmer 23, versteigert werden:

lfd. Nr. 4, 5 und 6, Gemarkung Hofheim: Flur 29, Flurstück 235/28, Acker (Baumst.) auf der großen Heide, 2,79 Ar, Flur 29, Flurstück 234/28, desgleichen daselbst, 2,80 Ar, Flur 16, Flurstück 115/1, a) Wohnhaus mit überdachter Toreinfahrt, b) Stall, c) Klosett, Langgasse 17, 0,87 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 6. 9. 1955 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümerin war damals die Ehefrau des Maschinenschlossers Adolf Messer An-Messer geb. Müller in Hofheim/Ts. eingetragen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 23. 7. 1958

Amtsgericht Abt. 84

2580

5 K 22/57: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen zwecks Aufhebung der Erbengemeinschaft, die in Ansehung der in Haina, Blatt 17 und in Löhlbach, Blatt 75 eingetragenen Grundstücke besteht, die auf den Namen des Heinrich Wolf in Haina eingetragenen Grundstückshälften der nachfolgend bezeichneten Grundstücke am Donnerstag, dem 25. Sept. 1958, 9 Uhr, in Gemünden (Wohra) an der Gerichtsstelle versteigert werden:

a) Grundbuch von Haina, Band I, Blatt 17: lfd. Nr. 3, Flur 8, Flurstück 40/5, Ackerland, die Grauhecke, 23,96 Ar, Wert 958,40 DM,

lfd. Nr. 4, Flur 8, Flurstück 54/5, Ackerland, daselbst, 24,16 Ar, Wert 966,40 DM,

lfd. Nr. 5, Flur 1, Flurstück 114/1, Hof- und Gebäudefläche, im Ort, Haus Nr. 85, 2,41 Ar, Wert 14 000,— DM.

b) im Grundbuch von Löhlbach, Band III, Blatt 75:

lfd. Nr. 3, Flur 18, Flurstück 29, Grünland, im Ellberöder Grunde, 30,00 Ar, Wert 1200,— DM.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 12. Oktober 1955 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer ist eingetragen: 1. Bäckermeister und Kaufmann Heinrich Wolf und 2. Witwe Lina Happel geb. Wolf, beide in Haina — je zur ideellen Hälfte —.

Der oben bezeichnete Verkohrswert der Grundstücke wurde durch Beschluß des Gerichts vom 23. 11. 1956 festgesetzt. Zur Abgabe von Geboten im Versteigerungstermin ist die Vorlage einer rechtskräftigen landwirtschaftsrechtlichen Genehmigung erforderlich. Die Bieter haben sich rechtzeitig darum zu bemühen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Kirchhain (Bz. Kassel), 5. 7. 1958

Amtsgericht

2581

51 K 33/58: Am 17. Sept. 1958, 10.30 Uhr, soll beim Amtsgericht Eugen-Richter-Str. 4, Zimmer 96, im Wege der Zwangsvollstreckung die im Grundbuch von Kassel Band 101 Blatt 2002 eingetragene Grundstückshälfte lfd. Nr. 1; Gemarkung Kassel, Flur KK, Flurstück 294/8, Friedrich-Ebert-Str. 94, Hof- und Gebäudefläche, Größe: 6,67 Ar, versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 25. April 1958, dem Tage der Eintragung des Zwangsversteigerungsvermerks: Bauunternehmer Konrad Kirchner in Kassel, zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wir hingewiesen.

Kassel, 21. 7. 1958 **Amtsgericht**

2582

Beschluß

K 19/57: Das im Grundbuch von Weilmünster Bezirk Weilmünster Band 9 Blatt 269 eingetragene Grundstück:

lfd. Nr. 35 Gemarkung Weilmünster Flur 18 Flurstück 45, Acker hinter Krebsgrund, 22,35 Ar,

soll am 29. Sept. 1958, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Mauerstraße 25, Zimmer 24, I. Stock — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 3. April 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau des Spenglers Christian Jung, Auguste geb. Scheerer in Weilmünster.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wir hingewiesen.

Weilburg, 26. 6. 1958 **Amtsgericht**

2583

7 K 28/58: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft sollen die im Grundbuch von Offenbach a. M.-Bürgel Band 29 Blatt 1554 Gemarkung Offenbach

a. M.-Bürgel Flur I Nr. 526 L.B. 387 Hof- und Gebäudefläche Kreuzstraße 37, 1,64 Ar; Gemarkung Offenbach a. M.-Bürgel Flur I Nr. 527 L.B. 387 Gartenland daselbst, 1,76 Ar, z. Z. der Eintragung des Versteigerungsvermerks (18. Juni 1958) auf die Namen der a) Georg Karl Fleckenstein in Heppenheim/Rheinl., b) Dreher Heinrich Wolf in Offenbach a. M.-Bürgel, c) Dreher Theodor Peter Kämmerer, daselbst, d) Ehefrau Ludwig Maith Magdalene geb. Fleckenstein, daselbst e) Zuschneider Emil Huth, daselbst, in ungeteilter Eibengemeinschaft eingetragenen, Grundstücke durch das unterzeichnete Gericht, Kaiserstraße 16, I. Stock, Zimmer 37, am Freitag, dem 19. September 1958, 9 Uhr, versteigert werden. Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 20 900,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wir hingewiesen.

Offenbach (Main), 19. 7. 1958 **Amtsgericht Abt. 7**

2584

5 K 10/58: Das im Grundbuch von Egelsbach Band 35 Blatt 2420 eingetragene Grundstück:

Nr. 3 Gemarkung Egelsbach Flur 15 Flurstück 418/1 Liegb. 2104 Ackerland, auf dem Fluß Größe 12, 95 Ar,

soll am 17. Sept. 1958, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstädter Str. 27, Zimmer 16, Sitzungssaal — durch Zwangsvollstreckung — zur Aufhebung der Gemeinschaft — versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 13. Mai 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Georg Stornfels, Techniker in Egelsbach/Hessen. Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 360,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wir hingewiesen.

Langen (Hessen), 18. 7. 1958 **Amtsgericht**

2585

Beschluß

3 K 5/58: Das im Grundbuch von Rüdesheim-Eibingen Band 17 Blatt 793 eingetragene Grundstück:

lfd. Nr. 10 Gemarkung Eibingen Flur 10 Flurstück 92/5 Lieg.-B. 1090 Geb.-B. 157 Hof- und Gebäudefläche, Hugo Asbachstraße 21 (jetzt 17), 4,42 Ar,

soll am Montag, dem 15. Sept. 1958, 9 Uhr im Gerichtsgebäude Rüdesheim/Rhein, Feldstraße 9, Zimmer 12 — zur Aufhebung der Gemeinschaft — versteigert werden. Eingetragene Eigentümerin am 14. Mai 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Die Witwe des Justizinspektors Franz Philippi, Karoline geb. Bermel.

Der Wert des Grundstückes wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 34 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wir hingewiesen.

Rüdesheim (Rhein), 25. 7. 1958 **Amtsgericht**

2586

61 K 29/56: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Medenbach Band 16 Blatt 447 eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am 15. Sept. 1958, 9 Uhr, an der Gerichtsstelle Wiesbaden, Gerichtsstr. 2, Zimmer 250, versteigert werden:

lfd. Nr. 5, Flur 11, Flurstück 398/110, beb. Hofraum, Neugasse 78a, 2,50 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 11, Flurstück 128, Acker Mayen 1. Gew., 3,18 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 11, Flurstück 121, Acker daselbst, 4,32 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 17. 4. 1958 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals der Tünchermeister Eduard Noll in Medenbach eingetragen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wir hingewiesen.

Wiesbaden, 17. 7. 1958 **Amtsgericht**

2587

AROLSEN: Im Bauamtsbezirk des Hess. Straßenbauamtes Arolsen sollen folgende Brückenbauarbeiten ausgeführt werden:

Neubau eines Stahlbetonplattendurchlasses über den Graben im Zuge der Landstraße I. O. Nr. 3084 in km 28,8 in der Ortslage Alraft mit einer Gesamtbreite von 10,50 m und einer lichten Weite zwischen den Widerlagern von 4,00 m. Das Bauwerk wird als einfeldrige Stahlbetonplattenbrücke mit verblandeten Flügeln erstellt.

Es fallen u. a. folgende Arbeiten an:

1. rd. 150 cbm Bodenaushub
2. rd. 55 cbm Rüttelbeton der Fundamente B 160
3. rd. 7 cbm Rüttelbeton der Flügel B 225
4. rd. 8 cbm Rüttelbeton der Auflagerbänke B 300
5. rd. 28 cbm Stahlbeton der Fahrbahnplatte B 300
6. rd. 2,5 to Betonstahl II
7. rd. 100 qm Bachsohlen- und Böschungspflaster 30/30/30 cm.

Bewerber, die die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Hess. Straßenbauamt in Arolsen spätestens bis zum 5. 8. 1958 (Eingangstag) mitzuteilen und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post zugestellt werden sollen. Als Bewerber kommen nur solche Firmen in Frage, die an Hand von 3 Referenzen nachweisen können, daß sie ähnliche Bauwerke bereits ausgeführt haben. Die Quittung für die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen einschl. 1 Blatt Zeichnungen in Höhe von 10,— DM ist beizufügen (Einzahlung auf das Konto der Staatskasse Arolsen Nr. 399 bei der Kreissparkasse in Arolsen unter Angabe der Baumaßnahme). Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Quittung am 7. 8. 58 in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr im Hess. Straßenbauamt Arolsen, Rauch-

straße 3, ausgegeben. Submission findet am 21. 8. 1958, vormittags 10.30 Uhr, im Büro des Hess. Straßenbauamtes Arolsen statt.

Arolsen, 23. 7. 1958 **Hess. Straßenbauamt**
63b — 10 — 05

2588

ESCHWEGE: Die Ausführung von Straßenbauarbeiten einschl. Materiallieferung für den Ausbau von Landstraßen II. Ordnung im Kreise Meisungen soll im Wege öffentlicher Ausschreibung je gesondert vergeben werden. Es handelt sich um:

1. Landstraße II. O. Nr. 44 zwischen Felsberg und Böddiger, ca. 7100 qm Asphaltbetonteppich auf Streumakadam-Unterschicht.
2. Landstraße II. O. Nr. 36 zwischen Mosheim/Kreisgrenze—Hilgershausen, ca. 7300 qm Asphaltbetonteppich auf Streumakadam-Unterschicht, einschl. aller Nebenarbeiten.

Bewerber, die die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Hess. Straßenbauamt Eschwege, Friedrich-Wilhelm-Straße 52, bis spätestens 5. 8. 1958 (Eingangstag) mitzuteilen und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 10,— DM ist beizufügen, Einzahlung bei der Staatskasse Eschwege, Postcheckkonto Frankfurt/Main Nr. 6746 oder Konto Nr. 147 bei der Kreissparkasse Eschwege. Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht am 8. 8. 1958 im Hessischen Straßenbauamt Eschwege abgegeben.

Die Eröffnung der Angebote findet am 15. 8. 1958, 10.00 Uhr, statt.
Hess. Straßenbauamt Eschwege

2589

KASSEL: Im Bezirk des Hessischen Straßenbauamtes Kassel sollen folgende Baumaßnahmen an Landstraßen II. O. im Kreis Hofgeismar ausgeführt werden:

Los I: Herstellung eines Teppichbelages auf der L. II. O. Nr. 33 zwischen Niedermeiser und Ersen, km 16,400—18,275.

Los II: Herstellung eines Teppichbelages auf der L. II. O. Nr. 30 zwischen Grebenstein und Schachten, km 0,000—2,350.

Los III: Herstellung eines Teppichbelages auf der L. II. O. Nr. 17 zwischen Mariendorf und Immenhausen, km 0,000—3,850.

Los IV: Herstellung eines Teppichbelages auf der L. II. O. Nr. 6 zwischen Vernawahlshausen und Lippoldsberg, km 9,000—11,896.

Es werden u. a. folgende Arbeiten anfallen: Los I: 8500 qm Teppichbelag; Los II: 10 200 qm Teppichbelag; Los III: 17500 qm Teppichbelag; Los IV: 12 600 qm Teppichbelag.

Bewerber, die die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Hess. Straßenbauamt in Kassel, Ständepark 3 1/2, bis spätestens Freitag, den 8. August 1958 (Eingangstag) mitzuteilen und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von zusammen 3,— DM ist beizufügen. (Einzahlung bei der Staatskasse Kassel, Post-scheckkonto Ffm. 6745.)

Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht und Quittung am Montag, dem 11. Aug. 1958 in der Zeit von 8 bis 12 Uhr im Hessischen Straßenbauamt, Zimmer 6, abgegeben.

Der Eröffnungstermin findet am Freitag, dem 15. August 1958, vormittags 11.30 Uhr, statt. Hessisches Straßenbauamt Kassel

Der Sonderdruck

aus Staats-Anzeiger Nrn. 22, 23 und 24/58

Richtlinien

zum 1. Jahresförderungsplan des Hessen-Jugendplanes

ist zum Stückpreis von DM 0,50
(zuzügl. Porto) erhältlich:

STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN
Wiesbaden - Herrnmühlgasse 11A - Postschließfach 109

2593

Im Staatsanzeiger für das Land Hessen Nr. 22 vom 31. 5. 1958 war die

Stelle des Leiters des Hauptverwaltungsamtes der Stadt Darmstadt

(Magistratsrats-Stelle der Bes.Gr. A 13 des Hess. Besoldungsgesetzes) zur Neubesetzung ausgeschrieben.

In Ergänzung und zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, daß sich für die Stelle auch Bewerber melden können, die die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst besitzen und daß es für Bewerber des gehobenen Verwaltungsdienstes zur Ernennung zum Magistratsrat nach Bewährung noch der Ausnahmegenehmigung des Direktors des Landespersonalamtes im Einvernehmen mit dem Hess. Minister des Innern nach § 19 der Hess. Laufbahnverordnung bedarf.

Die Frist zur Einreichung von Bewerbungen wird bis zum 1. 9. 1958 verlängert. Bisherige Bewerbungen behalten ihre Gültigkeit.

Darmstadt, 22. 7. 1958 Der Magistrat der Stadt Darmstadt

Andere Behörden und Körperschaften

2590

Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt:

1. Helmut Gersch, Fritzlar, Sparkassenbuch Nr. 471/11/11025; 2. Friedrich Seelig, Kassel-Niederzwehren, Sparkassenbuch Nr. 471/11/2808; 3. Hans Hahn und Frau, Dittershausen, Sparkassenbuch Nr. 11/04951.

Der oder die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Kasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

Kassel, 25. 7. 1958

Kreissparkasse Kassel
Der Vorstand

2591

Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt: 1. Heinrich Dieter, Darmstadt-Eberstadt, Sp.-B. Nr. 445 357; 2. Anne Dietz, geb. Henning, Pfungstadt, Sp.-B. Nr. 965 050; 3. Anne Dietz, geb. Henning, Pfungstadt, Sp.-B. Nr. 101 148; 4. Dr. Hans Dietz, Pfungstadt, Sp.-B. Nr. 937 468; 5. Dr. Hans Dietz, Pfungstadt, Sp.-B. Nr. 905 002; 6. Dr. Hans Dietz, Pfungstadt, Sp.-B. Nr. 937 469; 7. Hildegard Becker, Frankfurt/M., Sp.-B. Nr. 208 254; 8. Arthur Rhein, Bensheim-Auerbach, Sp.-B. Nr. 137 508; 9. Sophie Herold, geb. Menger, Wwe., Groß-Rohrheim, Sp.-B. Nr. 209 683.

Ferner haben folgende Personen die Kraftloserklärung der nachstehend aufgeführten Sparkassenbücher beantragt: 1. Dorothea Laux, geb. Röhrich, Darmstadt, das Sp.-B. Nr. 539 029; Bernhard Laux, Darmstadt; 2. Adolf Vetter, Pfungstadt, das Sp.-B. Nr. 935 473, Kurt Vetter, Pfungstadt.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

Darmstadt, 24. 7. 1958

Stadt- und Kreissparkasse Darmstadt
Der Vorstand

2592

Aufgebot: Frau Kamilla Ostrcil, Hopfgarten/Krs. Alsfeld, hat die Kraftloserklärung ihres Sparkassenbuches Nr. 13899 beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert binnen drei Monaten unter dessen Vorlage seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzugeben, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Alsfeld, 23. 7. 1958

Kreissparkasse Alsfeld
Der Vorstand

2594

Die Stelle des Bürgermeisters (1. Beigeordneten)

der Universitätsstadt Marburg an der Lahn (Stadtkreis, rund 42 500 Einwohner, Ortsklasse A) ist zum 1. 12. 1958 zu besetzen.

Der Bewerber muß die für das Amt erforderliche Eignung besitzen. Die Wahl erfolgt auf 6 Jahre. Die Besoldung wird nach Gruppe W 7 des Hessischen Gesetzes über die Bezüge der Wahlbeamten der Gemeinden vom 29. 10. 1953 — GVBl. S. 172 — und vom 20. 12. 1957 — GVBl. Nr. 84 — gewährt.

Schriftliche Bewerbungen mit ausführlichem, selbstgeschriebenem Lebenslauf, beglaubigte Zeugnisabschriften, Lichtbild und Angabe des frühestmöglichen Antrittstermins sind bis zum 1. Oktober 1958 an den Magistrat der Stadt Marburg — Personalamt — zu richten. Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

Marburg (Lahn) 25. 7. 1958

Der Magistrat